

Jonas Wagner

Innovative Strategien für eine Soziale Dorfentwicklung im Westerwald

Bachelorarbeit

zur Erlangung des akademischen Grades Bachelor of Science
im Studiengang Geoinformatik und Vermessung

Fachhochschule Mainz

Fachbereich Technik

Lehrinheit Geoinformatik und Vermessung

Betreuer: Ministerialrat a.D. Prof. Axel Lorig

Bearbeitungszeitraum: 04.06.2020 bis 13.08.2020

Standnummer: B0353

Mainz

August 2020

Vermerk über die fristgerechte und vollständige Abgabe der Abschlussarbeit

Abgegeben bei:

.....

(Name)

Schriftlicher Teil	<input type="checkbox"/> analog	<input type="checkbox"/> digital
Poster	<input type="checkbox"/> analog	<input type="checkbox"/> digital
Internet-Präsentation		<input type="checkbox"/> digital
Erfassungsbogen	<input type="checkbox"/> analog	<input type="checkbox"/> digital
Datenträger (CD)		<input type="checkbox"/>

Dateiname: Bachelorarbeit_Wagner_Jonas

Anzahl Zeichen: 235851

Anzahl Wörter: 29104

Anzahl Seiten: 118

Arbeit angenommen:

Mainz, den

.....

(Datum)

.....

(Unterschrift)

© 2020 Wagner

Dieses Werk einschließlich seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtgesetzes ist ohne Zustimmung des Autors unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen sowie die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Aufgabe für die Bachelorarbeit für Herrn Jonas Wagner

Thema: Innovative Strategien für eine Soziale Dorfentwicklung im Westerwald

Sachverhalt:

Schrumpfungprozesse in ländlichen Räumen mit leerstehenden Häusern und für immer geschlossenen Nahversorgungs- und Infrastruktureinrichtungen sind immer öfter Realitäten in ländlichen Räumen Deutschlands, auf die es zu reagieren gilt. Auch wenn innovative Lösungen erprobt werden, gibt es derzeit immer noch keine überzeugende Strategie zum demografischen Wandel auf dem Lande. Immer drängender stellen sich die Fragen: Wie lange können soziale und technische Infrastrukturen vorgehalten werden, wenn die Nutzer immer geringer werden, die Prokopfkosten extrem steigen und privatwirtschaftliche Anbieter nicht mehr rentabel arbeiten können. Schulen, Geschäfte und Arztpraxen sind vieler Orts verschwunden. Trinkwasser und Abwasser werden immer teurer und dennoch muss die Grundversorgung der verbleibenden, häufig alten Menschen gesichert werden. Es stellt sich die Frage, welche Beiträge eine Soziale Dorfentwicklung für die Sicherung und Verbesserung der Lebensqualität der Menschen in ländlichen Räumen erbringen kann.

Soziale Dorfentwicklung stellt alle Handlungsfelder zur Sicherstellung der Daseinsgrundfunktionen in den Mittelpunkt. Sie befasst sich damit mit dem gesellschaftlichen und gemeinschaftlichen Zusammenleben und Zusammenwirken der Bewohnerinnen und Bewohner von Dörfern und ländlichen Gemeinden. Sie beinhaltet die Schaffung von Strukturen und Formen des Miteinanders für alle Generationen, Nationalitäten sowie beider Geschlechter und ermöglicht somit die Teilhabe aller gesellschaftlicher Gruppen am öffentlichen Leben als zentrale Voraussetzung für ein friedliches Miteinander und gelebte Demokratie [ArgeLandentwicklung (2018)].

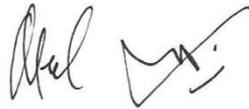
Für eine Soziale Dorfentwicklung sind die Themen und Handlungsfelder „Wohnen“, „Arbeiten“, „Versorgung“, „Bildung und Kultur“, „Mobilität“ und „Gemeinschaftsleben“ nicht nur sektoral, sondern auch in ihren Wechselwirkungen zu betrachten und in ein übergreifendes Strategiekonzept einzubinden: Viele der genannten Themen lassen sich auf der örtlichen Ebene oder durch einzelne Gemeinden kaum noch lösen. Die zentrale Herausforderung für ländliche Regionen besteht deshalb darin, neue Wege zu finden, wie lokal oder regional ein hochwertiges, differenziertes Infrastruktur- und Leistungsangebot erhalten bzw. geschaffen werden kann. Die Bündelung von Wohn-, Bildungs-, Gesundheits-, Mobilitäts- und Freizeitangeboten könnte dafür ebenso ein Weg sein, wie auch die interkommunal abgestimmte Verteilung der Grundversorgung sowie der Einsatz digitaler Lösungen [ArgeLandentwicklung (2018)].

Entscheidend für den Erfolg der Sozialen Dorfentwicklung ist es, die zentralen methodischen Bausteine für einen Prozess der Sozialen Dorfentwicklung „Partizipation“, (= Aktivierung und Beteiligung der Bürger, Projektteams und Schlüsselpersonen, die sich aktiv und intensiv für die Projektthemen engagieren), „Kompetenz- und Wissensvermittlung“ zum Umgang und zur Bewältigung der analysierten Probleme, ein professionelles „Prozess- bzw. Projektmanagement“ sowie geeignete „Planungs- und Umsetzungsinstrumente“ in den einzelnen Gemeinden oder in einer Region zu implementieren. Ein besonders wichtiges Ergebnis wäre, dass sich die Beteiligten als Teil einer Verantwortungs- und Solidargemeinschaft verstehen und diese praktisch leben. Prägend für die soziale Dorfentwicklung ist es, die Trennung zwischen den gemeindlichen Aufgaben in der Dorfentwicklung einerseits und den von der traditionellen Solidargemeinschaft der Bürger geleisteten Aufgaben in einer bewussten Vernetzung zu überwinden, sowie die Wirtschaft, lokale Unternehmen und Sozialverbände gezielt in diesen Prozess mit einzubeziehen.

In dieser Bachelorarbeit sollen anhand der Analysen von eigenständig ausgewählten Dörfern Handlungsansätze für eine soziale Dorfentwicklung erarbeitet werden.

Aufgabe:

1. Die Herausforderungen des Demografischen Wandels sind am Beispiel der Region Westerwald zu untersuchen und mit Hilfe von geeigneten Übersichten und Tabellen anschaulich aufzubereiten. Weiterhin sind die Ziele für eine Soziale Dorfentwicklung (anhand der verfügbaren Literatur und allgemein zugänglicher Informationen) herauszuarbeiten. Aus diesen Untersuchungen sind Forschungsfragen für diese Arbeit abzuleiten.
2. Es ist ein Vorschlag auszuarbeiten, in welcher Form der in der Dissertation [Soboth, A (2016)] ausgearbeitete und erprobte 8-stufige Prozessansatz „Gestaltete lokale Veränderungsprozesse (LVP) – Change Management als neues Instrument der Landentwicklung“ in der Region Westerwald oder in einzelnen Dörfern eingesetzt und erprobt werden könnte. Dabei sind ggf. aus der Liste der anerkannten Dorferneuerungsgemeinden eigenständig „Erprobungsdörfer“ auszuwählen und zu analysieren, ob die Bereitschaft bestehen könnte, die in der Eifel gewonnenen Erfahrungen in die Region Westerwald zu übertragen.
3. Es ist zu untersuchen und in einer Handlungsanweisung zu beschreiben, wie die von [Quandt (2017)] nach [Hüther (2017)] und [Hollinetz (2012)] ausgearbeiteten Strategien zur Entwicklung einer Potenzialentfaltungsgemeinschaft in Gemeinden des Westerwalds eingesetzt werden können.
4. Es ist zu untersuchen und darzulegen, in welcher Form in ausgewählten Gemeinden des Westerwalds „Sorgende Gemeinschaften“ gegründet werden könnten. Dabei ist auf die dokumentierten Erfahrungen (vor allem in der Verbandsgemeinde Daun - Gemeinde Gillenfeld) zurückzugreifen.
5. Es ist zu prüfen, wie die Vorhaben unter Ziffer 2) bis 4) durch den LEADER-Ansatz unterstützt und auch finanziell ausgestattet werden könnten.
6. Aus den vorliegenden Untersuchungsergebnissen zu Ziffer 2) bis 5) sind Handlungsansätze für eine soziale Dorfentwicklung (max. 6 Seiten Umfang) sowie Antworten auf die nach 1. gestellten Forschungsfragen zu formulieren.



Prof. Axel Lorig

Zeitpunkt der Ausgabe der Arbeit: 04. Juni 2020
Zeitpunkt der Abgabe der Arbeit: 13. August 2020

Kurzzusammenfassung

Die Auswirkungen des Demografischen Wandels sind besonders in ländlichen Räumen vorhanden und stellen die Gemeinden vor große Herausforderungen. Zur Bewältigung dieser Probleme sind ländliche Dörfer vor allem im Hinblick auf soziale und gesellschaftliche Aspekte zu entwickeln.

Ziel ist es, am Beispiel der Region Westerwald innovative Strategien zur Etablierung einer Sozialen Dorfentwicklung zu entwerfen.

Aus diesem Grund werden die vorhandenen Strukturen der ländlichen Region Westerwald analysiert. Für die Umsetzung einer Sozialen Dorfentwicklung werden die Vorhaben „Gestaltete lokale Veränderungsprozesse“, „Potenzialentfaltungsgemeinschaften“ und „Sorgende Gemeinschaften“ auf die Region Westerwald angepasst und Vorschläge zu deren Durchführung erarbeitet. Weiterhin wird über den LEADER-Ansatz die Möglichkeit der Förderung dieser Vorhaben durch finanzielle Mittel festgestellt. Auf dieser Basis werden Handlungsansätze zur Etablierung einer Sozialen Dorfentwicklung in ländlichen Gemeinden formuliert, welche die Entwicklungen der Dörfer vorgeben und antreiben.

Durch die Unterstützung der in der Region lebenden Menschen kann mit diesen Strategien den Auswirkungen des Demografischen Wandels entgegengewirkt werden.

Schlagwörter: Demografischer Wandel, Soziale Dorfentwicklung, Westerwald, Gestaltete lokale Veränderungsprozesse, Potenzialentfaltungsgemeinschaften, Sorgende Gemeinschaften, LEADER

Abstract Summary

The effects of the demographic change are extremely present in all parts of rural areas. Small communities have to face big challenges because of these effects. The development of social aspects in rural villages is important to eliminate these problems.

The goal is to design innovative strategies for a social village development using the example of the Westerwald.

Therefore, the structure of the Westerwald is analysed. For the implementation of a social village development the projects “Local change-processes”, “Potential development communities” and “Caring Communities” are adapted for the purpose of working out concepts for their implementation in the Westerwald. Furthermore, it became apparent that the founding of these projects with LEADER is possible. Considering the results, action approaches are formulated to implement a social village development in rural areas.

With the support of local citizens these strategies are able to hamper the effects of the demographic change.

Keywords: Demographic change, Social village development, Westerwald, Local change-processes, Potential development communities, Caring communities, LEADER

Inhaltsverzeichnis

ABBILDUNGSVERZEICHNIS	4
1 EINFÜHRUNG.....	5
2 SOZIALE DORFENTWICKLUNG	6
2.1 Betroffene Themenfelder	6
2.2 Ziele einer Sozialen Dorfentwicklung	9
3 DER DEMOGRAFISCHE WANDEL IN LÄNDLICHEN RÄUMEN .	12
3.1 Die Problematik des Demografischen Wandels.....	12
3.2 Ländliche Räume.....	14
3.3 Der Demografische Wandel am Beispiel der Region Westerwald.....	17
3.3.1 Der Westerwald – Eigenschaften und Besonderheiten	17
3.3.2 Herausforderungen des Demografischen Wandels.....	18
4 GESTALTETE LOKALE VERÄNDERUNGSPROZESSE.....	24
4.1 Die Merkmale Gestalteter lokaler Veränderungsprozesse	24
4.2 Die Stufen der Gestalteten lokalen Veränderungsprozesse.....	25
4.3 Einsatz eines LVP in der Region Westerwald	31
4.3.1 Der WEGE-Prozess in der Verbandsgemeinde Daun.....	31
4.3.2 Möglichkeit des Einsatzes eines Gestalteten lokalen Veränderungsprozesses im Westerwald	36
4.4 Vorschlag zur Durchführung eines Gestalteten lokalen Veränderungsprozesses in der Region Westerwald	39

5	POTENZIALENTFALTUNGSGEMEINSCHAFTEN IM WESTERWALD	49
5.1	Bestehende Ansätze	50
5.1.1	OTELO-Prinzip.....	50
5.1.2	Strategien nach Quandt (2017)	52
5.2	Handlungsanweisung zur Entwicklung von Potenzialentfaltungsgemeinschaften im Westerwald.....	56
5.2.1	Ausgangssituation.....	56
5.2.2	Leitfaden zur Entwicklung von Potenzialentfaltungsgemeinschaften innerhalb eines Gestalteten lokalen Veränderungsprozesses	57
5.2.3	Leitfaden zur Entwicklung von Potenzialentfaltungsgemeinschaften ohne Gestaltete lokale Veränderungsprozesse	62
6	SORGENDE GEMEINSCHAFTEN IM WESTERWALD	66
6.1	Das Konzept der Sorgenden Gemeinschaften.....	66
6.2	Erfahrungen mit Sorgenden Gemeinschaften in der Verbandsgemeinde Daun....	68
6.3	Gründung von Sorgenden Gemeinschaften im Westerwald	69
6.3.1	Grundvoraussetzungen.....	69
6.3.2	Ausgangssituation.....	71
6.3.3	Aktionen innerhalb Sorgender Gemeinschaften.....	73
6.3.4	Konzept zur Etablierung von Sorgenden Gemeinschaften.....	75
7	LEADER	78
7.1	Was ist LEADER?	78
7.1.1	Die sieben Merkmale des LEADER-Ansatzes.....	79
7.1.2	LEADER-Regionen in Rheinland-Pfalz.....	82
7.1.3	Beispiele aus der Praxis.....	83
7.2	Unterstützung der beschriebenen Vorhaben durch LEADER.....	85
7.2.1	Voraussetzungen	85
7.2.2	Verfahren zur Projektauswahl	89
7.2.3	Weitere Möglichkeiten zur Förderung der Vorhaben durch LEADER	91

8	HANDLUNGSANSÄTZE EINER SOZIALEN DORFENTWICKLUNG.....	95
9	FAZIT.....	101
9.1	Ergebnis.....	101
9.2	Ausblick	103
	LITERATURVERZEICHNIS.....	104
	ANHANG	108
	Anhang A: Strategiepapier für einen Gestalteten lokalen Veränderungsprozess in der Region Westerwald.....	108
	EIDESSTATTLICHE ERKLÄRUNG.....	111

Abbildungsverzeichnis

<i>Abbildung 1: Themen einer Sozialen Dorfentwicklung</i>	6
<i>Abbildung 2: Altersstruktur der Bevölkerung in Deutschland in den Jahren 1950, 2018, 2060</i> <i>(Quelle: www.demographie-portal.de)</i>	12
<i>Abbildung 3: Ländliche Gebiete in Deutschland (Quelle: BMEL 2016, S.5)</i>	15
<i>Abbildung 4: Übersichtskarte "Westerwald" (Quelle: Von Thomas Römer, CC BY-SA 3.0,</i> <i>https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=54851251)</i>	17
<i>Abbildung 5: Prozentuale Bevölkerungsentwicklung in Deutschland zwischen 2012 und 2030</i> <i>(Quelle: www.wegweiser-kommune.de)</i>	18
<i>Abbildung 6: Merkmale einer neuen Kultur in der Region Westerwald</i>	48
<i>Abbildung 7: Vernetzung des OTELO mit unterschiedlichen Systemen (Quelle: Hollinetz et</i> <i>al. 2012, S.21)</i>	51
<i>Abbildung 8: 4A-Modell zur Entwicklung von Potentialentfaltungsgemeinschaften nach</i> <i>Quandt (Quelle: Quandt 2017, S.69)</i>	54
<i>Abbildung 9: „Westerwälder Mitfahrerbank“ in Birken-Honigsessen</i>	74
<i>Abbildung 10: LEADER-Regionen in Rheinland-Pfalz 2014-2020 (Quelle: Ministerium für</i> <i>Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau 2017)</i>	82

1 Einführung

Die Auswirkungen des Demografischen Wandels betreffen besonders ländliche Gebiete. Probleme wie Überalterung, Abwanderung und Fachkräftemangel führen zu einem wachsenden Funktionsverlust ländlicher Dörfer. Besonders im Bereich der Sozialen Dorfentwicklung werden aufgrund des anhaltenden gesellschaftlichen Wandels innovative Konzepte und Lösungsansätze benötigt, um den sozialen Zusammenhalt in der Dorfgemeinschaft zu stärken und so den bestehenden Herausforderungen entgegenzutreten.

Aus diesem Grund ist es das Ziel, innovative Strategien für eine Soziale Dorfentwicklung zu erarbeiten, die es ermöglichen, den Herausforderungen des Demografischen Wandels entgegenzuwirken.

Auf Grundlage selbst erarbeiteter Ziele einer Sozialen Dorfentwicklung werden die Vorhaben „Gestaltete lokale Veränderungsprozesse“, „Potenzialentfaltungsgemeinschaften“ und „Sorgende Gemeinschaften“ auf die ländliche Region Westerwald angepasst. Dabei soll untersucht werden, in welcher Weise diese Vorhaben in der Region zum Einsatz kommen können. Zudem soll die Möglichkeit einer Förderung der drei vorgestellten Vorhaben durch den LEADER-Ansatz herausgearbeitet werden. Aus diesen Untersuchungsergebnissen sind Handlungsansätze einer Sozialen Dorfentwicklung zur Aufwertung ländlicher Räume zu formulieren. Gleichzeitig werden die nachfolgenden Forschungsfragen ins Zentrum der Untersuchung gestellt.

1. Wie können die im Rahmen einer Sozialen Dorfentwicklung getroffenen Maßnahmen dem Demografischen Wandel und den Schrumpfungsprozessen in ländlichen Räumen entgegenwirken?
2. In welcher Form lassen sich die in anderen Regionen bereits erprobten und Erfolg versprechenden Ansätze einer Sozialen Dorfentwicklung auf die Region Westerwald übertragen?
3. Inwieweit ist die Bereitschaft der Bevölkerung bei der Umsetzung dieser Maßnahmen ein entscheidender Faktor und welche Möglichkeiten bestehen die Bürger diesbezüglich zu motivieren?

2 Soziale Dorfentwicklung

Das Ziel einer Sozialen Dorfentwicklung ist es zu ermöglichen, dass alle Generationen und Nationalitäten am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben eines Dorfs oder einer Gemeinschaft teilnehmen können. Durch andauernden Wandel aufgrund von demografischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Veränderungen soll die Lebensqualität in ländlichen Räumen gesichert und verbessert werden. Eine Soziale Dorfentwicklung stellt neue Ansprüche an die Entwickler und geht über bereits bestehende Ansätze hinaus. Voraussetzung dabei ist die Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger an den innovativen Lösungsansätzen.

Im folgenden Kapitel sollen die von einer Sozialen Dorfentwicklung betroffenen Themenfelder vorgestellt werden. Zudem werden die Ziele einer Sozialen Dorfentwicklung beschrieben.

2.1 Betroffene Themenfelder

Die Themen, welche sich in einer Sozialen Dorfentwicklung vereinen, sind in Abbildung 1 dargestellt. Diese beschäftigen sich in großem Maße mit der Sicherung der Daseinsvorsorge, welche alle Bereiche der Grundversorgung sowie den allgemeinen Zugang zu lebenswichtigen Gütern und Dienstleistungen abdeckt. Außerdem ist die Stärkung des sozialen Zusammenhalts in den Dörfern von großer Bedeutung.

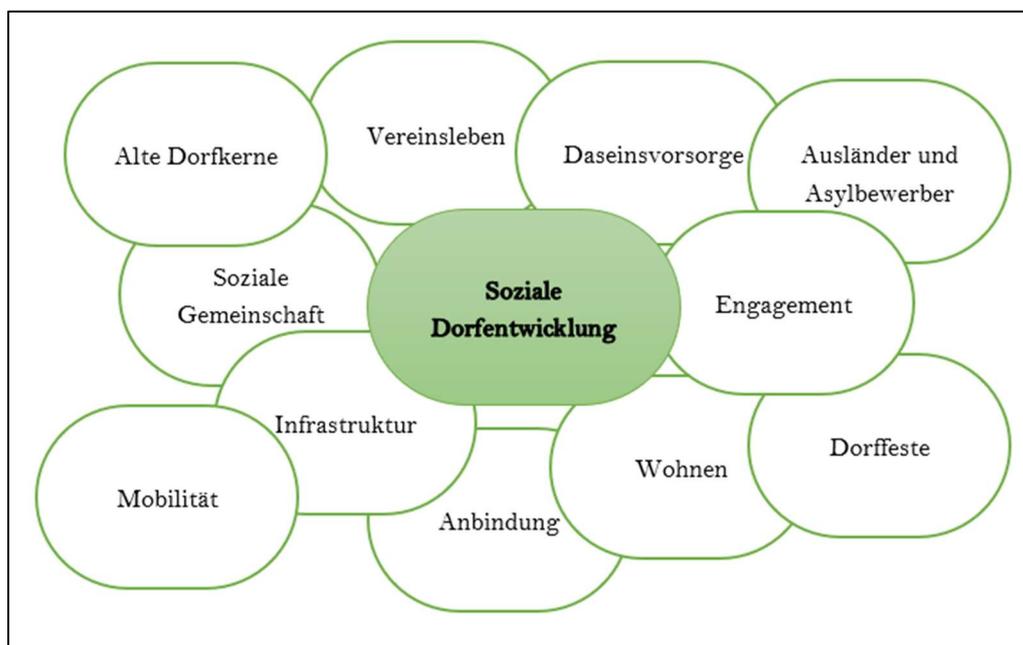


Abbildung 1: Themen einer Sozialen Dorfentwicklung

Nachfolgend werden die aus Abbildung 1 zusammengefassten Themenfelder erläutert.

Wohnen

In ländlichen Gebieten ist ein Bedeutungsverlust der Innenbereiche vieler Dörfer erkennbar. Dies führt zu Leerständen und einer Strukturschwächung. Zusätzlich müssen die Einwohner finanzielle Einbußen durch eventuell fehlende Mieteinnahmen bewältigen. Die Verödung der Ortsinnenbereiche wirkt sich negativ auf das Erscheinungsbild und die Attraktivität des Dorfs aus, wodurch Familien von einem Wohnortswechsel von der Stadt in das Dorf absehen. Diese Entwicklung ist in ländlichen Gebieten weniger ausgeprägt als im städtischen Raum. Jedoch nehmen auch dort strukturelle Unterschiede zwischen Neubaugebieten und historischen Ortskernen zu. Der Ortskern ist wichtiger Standort zur infrastrukturellen Versorgung und sozialen Kommunikation im ländlichen Raum. In diesem Zusammenhang führt die Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Nachhaltige Landentwicklung (ARGELandentwicklung) in ihrem Strategiepapier „Soziale Dorfentwicklung“ aus, dass die Gestaltung von Grün- und Freiflächen sowie Spiel-, Sport-, und Freizeitanlagen als Orte der sozialen Begegnung und Verständigung zu fördern sind (ARGELandentwicklung 2018, S.6). Daraus resultiert eine starke Aufwertung des Ortsbildes.

Im alten Ortskern steht zudem die Entwicklung bedarfsgerechter Wohnformen im Vordergrund. Die Sicherung von geeigneten Grundstücken und Gebäuden sowie deren Instandhaltung und Modernisierung sind von großer Bedeutung. Zudem besitzt die Thematik der Barrierefreiheit in den Dörfern einen hohen Stellenwert. Für Senioren ist die Barrierefreiheit im öffentlichen und privaten Umfeld zu gewährleisten. Diese haben so die Möglichkeit in ihrem Dorf ein selbstbestimmtes Leben zu führen und müssen ihre Heimat nicht zugunsten besser ausgestatteter Regionen verlassen (ARGELandentwicklung 2018, S.6).

Versorgung und Infrastruktur

Ländliche Gebiete sind oftmals mit dem Problem konfrontiert, dass die Aufrechterhaltung der Daseinsvorsorge gefährdet ist. Hier spielen vor allem die großen Distanzen zu den jeweiligen Versorgungseinrichtungen eine entscheidende Rolle. Beispielsweise rentiert sich der Dorfladen aufgrund der geringen Kaufkraft der immer weiter sinkenden Bevölkerung in ländlichen Gebieten nicht mehr. Die Einwohner sind so auf benachbarte, mit einer besseren Infrastruktur ausgestattete Zentren angewiesen. Diesbezüglich soll eine Gleichwertigkeit der Lebensqualität zwischen städtischen und ländlichen Gebieten durch die Bereitstellung von Gütern des täglichen, gehobenen und höheren Bedarfs hergestellt werden (Theo Kötter 2016, S.19).

Die medizinische Versorgung ist von der Problematik der steigenden Anzahl älterer Menschen und des gleichzeitig stattfindenden Bevölkerungsrückgangs in ländlichen Gebieten stark betroffen. In strukturschwachen Gebieten lassen die Angebote an Pflege- und Betreuungseinrichtungen immer weiter nach. Der Hausarzt befindet sich in vielen Fällen in der Nähe, doch auch dort ist die Zukunft aufgrund fehlender Bereitschaft als Arzt auf dem Land zu arbeiten

nicht gesichert. Das nächstgelegene Krankenhaus ist oftmals weiter entfernt. Für Untersuchungen bei Spezialisten müssen große Distanzen überwunden werden. Auch in Pflegeeinrichtungen wie Seniorenheimen kämpft man mit der Verfügbarkeit von Arbeitskräften.

Im Bereich der Bildungsinfrastruktur ist ebenfalls eine rückläufige Entwicklung festzustellen. Bildungseinrichtungen in Dörfern beschränken sich häufig auf Grundschulen. Weiterführende Schulen befinden sich zumeist in der nächsten Stadt und ein weiter Schulweg ist zu bewältigen. Des Weiteren sind die Kindergärten als Betreuungseinrichtung eine wichtige Institution, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für junge Familien zu gewährleisten.

Die Aufrechterhaltung und der Ausbau der Infrastruktur ist ein zentraler Gesichtspunkt, den es zu fördern gilt.

Mobilität

Durch die Ausdünnung der Infrastruktur ist die Sicherung der Mobilität von zentraler Bedeutung. Der öffentliche Personennahverkehr bindet in ländlichen Regionen nicht alle Dörfer ein. Die Gewährleistung eines regelmäßigen Busverkehrs ist oftmals nicht möglich. Innovative Maßnahmen wie öffentlich organisierte Fahrgemeinschaften oder das Konzept des Bürgerbusses sind bereits erfolgreiche Maßnahmen zur Sicherung der Mobilität. Eine hohe Bereitschaft der Bevölkerung diese Maßnahmen zu unterstützen, ist von großer Wichtigkeit. „Carsharing“ ist eine weitere Maßnahme aus städtischen Gebieten, die erprobt werden könnte.

Arbeitsplätze und Ausbildungsmöglichkeiten

Ein wichtiger Faktor für junge Menschen in ländlichen Regionen zu bleiben ist die Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen. Auch die Art und Anzahl der Ausbildungsplätze sowie Qualität und Quantität der Ausbildungsbetriebe ist ein wichtiger Faktor.

In ländlichen Gebieten wird in den letzten Jahren auf den Fachkräftemangel als großes Problem aufmerksam gemacht. Vielen kleineren Unternehmen fehlt das Personal, um langfristig wettbewerbsfähig zu bleiben.

Ein Großteil der Arbeitsplätze ist durch den anhaltenden Bedeutungsgewinn des Dienstleistungssektors in großen Finanz-, Entwicklungs- und Steuerungsunternehmen zu finden. Allerdings ist hier zu beobachten, dass sich deren Standorte oft in strukturstarken Gebieten befinden. Arbeitssuchende haben zumeist aufgrund der Standortgebundenheit dieser Unternehmen keine andere Wahl, als sich von ländlichen Regionen abzuwenden. Die Aufgabe wird zukünftig darin bestehen, es Arbeitnehmern zu ermöglichen in ländlichen Gebieten zu wohnen, ohne weite Pendlerstrecken zur Arbeit in Kauf nehmen zu müssen. Konzepte zur Heimarbeit müssen erweitert werden.

Kultur und Gemeinschaftsleben

Im Vergleich zu städtischen Gebieten ist die soziale Gemeinschaft auf dem Land stärker ausgeprägt. Die Kontakte zu anderen Menschen sind dort viel intensiver als in bevölkerungsreichen Gebieten. Durch diverse kulturelle Veranstaltungen und Feste, welche in der Ortsgemeinde stattfinden, wird das Gemeinschaftsleben gestärkt. Diese sind Anlaufpunkte für alle Menschen des Dorfs und auf diese Weise werden Kontakte geknüpft. Ein reger Austausch zwischen allen Generationen ist zu beobachten.

In diesem Zusammenhang sind Bürger- und Gemeinschaftshäuser als Begegnungsräume zu erhalten und barrierefreie Angebote für alle Generationen zur Verfügung zu stellen (ARGE-Landentwicklung 2018, S.7).

Der Zusammenhalt der Gemeinschaft findet sich ausschließlich in dörflichen Strukturen. Aus diesem Grund sollen die Dörfer und Gemeinden wieder stärker als Ort des sozialen Miteinanders und der Verständigung genutzt werden.

2.2 Ziele einer Sozialen Dorfentwicklung

Für alle in Kapitel 2.1 genannten Themen sind erfolgversprechende Lösungsansätze zu erarbeiten. Damit ein einheitliches Handeln gewährleistet werden kann, sind Ziele für die Soziale Dorfentwicklung zu formulieren. Diese sollten alle Grundfunktionen der Daseinsvorsorge abdecken und weiterentwickeln, um die Lebensqualität der Menschen in ländlichen Räumen zu verbessern. Im Folgenden werden diese Ziele beschrieben.

1. Ziel: Aktivierung der Bevölkerung

Die Aktivierung der Bevölkerung durch die Teilhabe an der Planung und Umsetzung verschiedener Projekte der Sozialen Dorfentwicklung ist ein wichtiger Aspekt und unumgänglich für deren Erfolg. Ohne Anregungen und Ratschläge von ortsansässigen Bürgern kann auf die Eigenarten der Regionen nicht umfassend eingegangen werden. Die Bürger wissen, worauf die Menschen Wert legen und welche Projekte vor allem in dieser Region erfolgversprechend sein können. Die Bürger sollen so zu Gestaltern ihrer Region werden.

2. Ziel: Sicherstellung der Daseinsvorsorge

Eine umfangreiche Daseinsvorsorge, die Verfügbarkeit von Gütern und Dienstleistungen des kurz-, mittel- sowie langfristigen Bedarfs, ist im Rahmen einer Sozialen Dorfentwicklung zu gewährleisten.

3. Ziel: Entwicklung eines altersgerechten Dorfs

Die Entwicklung zu einem altersgerechten Dorf ist ein Ziel zur Haltung älterer Menschen in strukturschwachen Regionen. Die medizinische Versorgung sowie der Fortbestand von Pflegeeinrichtungen muss in einer Sozialen Dorfentwicklung eine wichtige Rolle spielen. Die Entwicklung zu einer barrierefreien und behindertengerechten Dorfstruktur ist zu moderieren. Die Mobilität im hohen Alter kann durch die Erarbeitung von Lösungsvorschlägen zusammen mit den Bürgern gewährleistet werden. Die Bewohner der Dörfer sollen motiviert werden, sich für solche Projekte zur Verfügung zu stellen.

4. Ziel: Die durch eine Soziale Dorfentwicklung etablierten Veränderungen sollen den Auswirkungen des Demografischen Wandels entgegenwirken

Eines der Hauptziele ist es, durch die Maßnahmen einer Sozialen Dorfentwicklung die Herausforderungen des Demografischen Wandels zu meistern. Die Probleme ländlicher Dörfer sollen durch verschiedene Projekte und Aktionen minimiert und bestenfalls gelöst werden.

5. Ziel: Bereits etablierte Vorhaben einer Sozialen Dorfentwicklung auf andere Regionen übertragen

Bereits erprobte Ansätze sollen auf andere Regionen übertragen und dort eingesetzt werden. Diese Regionen können von den Erkenntnissen profitieren und diese Vorhaben für die Weiterentwicklung ihrer eigenen Ideen und Projekte verwenden.

6. Ziel: Erhalt von Bildungs- und Sozialeinrichtungen

Damit sich die Menschen in der Region wohlfühlen, ist der Erhalt von Bildungs- und Sozialeinrichtungen zu gewährleisten. Die Eltern junger Kinder können entlastet werden, wenn mindestens die Grundschule in kleineren Dörfern erhalten bleibt. Kindertagesstätten sind zur Betreuung der Kinder berufstätiger Eltern zu sichern. Gleiche Bildungschancen in Stadt und Land sind zu realisieren.

7. Ziel: Ortsinnenentwicklung

Maßnahmen zur Ortsinnenentwicklung sind ein wichtiger Aspekt zum Erhalt von Wohnfunktion und zur Attraktivitätssteigerung des Dorfs. Abriss, Neubau und Gebäudeumnutzungen sind zum Zweck der Aufwertung der Ortskerne zu realisieren.

8. Ziel: Ausbau der Infrastruktur

Der Infrastrukturausbau zur Verbesserung der Anbindung ländlicher Dörfer fördert die Erreichbarkeit. Fahrzeiteinsparungen für Pendler zur Arbeitsstelle und bessere Bus- und Zugverbindungen können die Bereitschaft der Menschen zum „Wohnen auf dem Land“ erhöhen. Der Zugang zu Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs ist durch Konzepte einer Sozialen Dorfentwicklung zu gewährleisten.

9. Ziel: Verankerung der Lösungsansätze auf kommunaler Ebene

Die Diskussionen, in welcher Form Handlungsansätze einer Sozialen Dorfentwicklung umgesetzt werden können, dürfen nicht nur auf Dorfebene stattfinden. Ziel muss es sein, Lösungsansätze ortsübergreifend auf Gemeindeebene oder regional in den Landkreisen zu etablieren. Die Prozesse müssen auf allen Ebenen verankert sein und die dort errichteten Strukturen sind auf ein dauerhaftes Fortbestehen auszulegen.

10. Ziel: Schaffung neuer Arbeitsplätze

Die Unterstützung ortsansässiger Betriebe und die Schaffung neuer Arbeitsplätze ist ein elementares Ziel einer Sozialen Dorfentwicklung. Berufstätige Eltern müssen durch innovative Lösungen Möglichkeiten geboten werden, wie sie in ländlichen Regionen ihre Familie mit dem Beruf vereinbaren können.

11. Ziel: Sicherung und Bereitstellung von Ausbildungsplätzen

Das qualitative Angebot an Ausbildungsplätzen ist in ländlichen Regionen ein großes Problem, welches es zu lösen gilt. Die Chance auf einen lukrativen Arbeitsplatz in der Region soll Jugendliche daran hindern, Jobs in großen Unternehmen strukturstarker Regionen anzunehmen. Mittel und Kompetenzen müssen für regionale Betriebe bereitgestellt und geschult werden, um Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten anbieten zu können.

12. Ziel: Gestaltung von Freizeiteinrichtungen

Weiterhin steht die Gestaltung der Freizeitzentren im Fokus. Sportstätten wie Fußballplätze oder Schießportanlagen müssen in ländlichen Regionen über einen ausreichenden Standard verfügen, um jungen Menschen eine Freizeitbeschäftigung zu bieten. Dadurch können sie dauerhaft an die Region gebunden werden.

13. Ziel: Erhalt von kulturellen Ereignissen

Die Erhaltung von kulturellen Ereignissen wie jährlichen Festen oder Veranstaltungen ist unumgänglich. In Dörfern sind dies häufig Ereignisse wie Schützen- und Weinfeste oder Kirchweihen. Solche Feste sind die Grundlage eines sozialen Miteinanders und Gemeinschaftsgefühls.

14. Ziel: Integration von Einwanderern

Die Eingliederung von Ausländern, Asylbewerbern und Zuwanderern in das soziale Gefüge ländlicher Dörfer ist von großer Bedeutung, um der andauernden Abwanderung entgegenzuwirken.

3 Der Demografische Wandel in ländlichen Räumen

Die Entwicklung des Demografischen Wandels ist seit mehreren Jahrzehnten ein großes Thema in Expertenkreisen. Besonders betroffen davon sind ländliche Räume. Im folgenden Kapitel wird die Problematik dieses Wandels beschrieben und die Besonderheit der ländlichen Räume erklärt. Die daraus resultierenden Herausforderungen sollen am Beispiel der Region Westerwald dargestellt werden.

3.1 Die Problematik des Demografischen Wandels

Der Demografische Wandel beschreibt die Bevölkerungsentwicklung. Untersucht wird dabei die Veränderung der Bevölkerung in Bezug auf die Altersstruktur, das quantitative Verhältnis von Männern und Frauen, die Entwicklung der Geburtenrate und Sterbefälle, die Immigration und Emigration sowie die Anteile von Inländern, Ausländern und Eingebürgerten.

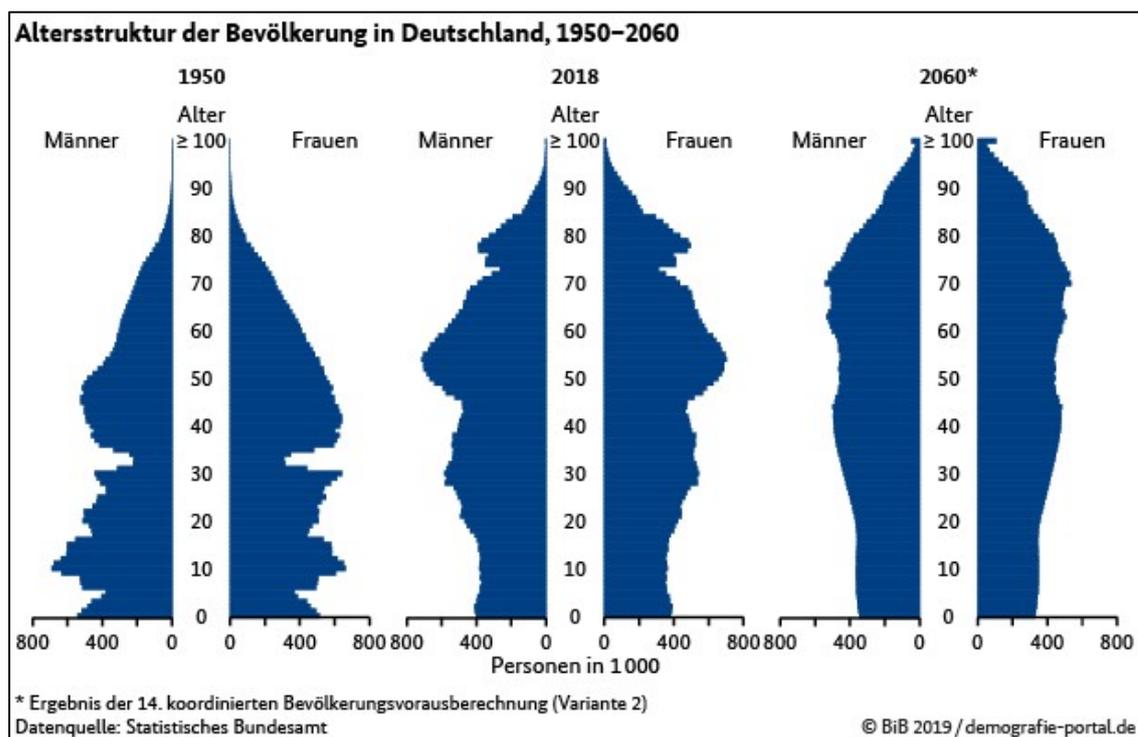


Abbildung 2: Altersstruktur der Bevölkerung in Deutschland in den Jahren 1950, 2018, 2060 (Quelle: www.demographie-portal.de)

Abbildung 2 zeigt die Entwicklung der Altersstruktur der Bevölkerung in den Jahren 1950, 2018 und 2060. Gegenübergestellt wird die Anzahl der in Deutschland lebenden Männer und Frauen, gestaffelt nach ihrem Alter, in den Jahren 1950 und 2018. Des Weiteren wird die Bevölkerungsvorausberechnung für das Jahr 2060 graphisch dargestellt.

1950 war die Anzahl 10- bis 15-jährigen Frauen und Männer höher als die Anzahl der 40- bis 50-Jährigen. Die geringe Anzahl der 30- bis 35-Jährigen lässt sich auf die zahlreichen Opfer im zweiten Weltkrieg zurückführen. Menschen im Alter von 90 bis über 100 Jahren sind aufgrund mangelnder medizinischer Grundversorgung kaum zu verzeichnen.

Vergleicht man die Graphiken von 1950 und 2018 ist festzustellen, dass der Anteil der jungen Bevölkerung im Vergleich zu dem der älteren Bevölkerung immer kleiner wird. Im Graph von 2018 ist der Anteil der 55-jährigen Männer nahezu doppelt so hoch wie der der 15-Jährigen. Eine ähnliche Entwicklung ist bei den Frauen zu erkennen. Zudem ist insgesamt ein Anstieg der älteren Bevölkerung festzustellen. Des Weiteren ist ein minimaler Anstieg der Anzahl 0- bis 3-Jähriger zu verzeichnen, was für eine leicht erhöhte Geburtenrate spricht.

Betrachtet man die Graphik von 2060, ist eine deutliche Abnahme der Anteile jüngerer Menschen erkennbar, was den Trend zu einer immer älter werdenden Bevölkerung bestätigt.

In den drei Graphiken der Altersstruktur der Bevölkerung lassen sich jeweils spezifische Formen erkennen. Diese wurden ursprünglich als Alterspyramiden bezeichnet. Die klassische Pyramidenform ist in ihren Grundzügen in der Graphik von 1950 dargestellt. In den meisten Industrieländern ist diese Form heute nicht mehr zutreffend. In der Darstellung von 2018 ist ein Trend zur Urnenform feststellbar, welche in der Graphik von 2060 komplett ausgeprägt ist.

Die hier beschriebene Bevölkerungsentwicklung gründet auf einer sinkenden Geburtenrate sowie einer höheren Lebenserwartung. Durch umfangreiche medizinische Versorgung und der steigenden Kinderlosigkeit und dem somit geringer werdenden Anteil von Mehrkindfamilien kommt es zu einer Überalterung der Gesellschaft. Die höhere Lebenserwartung kann die sinkende Geburtenrate nicht ausgleichen, woraus ein Bevölkerungsrückgang resultiert. Dieser Rückgang wird heute durch Zuwanderung aus anderen Staaten gebremst. So kommt es voraussichtlich bis in das Jahr 2024 zu einem Bevölkerungsanstieg, jedoch spätestens ab dem Jahr 2040 zu einem Bevölkerungsrückgang.

3.2 Ländliche Räume

Ländliche Räume weisen Merkmale auf, welche sie von Ballungsräumen in der Nähe großer Städte abgrenzen:

- Geringe Bevölkerungs- und Siedlungsdichte
- Hohe Anzahl landwirtschaftlich genutzter Flächen und damit größtenteils auf Land- und Forstwirtschaft ausgelegte Produktion
- Standort kleiner und mittelständiger Unternehmen
- Große Wald-, Wiesen- und Gewässerflächen
- Niedriggeschossige, aufgelockerte Bebauung
- Lokaler Zusammenhalt und eine starke soziale Gemeinschaft

(Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft 2016, S.4)

Ein weiteres wichtiges Kennzeichen ländlicher Räume ist die größere Entfernung zu Oberzentren, welche Großstädte mit zentralen Einrichtungen beschreiben. Neben Oberzentren unterscheidet man zwischen Mittelzentren (Kreisstädte mit Einrichtungen zur Versorgung des Umlandes) und Grundzentren (Kleinstädte zur Versorgung des Nahbereichs). Die jeweilige Einteilung der Zentren richtet sich nach dem kurz-, mittel und langfristigen Bedarf an Gütern und Dienstleistungen. Je seltener Güter oder Dienste benötigt werden, desto größer ist das Absatzgebiet (Tabelle 1).

Tabelle 1: Eigenschaften von Ober-, Mittel- und Grundzentren (Quelle: www.arl-net.de)

	Angebotsstufen	Ausstattung
Oberzentrum	Güter und Dienste für den langfristigen Bedarf	Fernbahnhof, große Banken, Kaufhäuser, Universitäten
Mittelzentrum	Güter und Dienste für den mittelfristigen Bedarf	Bahnhof, Warenhäuser, Fachärzte, Hotels, Pflegeeinrichtungen
Grundzentrum	Güter und Dienste für den täglichen Bedarf	Apotheke, Postfiliale, Allgemeinarzt, Zahnarzt, Einzelhandel

Durch die Vorteile der Großstädte haben sich rund um diese Ballungsräume gebildet. Die Räume grenzen sich durch eine Vielzahl an Faktoren von ländlichen Gebieten ab. Über Deutschland verteilen sich diese Gebiete entsprechend Abbildung 3.

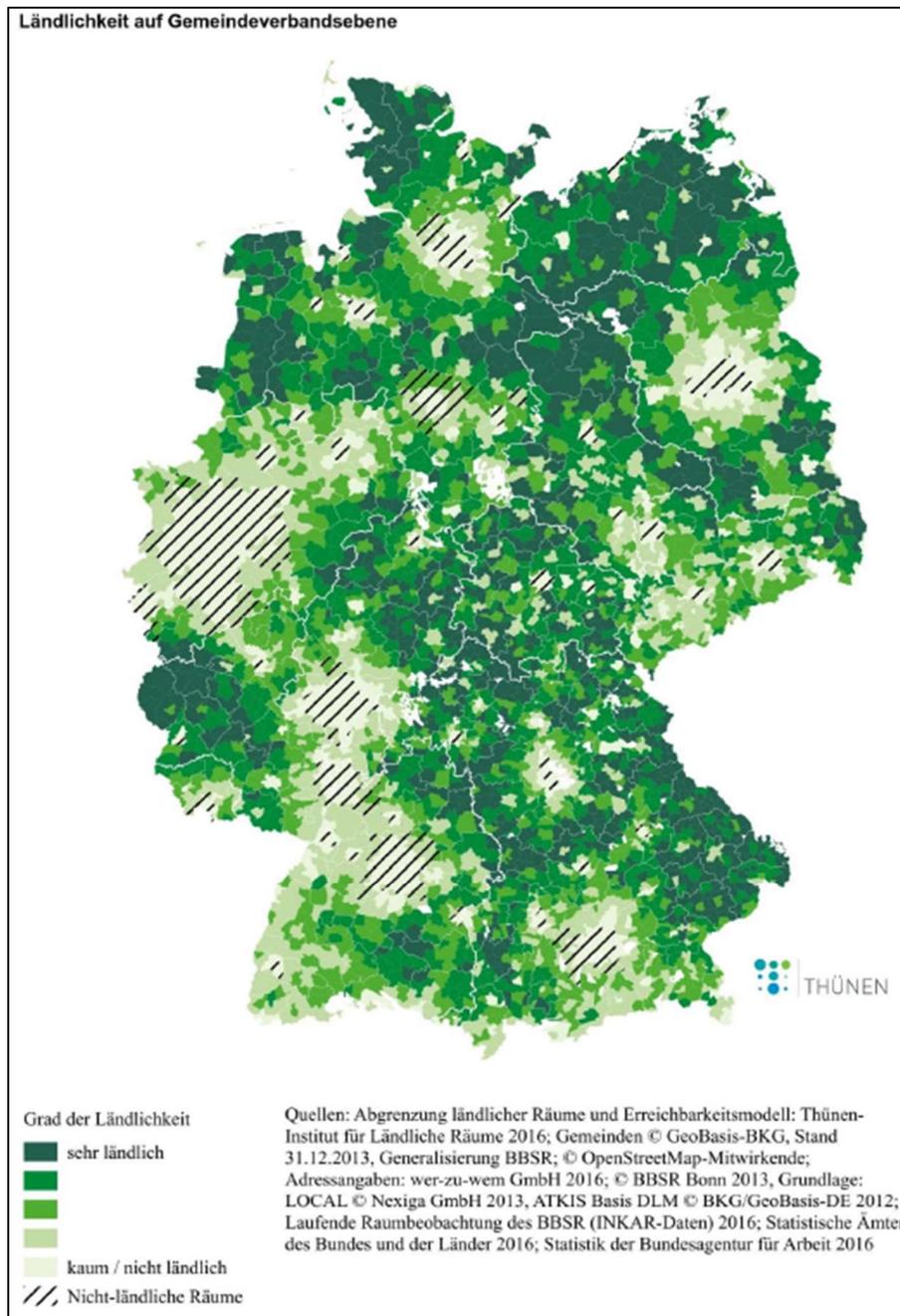


Abbildung 3: Ländliche Gebiete in Deutschland (Quelle: BMEL 2016, S.5)

Wie in Abbildung 3 zu erkennen, erstrecken sich die „Nicht-ländlichen Räume“ rund um Ansammlungen von Städten, sogenannte Agglomerationsräume, wie das Ruhrgebiet und das Rhein-Main-Gebiet. Des Weiteren befinden sich hoch verdichtete Regionen in der Nähe von Großstädten wie München, Berlin, Hamburg und Stuttgart.

Mit zunehmender Entfernung zu einer Ballungsregion lassen sich immer mehr ländlich geprägte Gebiete verorten (Abbildung 3). Folglich befinden sich die ländlichsten Regionen in weiter Entfernung davon. Zu nennen sind hier weite Teile von Mecklenburg-Vorpommern, die nördlichen Teile von Schleswig-Holstein und Sachsen-Anhalt, Großteile von Oberpfälzer- und Bayrischem Wald und große Teile der Eifel.

Die Probleme des Demografischen Wandels treffen vor allem ländlich gelegene Gebiete. Die Auswirkungen sind dort größer als in städtischen Räumen. Eine der wichtigsten Aufgaben ist es daher, den Problemen mit geeigneten Lösungen entgegenzuwirken und so gleichwertige Lebensverhältnisse sowie eine Annäherung von städtisch und ländlich geprägten Gebieten zu schaffen.

3.3 Der Demografische Wandel am Beispiel der Region Westerwald

Die Probleme des Demografischen Wandels bereiten besonders ländlichen Gebieten Schwierigkeiten. Im Folgenden soll eine ländliche Region, der Westerwald, charakterisiert und darauf bezogen Herausforderungen formuliert werden, die aufgrund des Demografischen Wandels entstehen. Dabei wird unter anderem auf den wirtschaftlichen und ökonomischen Wandel sowie auf gesellschaftliche Veränderungen eingegangen.

3.3.1 Der Westerwald – Eigenschaften und Besonderheiten

Als Teil des Rheinischen Schiefergebirges liegt der Westerwald im Dreiländereck zwischen Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Hessen.

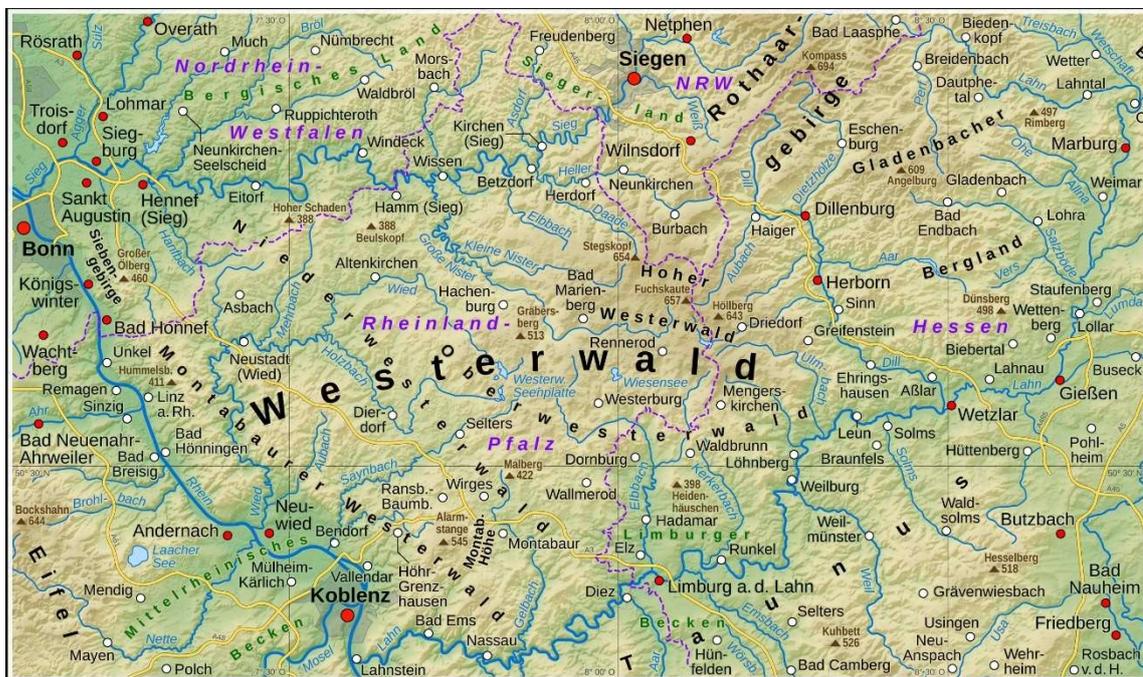


Abbildung 4: Übersichtskarte "Westerwald" (Quelle: Von Thomas Römer, CC BY-SA 3.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=54851251>)

Die geographische Abgrenzung der Region wird häufig durch die vier Flüsse Rhein (Westen), Sieg (Norden), Dill (Osten) und die Lahn (Süden) definiert. Die höchste Erhebung ist die Fuchskau mit 657 m im Hohen Westerwald (Abbildung 4).

Große Verkehrsstraßen sind die Autobahnen 3, 45 und 48. An diesen Verkehrsachsen befinden sich größere Städte wie Bonn, Siegen und Koblenz, die allerdings alle am Rande der Region liegen.

Die drei großen Landkreise sind Altenkirchen, Neuwied und der Westerwaldkreis. Darüber hinaus haben weitere Landkreise wie der Rhein-Lahn-Kreis kleinere Anteile an der Region.

3.3.2 Herausforderungen des Demografischen Wandels

Aufgrund des Demografischen Wandels stehen ländliche Räume vor Herausforderungen in vielen Bereichen. Neben Problemen durch eine negative Bevölkerungsentwicklung, eine Veränderung der Altersstruktur sowie durch Einwanderung, existieren Problemstellungen in den Bereichen der Infrastruktur und Allgemein-, Aus- und Weiterbildung.

Herausforderungen durch eine negative Bevölkerungsentwicklung

Die negative Bevölkerungsentwicklung im Westerwald gründet vor allem auf der Tendenz zur Abwanderung junger Menschen aus der Region in strukturstärkere Gebiete. Entscheidend ist die größere Attraktivität aufgrund besserer Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten. Zusätzlich kann die sinkende Geburtenzahl durch eine höhere Lebenserwartung nicht mehr ausgeglichen werden, was den Rückgang der Bevölkerungszahl beschleunigt.

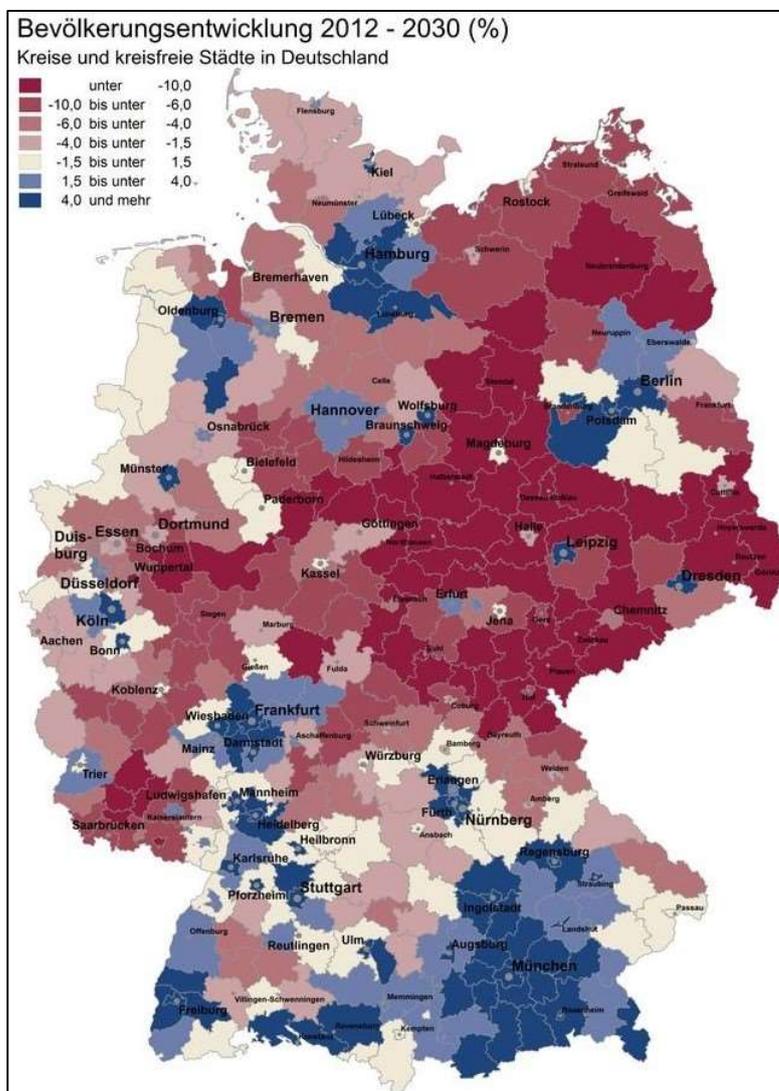


Abbildung 5: Prozentuale Bevölkerungsentwicklung in Deutschland zwischen 2012 und 2030 (Quelle: www.wegweiser-kommune.de)

Die in Abbildung 5 dargestellte Übersicht zeigt die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland zwischen den Jahren 2012 und 2030. Für den Landkreis Altenkirchen ist eine negative Bevölkerungsentwicklung von minus sechs bis minus zehn Prozent zu erwarten. Das Gleiche gilt für den Westerwaldkreis. Der Landkreis Neuwied verzeichnet einen geringeren Bevölkerungsrückgang von voraussichtlich minus vier bis minus sechs Prozent.

Dieser Rückgang lässt sich durch die oben genannten Aspekte der sinkenden Geburtenrate sowie der Abwanderung erklären. Dadurch erfahren andere Regionen Deutschlands, wie Berlin, München, Hamburg und Köln, einen überdurchschnittlichen Zuwachs der Bevölkerung (Abbildung 5).

Daraus resultierende Herausforderungen sind:

- Abwanderung aufgrund fehlender Attraktivität ländlicher Regionen
- Fehlende Möglichkeiten ländlicher Regionen genügend Zuzug zu generieren

Herausforderungen durch eine Veränderung der Altersstruktur

Die Veränderung der Altersstruktur gründet maßgeblich auf dem Problem der Überalterung. Der Anteil von Senioren und Pflegebedürftiger steigt, wohingegen die Anzahl junger Menschen aufgrund einer sinkenden Geburtenrate abnimmt. Die Rente für momentane und zukünftige Rentner muss durch eine immer geringer werdende Zahl von Beitragszahlern zu Verfügung gestellt werden. Gleichzeitig kommt es durch den steigenden Bedarf an Pflegeeinrichtungen und Mangel an Ärzten zu einer immer schlechter werdenden medizinischen Versorgung auf dem Land. Hinzu kommen aufgrund des Abbaus von Bus- und Bahnverkehr eine abnehmende Anzahl von Mobilitätsangeboten. Das erschwert es allen Altersklassen, besonders jedoch Senioren ohne eigenes Auto, weiter entfernte Ziele zu erreichen.

Tabelle 2: Prozentualer Bevölkerungsanteil in den Landkreisen in den Altersklassen (Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Stand: Juli 2020)

Bevölkerungsanteil im Jahr [%]			
Alter in Jahren	Landkreis Altenkirchen		
	2020	2025	2030
Unter 20	18,3	18,1	17,9
20-65	58,6	56,4	53,6
65 und älter	23,1	25,5	28,5
Alter in Jahren	Westerwaldkreis		
	2020	2025	2030
Unter 20	18,7	18,4	18,2
20-65	59,3	57,2	54,1
65 und älter	22,0	24,4	27,7
Alter in Jahren	Landkreis Neuwied		
	2020	2025	2030
Unter 20	18,9	18,8	18,7
20-65	58	55,7	52,9
65 und älter	23,1	25,5	28,4

Aus Tabelle 2 sind die Altersstrukturen der drei großen Landkreise der Region Westerwald zu entnehmen. Im Landkreis Altenkirchen sinkt der prognostizierte Anteil der unter 20-Jährigen von 18,3 Prozent im Jahr 2020 auf 18,1 Prozent im Jahr 2025 und im Jahr 2030 auf 17,9 Prozent. Eine ähnliche Entwicklung ist bei den 20- bis 65-Jährigen zu erkennen. Macht diese Gruppe 2020 noch 58,6 Prozent der Bevölkerung aus, sind es 2025 bereits 56,4 Prozent und 2030 53,6 Prozent. Dem gegenüber steht der Anteil der Menschen, die das Lebensalter von 65 überschritten haben. Dort ist ein Anstieg von 23,1 Prozent im Jahr 2020 auf 25,5 Prozent im Jahr 2030 und eine erneute Steigerung im Jahr 2030 auf 28,5 Prozent zu erkennen. Dieselbe Entwicklung ist auch im Landkreis Neuwied und im Westerwaldkreis festzustellen. Die Zahl der unter 20-Jährigen und 20- bis 65-Jährigen ist rückläufig, wohingegen der Anteil der über 65-Jährigen zunimmt.

Daraus ergeben sich folgende Herausforderungen:

- Überbelastung der gesetzlichen Rentenversicherung
- Veränderung der Infrastruktur durch einen steigenden Bedarf an Barrierefreiheit
- Höhere Mobilitätsansprüche
- Überlastete Pflegeeinrichtungen
- Fehlen von Krankenhäusern zur Gewährleistung der medizinischen Versorgung

Herausforderungen im Bereich Allgemein-, Aus- und Weiterbildung

Im Bereich der Allgemein-, Aus- und Weiterbildung existieren weitere Probleme, mit denen sich ländliche Gemeinden auseinandersetzen müssen. Berufstätige Eltern sind immer früher gezwungen ihre Kinder in Kindertagesstätten anzumelden. Die Eltern nutzen das Angebot, ihre Kinder früher in die Kindertagesstätte zu geben, um schneller wieder ins Berufsleben eintreten zu können. Dies führt zu einer Überlastung der Tagesstätten. Infolgedessen sind Anmeldungen in weiter entfernten Betreuungseinrichtungen in Betracht zu ziehen, was mit längeren Fahrwegen verbunden ist.

Eine gegenläufige Entwicklung ist an weiterführenden Schulen zu erkennen. Aufgrund der sinkenden Bevölkerungszahl junger Menschen sinkt die Anzahl von Schülern stetig. Dies lässt sich aus Tabelle 3 entnehmen: Betrug die Anzahl von Gymnasiasten in Rheinland-Pfalz im Jahr 2015/2016 noch 131780, sind es 2019/2020 bereits 121853. Setzt sich dieser Trend fort, sind Schulen in naher Zukunft gezwungen Einrichtungen zu schließen oder Zusammenlegungen zu organisieren. Demnach zieht es schon junge Menschen zwangsläufig aus ländlichen Gebieten, wie dem Westerwald.

Tabelle 3: Entwicklung der Schüleranzahl an Gymnasien in Rheinland-Pfalz von 2015-2020 (Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Stand: Juli 2020)

	Gymnasien	Anzahl Schüler
2015/2016	151	131780
2017/2018	151	125606
2018/2019	152	124039
2019/2020	152	121853

Eine vergleichbare Entwicklung lässt sich zudem aus den Zahlen der Auszubildenden schlussfolgern.

Tabelle 4: Anzahl Auszubildender in Rheinland-Pfalz von 2010-2018 (Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Stand: Juli 2020)

	2010	2012	2014	2016	2018
Anzahl Auszubildender	76155	72534	68673	65832	64995

Aus Tabelle 4 ist zu entnehmen, dass die Zahl der Auszubildenden geringer wird. Sind es 2010 noch 76155 Auszubildende, belegen 2014 nur 68673 junge Menschen diese Plätze und 2018 schließlich nur noch 64995 Personen.

Nach Abschluss der schulischen Laufbahn stehen junge Erwachsene vor dem Problem, dass nicht genügend Arbeitsplätze mit ausreichender Qualität zur Verfügung stehen. Fehlende Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten sowie nicht vorhandene Perspektiven lassen jungen Menschen keine andere Wahl, als sich in Städten einen geeigneten Arbeitsplatz zu suchen.

Die aus diesen Zahlen resultierenden Herausforderungen sind:

- Nicht ausreichend qualitative Bildungs- und Ausbildungsangebote
- Fehlende Weiterbildungsmöglichkeiten
- Zusammenarbeit verschiedener Einrichtungen zur gegenseitigen Unterstützung
- Konkurrenzkampf um Arbeitskräfte aufgrund des Fachkräftemangels zwischen ländlichen und städtischen Gebieten sowie zwischen ländlichen Regionen untereinander
- Unternehmenssterben aufgrund fehlender Arbeitskräfte
- Neue Konzepte für Kindertagesstätten und allgemeinbildende Schulen

Herausforderungen im Bereich Infrastruktur

Der Region Westerwald können die drei Oberzentren Koblenz, Bonn und Siegen, welche sich durch ihre Lage am Rande der Region kennzeichnen, zugeordnet werden. Zudem befinden sich die großen Verkehrsachsen des zu betrachtenden Gebietes ebenfalls im Randgebiet (Kapitel 3.3.1). Aus diesen Faktoren resultieren lange Fahrzeiten für Einwohner im Mittelbereich des Westerwaldes und damit eine schlechte Erreichbarkeit. Dadurch verlieren die Grundzentren an Bedeutung, da Güter des täglichen Bedarfs zusätzlich in Oberzentren erworben werden, wenn für spezielle Dienste ohnehin große Entfernungen überwunden werden müssen. Hinzu kommen weite Strecken für Pendler, welche einen Arbeitsplatz in den Oberzentren einnehmen.

Daraus lassen sich folgende Herausforderungen des Demografischen Wandels ableiten:

- Zentralisierung von Diensten und damit ein Bedeutungsverlust vor allem für die Grundzentren
- Sicherstellung der Basisversorgung durch Güter, Produkte und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs durch die Grundzentren
- Aufrechterhaltung und Ausbau der Versorgungsinfrastruktur
- Bessere Anbindung an Oberzentren

Herausforderungen durch Einwanderung

Die negative Bevölkerungsentwicklung kann derzeit noch durch die Einwanderung von Menschen mit Migrationshintergrund ausgeglichen werden. Der steigende Ausländeranteil in den Gemeinden und Landkreisen führt infolgedessen zu strukturellen Veränderungen in Schulen, Betrieben und im sozialen Gefüge der Dörfer.

Tabelle 5: *Prozentualer Anteil der ausländischen Bevölkerung in Rheinland-Pfalz in den Jahren 2011, 2017 und 2018 (Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Stand: Juli 2020)*

	2011	2017	2018
Ausländer [%]	6,8	10,6	11,1

Tabelle 6: *Bevölkerung in den Landkreisen Altenkirchen, Neuwied und Westerwaldkreis 2019 (Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Stand: Juli 2020)*

	Landkreis Altenkirchen	Westerwaldkreis	Landkreis Neuwied
Gesamtzahl	128847	201992	182751
Davon Ausländer [%]	7,8	8,9	10,0

Wie aus Tabelle 5 zu entnehmen, ist die Anzahl von Menschen mit Migrationshintergrund zwischen 2011 und 2018 von 6,8 Prozent auf 11,1 Prozent gestiegen.

In den drei großen Landkreisen des Westerwalds sind Unterschiede im Hinblick auf die jeweiligen Anteile auszumachen. Der Landkreis Neuwied hat mit 10,0 Prozent Ausländern von einer Gesamtbevölkerung von 201992 den höchsten Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund. Die beiden anderen Landkreise weisen mit 8,9 Prozent (Westerwaldkreis) und 7,8 Prozent (Landkreis Altenkirchen) einen geringen Ausländeranteil auf.

Aus diesen Zahlen ergeben sich folgende Herausforderungen für die Landkreise:

- Veränderung der sozialen Gemeinschaft
- Anpassung der Einwohner an das neue Miteinander
- Integration und Eingliederung der Ausländer durch Sprachkurse und gemeinsame Aktivitäten in die soziale Gemeinschaft

4 Gestaltete lokale Veränderungsprozesse

Das Instrument der Landentwicklung „Gestaltete lokale Veränderungsprozesse“ (LVP) wurde aus dem achtstufigen Veränderungsfahrplan, den sogenannten Prinzipien des „Change Managements“, nach John Kotter abgeleitet. Ursprünglich wurde dieses Instrument zur Prozessgestaltung in Unternehmen und Betrieben eingesetzt. Dort sollten durch „Change Management“ neue Impulse gegeben werden, um die Zukunft eines Unternehmens positiv zu gestalten.

Diese Prinzipien sind auf die ländliche Entwicklung übertragen und als neues Instrument in einem Pilotverfahren eingesetzt und erprobt worden. Das Verfahren „Gestaltete lokale Veränderungsprozesse“ kann aus der Dissertation „Gestaltete lokale Veränderungsprozesse (LVP) – Change Management als neues Instrument der Landentwicklung“ (Andrea Soboth, 2016) entnommen werden.

Im folgenden Kapitel werden die einzelnen Stufen der LVP erläutert und ein Vorschlag formuliert, in welcher Form dieser Prozessansatz zur Etablierung einer Sozialen Dorfentwicklung in der Region Westerwald eingesetzt werden kann.

4.1 Die Merkmale Gestalteter lokaler Veränderungsprozesse

Aus den Erkenntnissen dieser Veränderungsprozesse lassen sich Merkmale für LVPs ableiten:

- **Ganzheitlichkeit**
Gestaltete lokale Veränderungsprozesse berücksichtigen alle Bereiche der ländlichen Strukturentwicklung. Aus diesem Grund ist es unabdingbar, dass die Idee der „Ganzheitlichkeit“ verfolgt wird. Die Überlegung gründet darauf, dass einzelne Projekte keine großen Veränderungen entfachen können. Erst eine Bündelung von vielen Maßnahmen kann zu einer weitgreifenden Veränderung führen.
- **Flächendeckender Ansatz**
Veränderungsprozesse haben alle Dörfer und Ortsteile möglichst flächendeckend in einem Gebiet in die Entwicklung miteinzubeziehen. Der Prozess ist in der Kommune zu etablieren und gleichzeitig auch auf örtlicher Ebene zu unterstützen. Zu integrieren sind sowohl Akteure auf dörflicher als auch auf kommunaler Ebene.
- **Befähigung**
Für eine erfolgreiche Initiierung der Veränderungsprozesse benötigt es neue Impulse, Anreize und Fertigkeiten. Diese können einerseits durch Eigeninitiative der eingebundenen Akteure einfließen und andererseits durch Bildungsangebote vermittelt werden.

- **Bewusstseinsbildung**
Das Gelingen der Veränderungsprozesse hängt maßgeblich von der Gestaltung der Kommunikation ab. Die Information und Sensibilisierung für die Bewusstseinsbildung der in den Prozess eingebundenen Einwohner ist die Grundlage für einen erfolgreichen Veränderungsprozess.
- **Leadership**
Gestaltete lokale Veränderungsprozesse werden durch eine kleine Gruppe von Visionsträgern geleitet. Diese stehen maßgeblich hinter dem Konzept und übernehmen in diesem Prozess die Verantwortung. Sie moderieren verschiedene Aktionen, in denen zusammen mit der Bürgern Maßnahmen erarbeitet werden, welche die Veränderungsprozesse voranbringen.
(Soboth 2016, S.71 ff.)

4.2 Die Stufen der Gestalteten lokalen Veränderungsprozesse

Zur Übertragung von Change Management auf die ländliche Entwicklung ist es notwendig, den Prozessansatz nach John Kotter auf ländliche Regionen abzustimmen. Einige Aspekte und Strukturen von Unternehmen lassen sich mit ländlichen Räumen in Zusammenhang bringen. Andere wiederum weisen keine Überschneidungen auf. Aspekte, die sich sowohl in Unternehmen als auch in ländlichen Räumen finden, sind folgende:

- Veränderungsprozesse sind sowohl in Unternehmen als auch in ländlichen Räumen auf einen großen Umfang ausgelegt. Entwicklungen dürfen sich nicht auf einzelne Aspekte beschränken. Ziel ist es, das komplette System vollständig zu verändern.
- In beiden Fällen ist die Anpassung an neue Rahmenbedingungen notwendig.
- Das Einbinden einer Vielzahl von Akteuren ist sowohl in Unternehmen als auch in ländlichen Gebieten notwendig. Den Menschen bewusst zu machen, dass solche Veränderungen von großer Bedeutung sind, hat Priorität.
- Veränderungsprozesse sind in Unternehmen und in ländlichen Räumen auf eine lange Zeitspanne ausgelegt. Auf die Fragen verunsicherter Personen ist dabei einzugehen.
(Soboth 2016, S.53)

Unterschiede finden sich jedoch in der Strukturierung ländlicher Räume gegenüber dem Aufbau verschiedener Unternehmen und Organisationen. Unternehmen besitzen eine klare hierarchische Struktur und deren Mitarbeiter haben ein großes Interesse, Erfolge durch Veränderungsprozesse herbeizuführen. In ländlichen Gebieten wird zum großen Teil auf freiwilliger Basis an solchen Prozessen mitgewirkt. Zudem ist ein großes Netz von Akteuren auf kommunaler und dörflicher Ebene zu berücksichtigen (Soboth 2016, S.54).

Aus diesem Grund sind Anpassungen der Prinzipien des Change Management an die ländliche Strukturentwicklung unerlässlich. Die nach Soboth auf die ländliche Strukturentwicklung angepassten Stufen werden nachfolgend skizziert.

Stufe Eins: Bewusstsein schaffen und ein Gefühl der Dringlichkeit erzeugen

Laut Soboth (2016, S.54) beginnen Veränderungsprozesse mit einer intensiven Phase der Bewusstseinsbildung. Zudem soll eine Dringlichkeit erzeugt werden, dass Veränderungen sofort beginnen müssen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die Menschen vor Ort angesprochen und motiviert werden. Soboth (2016, S.54) führt dahingehend aus, dass zwingend ein direkter Bezug der Menschen zu den anstehenden Aufgaben hergestellt werden muss.

Durch das Auslösen solcher Veränderungsprozesse werden Ängste und möglicherweise Widerstände bei den involvierten Menschen ausgelöst. Deshalb ist den Menschen verständlich zu machen, dass an der aktuellen Situation etwas geändert werden muss (Soboth 2016, S.55).

Die Bewusstseinsbildung beginnt mit einer Verständigung über das bestehende Problem. Diese Problemmunikation kann sich in jeder Region unterschiedlich gestalten (Soboth 2016, S.55). Nach Soboth (2016, S.55) ist die Problemmunikation ein öffentlicher Bewusstseinsbildungsprozess mit dem Ziel, mit den relevanten Akteuren zu einem übereinstimmenden Verständnis des Problems zu kommen.

Damit die Gestaltung der Bewusstseinsbildung positiv verläuft ist sicherzustellen, dass der Start mit einem deutlichen öffentlichen Impuls einhergeht. Daneben sind die Vertreter der Kommunalpolitik mit einzubeziehen. Es ist notwendig, dass alle Ebenen der Dörfer im Prozess berücksichtigt werden und eine ausgestaltete Kampagne das öffentliche Bewusstsein berührt (Soboth 2016, S.55). Weiterhin ist darauf zu achten, dass zwischen den Problemen und den beteiligten Akteuren ein direkter Bezug hergestellt wird (Soboth 2016, S.56).

Der Prozess der Bewusstseinsbildung ist aufwändig und nur sinnvoll, wenn genügend Mittel zur Verfügung stehen und eine klare Kommunikation vorhanden ist. Dabei kann die Gewinnung von Ehrenamtlichen ein wichtiger Faktor sein. Diese können als Ansprechpartner in den Dörfern fungieren, Fragen beantworten und die Bürger für den Prozess sensibilisieren (Soboth 2016, S.56).

Stufe Zwei: Veränderungscoalitionen bilden

In Veränderungsprozessen werden Institutionen benötigt, welche den Prozess steuern und organisieren. Dabei wird zwischen zwei Typen, der politischen Veränderungscoalition und der Veränderungscoalition mit Akteuren des Gebietes, unterschieden (Soboth 2016, S.57).

Ein Leitungsteam gestaltet die Veränderungsprozesse. Diesem sollte der Bürgermeister oder Personen mit einem gleichwertigen Amt vorstehen. Weitere Mitglieder können Mitarbeiter der involvierten Verwaltungen, Vertreter übergeordneter Ebenen und Ehrenamtliche sein (Soboth 2016, S.57).

Die politische Veränderungscoalition bezieht sich zumeist auf Gebiete, die sich in der Verantwortung der politischen Gremien, wie Verbandsgemeinderäte, befindet. Nach Soboth (2016, S.57) sollen politische Veränderungscoalitionen breit aufgestellt sein und eine hohe politische Verantwortung aufweisen. Erfolgversprechend ist das Verfassen von Leitlinien durch das Leitungsteam (Soboth 2016, S.57).

Veränderungscoalitionen mit Akteuren lassen sich als Gruppen definieren, in denen deren Mitglieder ihr Wissen und ihre Kompetenzen zur Verfolgung eines gemeinsamen Ziels zusammenfügen (Soboth 2016, S.58). Grundlage dafür bildet die gegenseitige Verständigung. Die Zusammensetzung solcher Coalitionen kann sich laut Soboth (2016, S.58) von den relevanten Akteuren eines Themenbereichs bis zu allen Akteuren erstrecken. Thematisch werden diese Coalitionen zur Vertiefung einer Fragestellung und zur Entwicklung von Lösungsstrategien gebildet. Zudem können sie zum Weitertragen der Vision eingesetzt werden (Soboth 2016, S.58).

Essenziell wichtig ist bei Veränderungscoalitionen, den Mitgliedern Zeit für die Einarbeitung zu geben. Ein Ausgleich zwischen fachlichen Anregungen des Leitungsteams und eigenen Ideen der Coalition sind zu finden (Soboth 2016, S.58).

Stufe drei: Vision und Strategie entwickeln

Die Umsetzung der Veränderungsprozesse ist eng mit einer Vision verbunden. Diese stellt ein konkretes Bild der Zukunft dar, welches über einen längeren Zeitraum erreicht werden soll. Die Vision muss vorstellbar, erstrebenswert und kurz in wenigen Sätzen zu erläutern sein. Die Einsicht, dass Herausforderungen über einen längeren Zeitraum bewältigt werden können, ist höher, als wenn nur eine kurze Zeitspanne zur Verfügung steht (Soboth 2016, S.59).

Die Entwicklung einer Vision ist in ländlichen Gebieten eine schwierige Aufgabe. Die zugrundeliegenden Werte, die aktuelle Situation des betreffenden Gebiets und dessen Potenziale sind zu berücksichtigen (Soboth 2016, S.59). Die Werte einer Vision müssen klar definiert werden. Zudem sind Zukunftstrends, welche Chancen für die Region beinhalten sowie regionale und lokale Besonderheiten zu berücksichtigen (Soboth 2016, S.59).

Die Entwicklung einer Vision erfolgt durch das Leitungsteam. Wichtig dabei ist es, genau auf die ländlichen Gebiete einzugehen und die Vision auf die Menschen abzustimmen. Ziel soll es sein, den Kern der Vision zu finden. Laut Soboth (2016, S.60) wird dieser als „Identitätsanker“ formuliert, der die Vision damit in einem Satz zusammenfasst und diese gut verständlich macht.

Im Anschluss ist die Vision weiter zu konkretisieren und zu vertiefen. Auf diese Weise wird außerdem gesichert, dass die Menschen für die Vision gewonnen werden. Zudem ist eine Entwicklungsstrategie zu erarbeiten, die nach Soboth (2016, S.60) die zentralen Erkenntnisse des Veränderungsprozesses, die unterschiedlicher Bereiche sowie die strategische Gliederung enthält und visionsorientiert ist. Aus diesen Strategien geht eine Vielzahl von Projekten hervor. Diese große Anzahl wird zur erfolgreichen Umsetzung der Veränderungsprozesse benötigt, stellt allerdings hohe Anforderungen an das Organisationsmanagement (Soboth 2016, S.60).

Stufe vier: Strategien und Visionen kommunizieren

Ist die Vision in ihren Grundzügen entwickelt worden, erfolgt die Kommunikation der Vision und der bestehenden Probleme. Soboth (2016, S.60) erachtet diese Kommunikation als besonders wichtig, da auch diese eine veränderte Denkweise und ein verändertes Handeln auslöst.

Die Intensität der Verständigung über Vision und Problem ändert sich im Laufe des Veränderungsprozesses. Das Ausmaß der Problemkommunikation steigt zu Beginn des Prozesses stark an und fällt nach einiger Zeit immer weiter ab, wohingegen die Visionskommunikation zu Beginn weniger zunimmt, aber im späteren Verlauf des Prozesses eine deutlich höhere Intensität aufweist als die Problemkommunikation (Soboth 2016, S.61). Dies ist mit den inhaltlichen Unterschieden zu begründen. Die Problemkommunikation beschäftigt sich mit den Herausforderungen von heute und morgen. Im Gegensatz dazu wird bei der Visionskommunikation kontinuierlich ein Bild geformt, welches es in der Zukunft zu erreichen gilt (Soboth 2016, S.61).

Das Auseinandersetzen mit einer Vision benötigt laut Soboth (2016, S.62) Zeit und ist daher über mehrere Jahre hinweg zu kommunizieren. Im Verlauf verstehen die Menschen die Vision und können sich immer besser mit dieser identifizieren. Dabei müssen die Bürger zu einer Einigung bezüglich anstehender Projekte und den verschiedenen Handlungsfeldern kommen.

Stufe fünf: Prozessorientiert steuern und Mitarbeiter befähigen

Die Organisation und Steuerung eines Gestalteten lokalen Veränderungsprozesses ist vielfältig und aufwendig. Deshalb wird die Steuerung von einem Leitungsteam übernommen. Neben den in Stufe zwei aufgeführten Mitgliedern ist das Team mit einzelnen Gruppen aus der Verwaltung zu ergänzen. Laut Soboth (2016, S.63) können auf diese Weise in der Verwaltung strategische Entscheidungen vorbereitet und durchgesprochen werden sowie im Nachgang für deren Umsetzung gesorgt werden. Außerdem ist es notwendig, ein breites Wissen aller Abteilungen der Verwaltung in die Weiterentwicklung der Strategien zu integrieren.

Von großer Bedeutung ist ebenfalls eine Bewertung des Veränderungsprozesses. Dabei wird untersucht, inwieweit sich der Prozess über einen längeren Zeitraum entwickelt hat, welche Projekte und Maßnahmen erfolgreich waren und in welchen Bereichen nachgebessert werden muss (Soboth 2016, S.63).

Für eine erfolgreiche Umsetzung Gestalteter lokaler Veränderungsprozesse werden neue Impulse und Fertigkeiten benötigt. Diese werden laut Soboth (2016, S.63 f.) von allen Beteiligten benötigt. Fehlende, aber benötigte, Kompetenzen sind gegebenenfalls durch Qualifizierungsangebote zu schulen.

Stufe sechs: Erfolge planen

Die Planung von lokalen Veränderungsprozessen ist in einer Weise zu gestalten, dass sowohl kurzfristige Erfolge sichtbar sind als auch Erfolge über einen längeren Zeitraum geplant werden können.

Kurzfristige Erfolge stellen sicher, dass eine Veränderung tatsächlich ausgelöst wird. Sie zeigen auf, dass es lohnend ist, die erkannten Herausforderungen und Probleme zu bewältigen.

Des Weiteren ist die Planung der Erfolge von zentraler Bedeutung. Diese Erfolge begleiten den gesamten Verlauf und zeigen, dass sich der Veränderungsprozess richtig entwickelt. Die Planung neuer Erfolge kann zudem mit der Auswahl, Vorbereitung und Umsetzung verschiedener Projekte des Prozesses einhergehen (Soboth 2016, S.65). Eine große Anzahl von Erfolgen verstärkt die Entwicklung und lässt zu erwartende Widerstände verstummen oder zumindest kleiner werden.

Stufe sieben: Erfolge konsolidieren, Veränderungen institutionalisieren

Gestaltete lokale Veränderungsprozesse nehmen viel Zeit in Anspruch. Von großer Bedeutung ist aus diesem Grund, den Prozess nicht nach den ersten Erfolgen zu beenden. Der Wandel ist nicht komplett vollzogen und die Gefahr ist groß, dass die erreichten Erfolge ihre Wirkung verlieren. Dabei ist es möglich, mehrere Projekte nebeneinander zu bearbeiten und gewonnene Erfahrungen aus einem Projekt auf ein anderes zu übertragen. Die Auswahl, mit welchen Maßnahmen begonnen werden soll, ist nach Soboth (2016, S.65) von den Ausgangssituationen vor Ort abhängig. Es ist wichtig, alle Bereiche zu entwickeln, um einen Impuls zu erzeugen.

Mit dem Veränderungsprozess soll zudem ein verändertes Aufgabenverständnis etabliert werden. Mit Hilfe anstehender Projekte soll herausgefunden werden, wie die Ziele erreicht werden könnten und dadurch ein Schema erstellt werden, in welcher Form zukünftig gehandelt werden soll. Der Akteur, welcher mit einem Projekt betraut wird, muss sich damit identifizieren und nach einem neuen Verständnis handeln. Die Verankerung der neuen Aufgaben kann in vorhandenen oder weiterentwickelten Strukturen geschehen (Soboth 2016, S.66).

Des Weiteren ist die organisatorische Weiterentwicklung der Verwaltung ein wichtiger Bestandteil der Veränderungsprozesse. Laut Soboth (2016, S.66) hat sich die Verwaltungen der ländlichen Gemeinden ebenfalls neu aufzustellen und weiterzuentwickeln. Zu beschäftigen ist sich mit neuen Formen der Zusammenarbeit.

Die Organisation der Verwaltung muss durch eine Entwicklung in eine Position gebracht werden, in der auf veränderte Ansprüche einer älter werdenden Bevölkerung reagiert werden kann. Weiterhin gibt es Aufgaben innerhalb der Verwaltung zu bewältigen. Auch dort findet ein demografischer Wandel statt, den es im Personalmanagement zu berücksichtigen gilt. Zudem müssen die Mitarbeiter genau auf den Veränderungsprozess abgestimmt werden, da besonders diese in engem Kontakt zu den Bürgern stehen. Diese Organisationsentwicklung ist bereits früh im Veränderungsprozess anzugehen und ein Konzept mit Beschreibung der notwendigen Maßnahmen ist hilfreich. Das Konzept ist im Laufe des Prozesses weiterzuentwickeln (Soboth 2016, S.66).

Die Organisationsentwicklung bezieht sich neben der Verwaltung auch auf das gesamte Umfeld der ländlichen Gemeinde. Dort müssen neue Strukturen entwickelt werden (Soboth 2016, S.68). Dabei ist sich intensiv mit der Weiterentwicklung der Daseinsvorsorge auseinanderzusetzen.

Stufe acht: Neue Verhaltensweisen strukturieren und in der Kultur verankern

In der abschließenden Stufe der Gestalteten lokalen Veränderungsprozesse steht die Verankerung der neuen Verhaltensweisen im Vordergrund. Im Verlauf des gesamten Prozesses ist durch eine Vielzahl von Projekten ein verändertes Handeln etabliert worden, welches es zu verfestigen gilt (Soboth 2016, S.69).

Die Kultur einer ländlichen Gemeinde lässt sich nach Soboth (2016, S.69) als die Gesamtheit aller Werte beschreiben, mit denen sich alle Bürger und Akteure identifizieren können. Zentrale Aspekte sind in diesem Zusammenhang die soziale Gemeinschaft. Ziel ist es, eine hohe Lebensqualität zu etablieren. Demnach ist zu analysieren wie die Kultur vor der Veränderung ausgesehen hat und in welcher Form die Potenziale genutzt werden können, um eine zukünftige Kultur zu gestalten (Soboth 2016, S.69).

Diese neue Kultur bildet sich nach den Ausführungen Soboths (2016, S.70) nicht erst in der letzten Stufe, sondern gestaltet sich im gesamten Prozessablauf. In der letzten Stufe muss die Kultur in den täglichen Lebensabläufen der Menschen verankert werden. Der Übergang in den Alltag erstreckt sich über mehrere Jahre (Soboth 2016, S.70).

Zusammenfassend ist es in dieser Stufe notwendig, eine Aufbruchstimmung im Gebiet des Veränderungsprozesses auszulösen. Diese muss sowohl auf Dorfebene als auch auf kommunaler Ebene spürbar sein.

4.3 Einsatz eines LVP in der Region Westerwald

Die Erprobung eines Gestalteten lokalen Veränderungsprozesses in einer ländlichen Gemeinde wurde in der Verbandsgemeinde Daun im Landkreis Vulkaneifel durchgeführt. Dieses Pilotprojekt ist als WEGE-Prozess (Wandel Erfolgreich GESTalten) mit dem Ziel ins Leben gerufen worden, einen dauerhaften Wandel in der Region Daun hervorzurufen (Soboth 2016, S.74).

Im folgenden Kapitel sollen die Ergebnisse und die aus dem Veränderungsprozess gewonnenen Erfahrungen dargelegt werden. Darauf aufbauend wird beschrieben, ob dieser Prozess auch in der Region Westerwald zum Einsatz kommen kann und inwieweit die Bereitschaft besteht, die in der Verbandsgemeinde Daun gewonnen Erkenntnisse auf die Region Westerwald zu übertragen.

4.3.1 Der WEGE-Prozess in der Verbandsgemeinde Daun

Der WEGE-Prozess in der Verbandsgemeinde Daun begann im April 2010. Dieser Prozess wurde durch das Institut für Regionalmanagement extern begleitet und nach fünf Jahren Projektlaufzeit der Erfolg des Veränderungsprozesses bewertet.

Der WEGE-Prozess orientiert sich dabei an den von Andrea Soboth abgeleiteten acht Stufen (Kapitel 4.2). Ziel war es, den WEGE-Prozess chronologisch den Stufen zuzuordnen. Nach den Ausführungen Soboths (2016, S.80) ist eine strikte zeitliche Reihenfolge jedoch nicht gegeben, da aufgrund des Umfangs des Veränderungsprozesses und der Vielzahl der eingebundenen Akteure Stufen mehrmals durchlaufen wurden. Zudem sind die Stufen sieben und acht laut Soboth (2016, S.80) noch nicht vollständig beendet worden.

Beurteilt wurde der WEGE-Prozess hinsichtlich seines Erfolgs und in Bezug auf drei zentrale Themenbereiche untersucht (Soboth 2016, S.114):

- Bevölkerungssituation
- Bewusstseinsbildung
- Prozessgestaltung

1. Beurteilung der Bevölkerungsentwicklung

Zunächst wird die Bevölkerungssituation betrachtet und untersucht, in welchem Umfang der Veränderungsprozess dem demografischen Wandel in der ländlichen Gemeinde entgegenwirken konnte. Dabei ist laut Soboth (2016, S.114) festzuhalten, dass sich die Auswirkungen des Prozesses im Hinblick auf die Bevölkerungsentwicklung erst nach einem längeren Zeitraum feststellen ließen. Jedoch konnten erste Indizien erfasst werden, ob der WEGE-Prozess dem Demografischen Wandel entgegenwirken konnte. Um dies bewerten zu können, wurde die reale Bevölkerungsentwicklung mit der Bevölkerungsvorausschätzung der ländlichen Gemeinde verglichen. In der Bevölkerungsvorausschätzung ist beschrieben, in welcher Form sich die Bevölkerungsstruktur entwickelt, wenn keine Maßnahmen, wie der WEGE-Prozess, initiiert werden.

In der Gesamtbetrachtung gestaltet sich die Bevölkerungsentwicklung in der Verbandsgemeinde Daun weiterhin rückläufig. Dennoch ließ sich feststellen, dass sich die reale Bevölkerungsentwicklung positiver gestaltete, als sie in der Bevölkerungsvorausschätzung beschrieben wurde (Soboth 2016, S.115).

Betrachtet man zusätzlich die Altersstruktur in der ländlichen Gemeinde, lassen sich weitere Aspekte vergleichen. Nach den Ausführungen Soboths (2016, S.116) entwickelte sich diese:

- <20-Jährige: Die Anzahl jüngerer Personen entwickelt sich negativ und entspricht damit im Großteil der Bevölkerungsvorausschätzung.
- 20-65-Jährige: Die reale Entwicklung gestaltete sich positiver als vorausgesagt und dadurch konstanter als angenommen.
- >65-Jährige: Die Entwicklung gestaltete sich leicht negativer als in der Vorausschätzung.

Zusammenfassend konnte festgehalten werden, dass eine positivere Entwicklung, als in der Bevölkerungsvorausschätzung vorausgesagt wurde, eingetreten ist. Die Anzahl jüngerer Personen ist zwar immer noch rückläufig, jedoch stabilisiert sich die Zahl der 20- bis 65-Jährigen. Die Zahl älterer Menschen ist geringfügig kleiner geworden, sodass die Überalterung etwas verlangsamer eintritt. Allerdings lässt sich laut Soboth (2016, S.118) nicht genau beurteilen, ob diese Entwicklung tatsächlich mit dem WEGE-Prozess in Verbindung gebracht werden kann.

2. Beurteilung des Bewusstseinsbildungsprozesses

Im WEGE-Prozess geht es vor allem darum, eine veränderte Denkweise der Menschen auszulösen. Dieser Wandel wurde von Soboth (2016, S.118) in verschiedenen Gruppen untersucht: dem Leitungsteam, Mitarbeiter der Verbandsgemeinde-Verwaltung, Kommunalpolitiker, Akteure aus wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereichen und den Bürgern.

Im Leitungsteam war der Bewusstseinswandel besonders stark ausgeprägt, da die Vision hier intensiv diskutiert und der Prozess über viele Jahre begleitet wurde (Soboth 2016, S.118).

Die Beurteilung der Bewusstseinsbildung in der Verwaltung wurde in zwei verschiedenen Bereichen untersucht. Zum einen sollten Führungskräfte Fragen zum Demografischen Wandel beantworten und zum anderen wurde eine Befragung der Mitarbeiter durchgeführt. Die Ergebnisse der Befragung der Führungskräfte lassen sich nach Soboth (2016, S.119 f.) wie folgt zusammenfassen:

- Bei Führungskräften hat sich im Verlauf des WEGE-Prozesses ein deutlicher Wandel vollzogen.
- In der Verbandsgemeinde-Verwaltung, befanden die Führungskräfte, wird der Demografische Wandel stärker berücksichtigt.

Zudem wurde nach fünf Jahren Laufzeit des WEGE-Prozesses eine Befragung der Verwaltungsmitarbeiter durchgeführt. Dabei wurden Erkenntnisse gesammelt, wie die Mitarbeiter dem WEGE-Prozess in Daun, der Vision und dem Demografischen Wandel gegenüberstehen (Soboth 2016, S.123). Die Bewertung wurde in Form von Fragebögen durchgeführt, welche von ungefähr der Hälfte der Mitarbeiter beantwortet wurde. Die Mitarbeiterbefragung ergab laut Soboth (2016, S.124) folgendes:

- Ein Großteil der Befragten kennt den WEGE-Prozess, den Demografischen Wandel und dessen Auswirkungen.
- Der WEGE-Prozess hat dreiviertel der Bürger für die Herausforderungen der Bevölkerungsentwicklung sensibilisiert.
- Überwiegend sind die Befragten mit der Vision der Verbandsgemeinde Daun vertraut.

Zusammenfassend hat sich für die Bewusstseinsbildung in der Verwaltung ergeben, dass sowohl bei den Führungskräften als auch bei den Mitarbeitern ein Wandel stattgefunden hat. Der Wandel ist bei den Führungskräften stärker ausgeprägt als bei den Mitarbeitern. Dem zugrunde liegt, dass die Abteilungsleiter stärker mit der Vision konfrontiert wurden, wohingegen die Mitarbeiter unterschiedlich in den Prozess eingebunden wurden (Soboth 2016, S.123).

Die Bewusstseinsbildung der Kommunalpolitiker ist unterschiedlich weit fortgeschritten. Beispielsweise setzten sich einige Ortsbürgermeister früher mit dem Prozess auseinander als andere. Aus diesem Grund ist der Wandel unterschiedlich weit entwickelt.

Bei der Bewusstseinsbildung der Akteure aus wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereichen ist besonders darauf geachtet worden, diese möglichst stark zu involvieren und die Vision zu verinnerlichen. Im Verlauf des Prozesses konnten viele Akteure eingebunden werden und aufgrund der hohen Beteiligung nach den Ausführungen Soboths (2016, S128) ein Wandel im Bewusstsein ausgelöst werden.

Der Bewusstseinswandel konnte nach den Einschätzungen Soboths (2016, S.129) bei einem Großteil der Bürger im Verlaufe des Prozesses etabliert werden. Es würden zwar viele den Prozess kennen, sich aber nicht damit auseinandersetzen und somit keine neuen Impulse einbringen. Schlussfolgern lässt sich, dass bei den Bürgern der Wandel am geringsten ausgeprägt ist.

3. Beurteilung der Prozessgestaltung

Der Veränderungsprozess in der Verbandsgemeinde Daun konnte laut Soboth (2016, S.130) als „sehr erfolgreich, mit Herausforderungen verbunden und noch nicht abgeschlossen“ bezeichnet werden.

Der Erfolg eines Gestalteten lokalen Veränderungsprozesses hängt vom Vorhandensein einer Vision, einer Strategie, von Zielen und von Erfolgen ab. Im WEGE-Prozess ist es gelungen, eine starke Vision zu entwickeln und diese auf die Bürger, die als Partner einbezogen wurden, zu übertragen. Ein weiterer Punkt war in diesem Zusammenhang laut Soboth (2016, S.131) eine erfolgreiche Strategie, welche die Umsetzbarkeit des Prozesses untermauerte.

Da in lokalen Veränderungsprozessen ein flächendeckender Ansatz verfolgt wird (Kapitel 4.1), war laut Soboth (2016, S.132) eine große Anzahl von Ortsgemeinden einzubinden. Dies führte zu einer hohen Komplexität des Prozesses. Das Einbinden vieler Akteure in den Prozess erforderte deren kontinuierliche Information über den gesamten Verlauf. Zudem waren die Ortsgemeinden nicht alle gleich entwickelt, wodurch sich immer wieder auf eine veränderte Situation eingestellt werden musste. Die Balance zwischen allen Aspekten zu finden, wurde als zentraler Erfolgsfaktor angesehen (Soboth 2016, S.133).

Weiterhin war die Entwicklung der Kommunikation erfolgreich: Der Anteil der Kommunikation des WEGE-Teams im Rahmen von Präsentationen und öffentlichen Veranstaltungen wurde zurückgefahren, der Anteil persönlicher Kommunikation durch die WEGE-Akteure im Hinblick auf die Durchführung von Projekten wurde erhöht.

Die erfolgreiche Einbindung der Menschen in den Veränderungsprozess war ein weiterer zentraler Aspekt, welcher durch folgende Faktoren realisiert wurde (Soboth 2016, S.138 f.):

- Bürgerbeteiligung
- Professionelles Unterstützen von Ehrenamtlichen durch Verwaltungseinrichtungen
- Prozess auf eine große Masse von Bürgern verteilen

Um komplexe Veränderungsprozesse bewältigen zu können, ist ein Vorhandensein von Ressourcen essenziell. Nach Soboth (2016, S.141 f.) können in diesem Zusammenhang weitere Erfolgsfaktoren genannt werden:

- Verfügbarkeit von festem Personal in Verwaltungseinrichtungen zur Begleitung des Prozesses
- Externe Prozessbegleitung zur Unterstützung der WEGE-Akteure
- Verfügbarkeit von finanziellen Mitteln zur Realisierung verschiedener Projekte

Als weiterer Erfolgsfaktor konnte der Erfahrungsaustausch zwischen den Bürgern und eingebunden Akteuren festgestellt werden (Soboth 2016, S.143).

Zuletzt sind nach Soboth (2016, S.143) die Wertschätzung für die Mitwirkung der Menschen und der ausreichende Umfang des Veränderungsprozesses als Erfolgsfaktoren zu nennen.

Durch die vielen Erfolge im Rahmen des WEGE-Prozesses in der Verbandsgemeinde Daun konnte bewiesen werden, dass es möglich ist, die Prinzipien von Change Management auf die ländliche Entwicklung zu übertragen. Die Umsetzung eines Gestalteten lokalen Veränderungsprozesses anhand der acht vorgestellten Stufen ist laut Soboth (2016, S.145) grundsätzlich möglich.

4.3.2 Möglichkeit des Einsatzes eines Gestalteten lokalen Veränderungsprozesses im Westerwald

Die Region Westerwald setzt sich seit vielen Jahren mit dem Thema der Dorfentwicklung auseinander. Im Folgenden soll das Potenzial, der Erfolg der Maßnahmen und die Bereitschaft analysiert werden, die in der Verbandsgemeinde Daun gewonnen Erkenntnisse auf die Region Westerwald zu übertragen. Weiterhin soll die Möglichkeit des Einsatzes Gestalteter lokaler Veränderungsprozesse in der Region Westerwald untersucht werden. Zu diesem Zweck wurde am 09.07.2020 eine Befragung von Frau Kämpf, der Dorferneuerungsbeauftragten des Landkreises Altenkirchen, über die Dorfentwicklung im Westerwald durchgeführt.

Zunächst wurden allgemeine Fragen bezüglich der Gestaltung der Dorferneuerung im Landkreis Altenkirchen gestellt. Auf die Frage, wie sich die Anzahl von Dorferneuerungsmaßnahmen in den letzten Jahren entwickelt hat, antwortet die Dorferneuerungsbeauftragte: *„Jedes Jahr werden Anträge zur Förderung bei der Kreisverwaltung gesammelt und geprüft. Die Anzahl an Maßnahmen erhöht sich im Moment wieder.“*

Zur Frage, warum die Anzahl in den letzten Jahren weiter steigt, ergänzt die Dorferneuerungsbeauftragte: *„Dies liegt daran, dass Schwerpunktgemeinden höher gefördert werden und mehr Unterstützung bekommen. Zudem wurde die Dauer, in dem eine Gemeinde zur Schwerpunktgemeinde erklärt wird, von sechs auf acht Jahre gesteigert. Das gewährt den betreffenden Gemeinden mehr Zeit, um ihre Maßnahmen durchzuführen und zu beenden.“*

Daraus lässt sich schließen, dass die Verbandsgemeinden versuchen die Attraktivität der Dörfer zu steigern, um zukünftig mehr Menschen in der Region halten zu können. Auch die Verwaltungen machen sich umfassend Gedanken, in welcher Form die Gemeinden motiviert werden können, mehr für die Dorfentwicklung zu tun.

Anschließend war gefragt, wie die Entwicklung der Dorferneuerung in den Verbandsgemeinden ohne Einstufung als Schwerpunktgemeinde aussieht. Darauf antwortet die Dorferneuerungsbeauftragte: *„Auch die Gemeinden, die keine Schwerpunktgemeinden sind, können ihre Konzepte weiterentwickeln und erhalten bei der Durchführung Unterstützung durch beispielsweise Dorfmoderationen. Es ist nicht mehr unbedingt notwendig, als Schwerpunktgemeinde eingestuft zu werden.“*

Die Dorferneuerung ist dadurch nicht auf die Schwerpunktgemeinden beschränkt. Es wird versucht alle Gemeinden zu unterstützen.

Daneben gilt es, den Standpunkt der Verbandsgemeinden zu beleuchten. Dort ist eine ähnliche Entwicklung zu beobachten. Auch die verschiedenen politischen Verantwortlichen der einzelnen Verbandsgemeinden aus dem Landkreis Altenkirchen zeigen großes Interesse an den Maßnahmen der Dorferneuerung. Dies bekräftigt die Dorferneuerungsbeauftragte ausdrücklich: *„Die Verantwortlichen der Gemeinden setzen sich stärker mit dem Thema auseinander.“*

Das zeigt, dass sowohl seitens der Verwaltungsinstitutionen als auch seitens der einzelnen Gemeinden ein Interesse besteht, Instrumente der Landentwicklung in ihre Überlegungen mit einzubeziehen und als mögliche neue Lösungsansätze einzusetzen. Daher dürfte auch das Instrument der Gestalteten lokalen Veränderungsprozesse für die verschiedenen Institutionen eine erfolversprechende Möglichkeit sein, Veränderungen in den Gemeinden und Dörfern des Westerwalds zu bewirken. Die erzielten Ergebnisse und gewonnenen Erfahrungen durch den WEGE-Prozess in der Verbandsgemeinde Daun sollten bei den verantwortlichen Stellen vorgestellt und zukünftig gewinnbringend eingebracht werden.

Um beurteilen zu können, in welcher Verbandsgemeinde ein Gestalteter lokaler Veränderungsprozess initialisiert werden kann, wurde die Frage gestellt, in welcher Gemeinde die meisten Maßnahmen durchgeführt und sich am intensivsten mit dem Thema der Dorfentwicklung auseinandergesetzt wurde.

Daraufhin äußert sich die Dorferneuerungsbeauftragte folgendermaßen: *„Das ist immer unterschiedlich. Beschäftigen sich einmal manche Verbandsgemeinden mit großer Intensität mit dem Thema der Dorfentwicklung; setzen sich einige Zeit später wieder andere Verbandsgemeinden mit diesem Thema auseinander.“*

Daraus geht hervor, dass sich keine Gemeinde des Landkreises Altenkirchen gravierend von anderen abhebt. Die Verbandsgemeinden beschäftigen sich nicht durchgehend mit der Thematik. Aus diesem Grund sind vermutlich in keiner Verbandsgemeinde die Strukturen weit genug entwickelt. Auch die Bereitschaft ist nicht groß genug, einen Gestalteten lokalen Veränderungsprozess umzusetzen.

Bislang wurden nur die Bereitschaft und die Bemühungen der Verwaltungen und der politisch Verantwortlichen betrachtet. Des Weiteren geht es aber auch darum, inwieweit die Bürger der verschiedenen Gemeinden und Dörfer bisher bereit waren, die jeweiligen Maßnahmen mitzutragen und sich aktiv an der Gestaltung ihrer Heimat zu beteiligen. Auf diese Frage antwortet die Dorferneuerungsbeauftragte des Landkreises Altenkirchen: *„Die Bereitschaft zur Dorfentwicklung wird immer größer. Gerade durch junge Familien wird dies immer mehr, da diese auch teilweise Maßnahmen selbst ausführen können und so Gelder, die ansonsten als Bezahlung für die Baufirmen ausgegeben werden, weiterhin zur Verfügung stehen. Die abgeschlossenen Projekte kommen sehr gut an. Sogar Bewohner anderer Dörfer besuchen Projekte wie neu gestaltete Spielplätze.“*

Hier werden vor allem die jungen Familien hervorgehoben, die sich aktiv an der Durchführung der Maßnahmen beteiligen. Dies könnte von Vorteil sein, wenn für die Umsetzung eines lokalen Veränderungsprozesses auch junge Menschen als Verantwortliche benötigt werden. Jedoch vergehen bei einem lokalen Veränderungsprozess mehrere Jahre, bis sich Veränderungen in den Dörfern der Region Westerwald etabliert haben. Es ist nicht gesichert, dass junge

Menschen die ganze Zeit über in dem Prozess mitwirken wollen und Zeit haben, sich intensiv mit diesem auseinanderzusetzen, wenn zusätzlich die Belastung durch Arbeit und Familie hinzukommt.

Von großer Bedeutung in diesem Zusammenhang ist jedoch die Tatsache, dass das Instrument „Gestaltete lokale Veränderungsprozesse“ im Landkreis Altenkirchen nicht bekannt ist und bisher nicht über das Instrument diskutiert wurde. Dies betont zum Abschluss der Befragung auch die Dorferneuerungsbeauftragte: *„Das Instrument ‘Gestaltete lokale Veränderungsprozesse’ ist im Landkreis Altenkirchen nicht weiter bekannt und findet keine Anwendung. Die Anlage eines solchen Prozesses wird derzeit nicht diskutiert. Wird allerdings die Nachfrage größer, könnte ein solches Instrument natürlich eine Lösung sein.“*

Daraus lässt sich schließen, dass es ohne weitere Unterstützung oder gravierendes Interesse nach neuen Möglichkeiten in der Dorfentwicklung keine Impulse gibt, um einen solchen Prozess in die Wege zu leiten. Im Landkreis Altenkirchen ist zudem keine Verbandsgemeinde vorhanden, die sich seit mehreren Jahren intensiv mit der Dorfentwicklung beschäftigt und aus diesem Grund schon größere Erfahrungswerte in diesem Bereich gesammelt hat.

Dennoch ist es möglich, Gestaltete lokale Veränderungsprozesse in der Region Westerwald zu etablieren. Zum jetzigen Zeitpunkt sind jedoch vermutlich weitere Entwicklungen anzustoßen, damit ein solcher Prozess in einer bestimmten Gemeinde initiiert werden kann. Benötigte Impulse können durch geeignete Maßnahmen und Hilfestellungen engagierter Bürger durchaus gegeben werden. Die Bereitschaft, das eigene Dorf umzugestalten und für die bestehenden Probleme geeignete Lösungen zu finden, ist vorhanden. Erfolge, die sich durch den Veränderungsprozess in der Verbandsgemeinde Daun eingestellt haben, müssen in der Region Westerwald bekannt gemacht werden. Dadurch ist die Möglichkeit gegeben, eine ausreichende Anzahl von Bürgern zu aktivieren, um als Initiatoren zum Start eines lokalen Veränderungsprozesses zu fungieren.

4.4 Vorschlag zur Durchführung eines Gestalteten lokalen Veränderungsprozesses in der Region Westerwald

Der Erfolg des WEGE-Prozesses in der Verbandsgemeinde Daun hat deutlich gemacht, dass die acht Stufen nach Soboth umsetzbar sind und als Grundlage dienen können, um einen Gestalteten lokalen Veränderungsprozess in der Region Westerwald zu initiieren.

Zur Umsetzung des Veränderungsprozesses sind einige Rahmenbedingungen zu beachten. Zum einen sollte der Umfang des Veränderungsprozesses zu Beginn nicht genau terminiert werden. Wird der Prozess auf eine bestimmte Anzahl von Jahren ausgelegt und ein genauer Abschlusstermin bestimmt, liegt ein großer Druck auf allen Beteiligten rechtzeitig alle Veränderungen anzustoßen. Demnach wäre nicht gewährleistet, dass die Veränderungen verinnerlicht wurden. Außerdem soll sich der Veränderungsprozess chronologisch an die Reihenfolge der acht Stufen nach Soboth halten. Es kann davon ausgegangen werden, dass diese Reihenfolge nicht durchgehend eingehalten werden kann und zudem Stufen mehrmals durchlaufen werden müssen. Gründe dafür sind der Prozessumfang und die große Anzahl an Beteiligten.

Aufgrund der Situation, dass sich keine Verbandsgemeinde im Westerwald zur Umsetzung eines Gestalteten lokalen Veränderungsprozesses identifizieren ließ, bezieht sich der nachfolgende Vorschlag auf die gesamte Region Westerwald. Soll dieser speziell in einzelnen Gemeinden zum Einsatz kommen, muss darauf geachtet werden, dass er an die lokale Ausgangslage angepasst wird. Die Grundzüge des Vorschlags enthalten Vision, Handlungsfelder sowie Ziele und sollten durch die lokalen Bedürfnisse der Gemeinde ergänzt und erweitert werden.

Nachfolgend wird beschrieben, in welcher Form ein Gestalteter lokaler Veränderungsprozess im Westerwald zum Einsatz kommen kann.

1.Stufe: Bewusstseinsbildung

Zu Beginn des Prozesses ist ein Wandel im Denken der Menschen auszulösen. Im Westerwald muss es gelingen, ein Gefühl der Dringlichkeit zu erzeugen und die Menschen in der betreffenden Region mitzuziehen. Den Bürgern muss verständlich gemacht werden, dass Veränderungen notwendig sind und der Prozess benötigte Veränderungen liefern kann. Ein solcher Wandel kann nur angestoßen werden, wenn die Bürger selbst von den Problemen betroffen sind.

Um die Sensibilisierung der Menschen zu erreichen, sind medienwirksame Auftaktveranstaltungen notwendig, in denen eine breite Masse an Bürgern erreicht werden kann. Zudem müssen zwei weitere Veranstaltungen zu Beginn des Prozesses durchgeführt werden. Zum einen die Veranstaltung, in der ausschließlich die Personen vertreten sind, welche sich für einen solchen Prozess in der Region Westerwald ausgesprochen haben. Zum anderen die Zusammenkunft aller Politiker der betreffenden Region.

Da der Prozess zum Großteil nicht in der Region Westerwald bekannt ist, benötigt es Initiatoren, welche sich mit dem Prozess vertraut machen. In der ersten Veranstaltung des Veränderungsprozesses sollen dessen Initiatoren zusammenkommen, um zu beratschlagen, wie der Start in der Region Westerwald gelingen kann. Besprochen werden sollten folgende Themen:

- Konzepte für die öffentliche Auftaktveranstaltung und die Veranstaltung mit Kommunalpolitikern und der Verwaltung
- Information und Einladung der betroffenen politischen Akteure zu den Veranstaltungen
- Überlegungen, welche Personen zentrale Rollen im Prozess übernehmen können
- Vorschläge zur Namensgebung des Veränderungsprozesses

Zudem müssen die Personen, die für zentrale Rollen in Frage kommen, vorher darüber informiert werden. Es sind Erkundigungen einzuholen, ob diese für eine solche Funktion zur Verfügung stehen. Können diese Rollen vor der öffentlichen Auftaktveranstaltung besetzt werden, ist die Wahrscheinlichkeit höher, dass in der Auftaktveranstaltung mehr Bürger für andere Rollen gewonnen werden können. Die Überlegung gründet darauf, dass kein Bürger der Erste sein will, der sich bereit erklärt eine große Aufgabe zu übernehmen. Sind jedoch bereits Aufgaben besetzt, ist diese Schwierigkeit überwunden und mehr Personen können für andere Aufgaben gewonnen werden.

Die zweite Veranstaltung ist die Zusammenkunft aller Ortsbürgermeister, Abteilungsleiter der Verwaltungsorgane sowie der politisch Tätigen der Verbandsgemeinde und des Kreises. Diese müssen zunächst über den anlaufenden Prozess informiert werden. Des Weiteren ist aufzuzeigen, in welcher Form die Region aufgewertet werden kann. So können vorhandene Widerstände gegen das Vorhaben abgeschwächt werden. Zudem kann durch diese Veranstaltung ein flächendeckender Ansatz gewährleistet werden, sodass die gesamte Region Westerwald in den Veränderungsprozess integriert wird. Helfen kann dabei die Besichtigung einzelner Dörfer im Gebiet des Veränderungsprozesses. Folgende Punkte sollen in der Besichtigung berücksichtigt werden:

- Analyse der Stärken und Schwächen der Dörfer
- Probleme erkennen und die aktuelle Situation erfassen
- Veränderungsprozess bereits vor der öffentlichen Veranstaltung bei den Bürgern als Gesprächsthema etablieren und dadurch gewährleisten, dass eine breite Masse an der Auftaktveranstaltung teilnimmt
- Potentiale in den Dörfern erkennen
- Bereits bestehende Ansätze der Dorfentwicklung notieren

Die Abteilungsleiter der Verwaltungen sollten ebenfalls in dieser Veranstaltung über den anstehenden Veränderungsprozess informiert werden. Zudem ist zu erfragen, in welcher Form einzelne Abteilungen in den Prozess eingebunden werden können und ob die Möglichkeit besteht, dass Mitarbeiter den Prozess unterstützen können. Erster Ansprechpartner kann der jeweilige zuständige Dorferneuerungsbeauftragte sein. Außerdem ist zu überlegen, ob dieser als Bevollmächtigter in dem Prozess für die Verwaltung fungieren kann.

Danach folgt die öffentliche Auftaktveranstaltung. Diese soll dazu dienen, alle Bürger auf die Probleme der Region Westerwald hinzuweisen und diesbezüglich zu emotionalisieren. Um viele Bürger für diese Veranstaltung zu gewinnen, wird eine große Medienpräsenz benötigt. Dies geschieht zum einen durch die Gespräche, welche bereits in der Ortsbesichtigung getätigt wurden und zum anderen durch aussagekräftige Werbeplakate in Zeitungen oder den für die Region typischen Amtsblättern.

In der Veranstaltung sind zunächst die Probleme und Herausforderungen der Region zu erläutern. In welcher Form dies geschieht, soll in der zuerst stattfindenden Veranstaltung der Initiatoren abgesprochen werden. Anschließend wird der Prozess vorgestellt. Die Vorstellung der Entwicklungen in der Verbandsgemeinde Daun als Beispiel eines Gestalteten lokalen Veränderungsprozesses kann hilfreich sein und soll zur Motivation genutzt werden.

Ziel dieser Veranstaltung ist es, zeitnah verschiedene Akteure für den Prozess zu gewinnen. Hier sollen die Bürger zum Einsatz kommen, die im Vorlauf zu dieser Veranstaltung bereits signalisiert haben, zentrale Aufgaben im Prozess übernehmen zu wollen. Die Akteure sollen im Rahmen dieser Veranstaltung mit ihren Aufgaben betraut werden. Diese können als Repräsentanten des Veränderungsprozesses fungieren, den Prozess über die gesamte Laufzeit kommunizieren und als erste Ansprechpartner für die Bürger dienen. Sehen die Teilnehmer, dass bereits einige Personen zentrale Rollen übernommen haben und bereit sind sich einzubringen, kann dies die Bereitschaft unschlüssiger Bürger fördern. So können gegebenenfalls weitere Menschen für den Prozess gewonnen werden.

2.Stufe: Bildung der Veränderungscoalitionen

In der nächsten Stufe des Prozesses werden Institutionen benötigt, welche den Prozess organisieren, leiten und weiterentwickeln. Folgende Veränderungscoalitionen sollen eingerichtet werden:

- **Leitungsteam**

Das Leitungsteam soll als zentrale Institution des Veränderungsprozesses diesen steuern und gestalten. Den Vorsitz des Gremiums sollte ein (Verbandsgemeinde-) Bürgermeister der betreffenden Region einnehmen. Weitere Mitglieder sollten die für die Region zuständigen Dorferneuerungsbeauftragten, Abteilungsleiter der in den Prozess integrierten Verwaltungseinheiten, Kommunikationsbeauftragten, Verantwortli-

che für eventuelle Fördermittel sowie mindestens ein Vertreter der jungen Generation (aus der Veränderungscoalition mit Jugendlichen) sein.

Die Arbeitsbelastung des Teams ist zu Beginn des Prozesses sehr hoch. Konzepte, um den Prozess in der Region weiter bekannt zu machen und die Gestaltung der Kommunikation des Prozesses, sind zu erarbeiten. Zudem kommen große organisatorische Aufgaben auf das Team zu. Eine Vielzahl von Terminen, in denen operative Aspekte besprochen werden, sind wahrzunehmen. Im Prozessverlauf sind immer wieder Bewertungen zum Stand der Entwicklung durchzuführen.

- Politische Veränderungscoalition

In die politische Veränderungscoalition sind alle Vorsteher der betreffenden Ortsgemeinden sowie der Verbandsgemeinde zu integrieren. Beratungen über die anzugehenden Handlungsfelder und gemeinsamen Ziele des Prozesses können durchgeführt werden. Idealerweise sind die Ergebnisse in einem Strategiepapier festzuhalten.

Ziel der Institution ist es, dass alle involvierten politischen Träger zu einer Einigung kommen.

- Veränderungscoalition mit engagierten Bürgern

Wie die Coalition der politischen Akteure ist eine Coalition der in den Prozess eingebunden Akteure zu etablieren. Hier sollen bei Zusammenkünften und Tagungen Impulse zur Weiterentwicklung des Prozesses gegeben und Vorschläge zur Durchführung neuer Projekte erarbeitet werden. Zudem ist die Vision für das Gebiet des Veränderungsprozesses weiterzuentwickeln und im Idealfall die entwickelten Projekte daran anzupassen.

- Veränderungscoalition mit Jugendlichen

Diese Coalition wird gegründet, damit auch die Bedürfnisse und Wünsche der Jugendlichen in einem solchen Prozess berücksichtigt werden. Mitglieder können unter politisch engagierten Jugendlichen gefunden werden. Deren Aufgabe soll es voranging sein, weitere junge Menschen für den Prozess zu begeistern. Zudem sollen eigene Projekte entwickelt werden.

3.Stufe: Die Vision und darauf angepasste Strategien entwickeln

Der nächste Schritt ist die Gestaltung und Entwicklung einer auf die Region Westerwald passenden Vision. Dabei ist es notwendig, viele Ideen in die Gestaltung mit einzubeziehen. In der Vision soll ein positives Bild der Zukunft verankert werden, in welcher die vorhandenen Herausforderungen gemeistert wurden. Die Vision sollte bestimmte Merkmale beinhalten und ist mit folgenden Kriterien anzulegen:

- Der Kern der Vision soll für alle verständlich und einfach formuliert sein.

- Die Vision soll eine hohe Überzeugungskraft besitzen, damit sich die breite Masse der Bevölkerung mit dieser identifizieren kann.
- Die Ziele der Vision sollen erreichbar sein. Zu große Ziele schrecken die Menschen ab.
- Die Vision solle auf den bereits bestehenden guten Ansätzen der betreffenden Region aufbauen.
- Die Probleme der Region (Abwanderung, Fachkräftemangel) sollen durch die Vision sichtbar zu lösen sein.
- Alle Handlungsbereiche des Veränderungsprozesses sollen von der Vision berührt werden.
- Die Vision soll nicht abgeschlossen formuliert werden, sondern sich nach Möglichkeit kontinuierlich weiterentwickeln.

Die Entwicklung der Vision soll maßgeblich durch das Leitungsteam geprägt und aufgestellt werden. Stehen die Grundpfeiler der Vision, ist diese mit den Veränderungscoalitionen zu erörtern. Vorschläge und Verbesserungen sollen aufgenommen und in die Vision integriert werden.

An die Entwicklung einer Vision schließt sich unmittelbar die Ausarbeitung einer visionsorientierten Strategie an. Diese ist nach den Merkmalen eines Gestalteten lokalen Veränderungsprozesses als flächendeckender Ansatz anzulegen. Daraus resultiert, dass alle betroffenen Dörfer im Westerwald durch die Strategie eine Aufwertung erfahren sollen. In der Strategie sind die Ziele des Veränderungsprozesses sowie die dazugehörigen Handlungsbereiche und Projekte zu beschreiben. Um den Erfolg des Veränderungsprozesses zu gewährleisten, ist es notwendig, eine große Anzahl von Aktionen vorzunehmen und Veränderungen zu garantieren. Die Ziele und Handlungsfelder können sich an denen einer Sozialen Dorfentwicklung orientieren (Kapitel 2.2). Ein ausgearbeitetes Strategiepapier ist in Anhang A hinterlegt. Hier sind die Ziele und benötigten Aktionen folgender Handlungsfelder aufgeführt:

- „Bürger in der Region“
- „Allgemeinbildung, Ausbildung und Weiterbildung“
- „Gewährleistung einer umfangreichen Daseinsvorsorge in einem altersgerechten Dorf“
- „Ortsinnenentwicklung“
- „Anbindung ländlicher Dörfer“
- „Kulturelle Vielfalt“
- „Tourismus“
- „Vernetzung von Bürgerinitiativen und Verwaltungen“
- „Aufbau von überregionalen Kooperationen“

- „Integration von Einwanderern“

Das in Anhang A dargestellte Strategiepapier soll die Grundlage bilden, welche in einem Veränderungsprozess auf jeden Fall zu berücksichtigen ist. Weitere Handlungsfelder können aufgrund zusätzlicher lokaler Besonderheiten des Westerwalds und der Ergebnisse der Beratungen einzelner Veränderungscoalitionen hinzukommen.

Aus diesen Zielen und Aktionen sind konkrete Umsetzungsprojekte zu entwickeln. Idealerweise sind zu jedem einzelnen Handlungsbereich Projekte aufzustellen und zu initialisieren. Eine enge Kooperation auf überregionaler Ebene ist dabei von großer Bedeutung (Handlungsfeld „Aufbau von überregionalen Kooperationen“). Ein Teil der Projekte ist direkt zu Beginn des Veränderungsprozesses zu veranlassen. Im Laufe des Prozesses kommen immer weitere Projekte dazu. Wichtig ist dabei, einzelne Projekte erfolgreich zu beenden, damit die beteiligten Akteure mit der Koordinierung der Projekte nicht überfordert sind.

Die Projekte sind im Leitungsteam und in den verschiedenen Veränderungscoalitionen zu entwickeln und auszuarbeiten. Impulse und Vorschläge sind dabei zu berücksichtigen. Ist ein Projekt in einer Koalition umsetzungsfertig entwickelt worden, sollen zunächst alle anderen Coalitionen und das Leitungsteam dieses bewerten. Eventuelle Verbesserungsvorschläge sind zu berücksichtigen.

4.Stufe: Strategien und Visionen kommunizieren

Sind Vision und Strategien entwickelt, müssen diese den Bürgern erläutert und anschaulich nähergebracht werden. Zusätzlich zur Vertiefung der Vision sind die Probleme und Herausforderungen der Region Westerwald weiter herauszuarbeiten. Ziel soll es anfangs sein, die Probleme stark zu thematisieren und Überlegungen anzubringen, mit welchen Maßnahmen diese Schwierigkeiten zu lösen sind. Mit der Zeit werden die Probleme immer weniger angegriffen und vielmehr die Vision und die Zukunft des Gebietes behandelt. Die Vision soll sich weiterentwickeln und ein immer konkreteres Bild der zukünftigen Gemeinde beinhalten. Gelingt dies, wird die Bereitschaft zur Annahme des Veränderungsprozesses gesteigert.

Die Kommunikation der Vision ist ein zentraler Faktor im gesamten Prozess. Diese kann mit verschiedenen Methoden gestaltet werden. Essenziell ist es, jede Methode zu nutzen. So können alle Bürger erreicht und von der Vision in Kenntnis gesetzt werden. Methoden zur Kommunikationsgestaltung können folgende sein:

- Veranstaltungen und Konferenzen mit Mitgliedern des Leitungsteams und den Veränderungscoalitionen, in denen die Vision mit den Bürgern besprochen wird. Dort können die Bürger ihre Meinung zur Vision und ihre damit verbundenen Zweifel äußern. Die Verantwortlichen können bei dieser Methode direkt auf die Bürger eingehen und eventuelle Fragen klären.

- Pressemitteilungen, Plakate und Artikel in regionalen Amtsblättern und überregionalen Zeitungen zur Verbreitung der Thematik.
- Die digitale Präsenz des Prozesses im Internet kann ebenfalls zur größeren Bekanntheit führen. Die Internetseite der betreffenden Gemeinde ist ein guter Platz, den Prozess anschaulich zu präsentieren. Kleinere Filme oder Videos können den Prozess bildhaft darstellen. Auch in sozialen Netzwerken sollten kontinuierlich Berichte über anstehende und abgeschlossene Veranstaltungen zu finden sein.
- Vorträge der Kommunikationsbeauftragten im ganzen Gebiet des Westerwalds können ebenfalls eine Vielzahl von Menschen erreichen. Persönliche Gespräche mit den Bürgern sollen durch die Kommunikationsbeauftragten durchgeführt werden.
- Den Veränderungsprozess bei der jungen Bevölkerung bekannt zu machen ist ein wichtiger Bestandteil der Kommunikation, um diese Menschen für den Prozess zu begeistern. Deshalb ist der Prozess beispielsweise im Rahmen einer ohnehin stattfindenden Projektwoche oder als Thema im Unterricht aufzuarbeiten. In welcher Form dies speziell passieren soll, ist von der Veränderungscoalition der Jugendlichen zu erarbeiten.

Zudem ist es von großer Bedeutung, den Prozess jedes Jahr nicht nur im internen Kreis zu bewerten, sondern auch eine öffentliche Veranstaltung abzuhalten.

5.Stufe: Befähigung der Mitarbeiter und Akteure

Im Verlauf des Veränderungsprozesses werden eine Vielzahl von Akteuren in den Prozess eingebunden. Diese werden mit Aufgaben betraut, die möglicherweise Kompetenzen voraussetzen, welche die Akteure jedoch noch gar nicht besitzen. Des Weiteren haben sich auch die in den Prozess eingebundenen Mitarbeiter der Verwaltung neuen Herausforderungen zu stellen. Aus diesem Grund sind alle in den Prozess eingebundenen Personen zu qualifizieren. Dazu gehören die Mitarbeiter der Verwaltungen sowie kommunalpolitisch Tätige, Bürger und Akteure. Für jede Gruppe gibt es gemeinsame Kompetenzen, die es zu entwickeln gilt, aber auch speziell auf die Gruppe abgestimmte Inhalte, die separat vermittelt werden müssen.

Den Verwaltungsmitarbeitern können zum Teil über Schulungen die notwendigen Kompetenzen vermittelt werden. Innerhalb der Verwaltung laufen kontinuierlich Schulungen, in denen sich Mitarbeiter weiterbilden können. Zusätzlich sollten weitere Seminare angeboten werden, durch die neue Fähigkeiten erlernt werden. Zu nennen sind Schulungen in Bezug auf Teamwork, Konfliktmanagement, Umgang und Bewältigung der durch den Prozess entstehenden Ängste sowie weitere auf die Umsetzungsprojekte angepasste Themen.

Politisch Aktiven ist zu vermitteln, in welcher Form der Prozess den Menschen nähergebracht werden kann und wie die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Gemeinden und Dörfern des Westerwalds zu optimieren ist. Zudem können Bürgermeister an den Seminaren und Ver-

anstaltungen der Verwaltung teilnehmen. Die dort vermittelten Kompetenzen sind ebenfalls von großer Bedeutung.

Ausbildungsveranstaltungen oder „Ausbildungscamps“ über mehrere Tage sind für Bürger und Akteure wichtig, welche Kompetenzen und Fähigkeiten für anstehende Projekte benötigen. Erfolgversprechend kann zudem die Schulung von Multiplikatoren sein. Diese sind zukünftig in der Lage selbst Schulungen durchzuführen und werden dabei stärker in den Prozess integriert. Die wohl beste Methode zur Vermittlung neuer Kompetenzen ist das laufende Projekt selbst. Sind die Akteure in eine Maßnahme involviert, können sich diese das benötigte Wissen durch die praktischen Arbeiten selbst aneignen.

6.Stufe: Erfolge planen und sichtbar machen

Maßgeblich für das Gelingen eines Veränderungsprozesses ist das schnelle Erreichen von Erfolgen. Es muss gelingen, diese der Bevölkerung sichtbar zu machen. Vor allem zu Beginn des Veränderungsprozesses ist dies von immenser Bedeutung. Können bereits früh Erfolge erzielt werden, demonstriert dies den Menschen die Umsetzbarkeit des Veränderungsprozesses. Die Skepsis bezüglich des Prozesses kann so abgeschwächt werden. In diesem Zusammenhang können drei verschiedene Arten von Erfolgen unterschieden werden:

- Erfolge zu Beginn der Prozessinitiierung
- Erfolge im Verlauf des Prozesses
- Erfolge durch verschiedene Projekte und Aktionen

Unter diesen Oberbegriffen sollten folgende Erfolge zwingend vorkommen:

Tabelle 7: Erfolge im Veränderungsprozess

Erfolge zu Prozessbeginn	Erfolge im Verlauf des Prozesses	Erfolge durch Projekte und Aktionen
<ul style="list-style-type: none"> • Öffentliche Auftaktveranstaltung und Akquirierung vieler Akteure • Beteiligung aller Dörfer des Westerwalds • Verabschiedung einer gemeinsamen Strategie (Anhang A) • Gründung des Leitungsteams und der Veränderungscoalitionen 	<ul style="list-style-type: none"> • Gründung des Leitungsteams und der Veränderungscoalitionen • Qualifizierung der Verwaltungsmitarbeiter, Politiker und Akteure • Verfestigung der durch den Prozess angestoßenen Veränderungen in den Dörfern 	<ul style="list-style-type: none"> • Anwerbung vieler junger Menschen für den Prozess • Schneller Abschluss von Projekten, welche bereits vorher in Planung waren • Zeitnahe Umsetzung einfacher Projekte wie die Instandsetzung von Gebäuden zur Aufwertung des Ortskerns

Die in Tabelle 7 hinterlegten Erfolge zu Beginn des Veränderungsprozesses sollten durch vielseitige Kommunikationsmethoden (Pressemitteilungen, Vorträge) vermittelt werden. Grundlegend für die Entwicklung des Veränderungsprozesses ist es, dass die Bürger zeitnah die Veränderungen wahrnehmen. Die Planung von weiteren Erfolgen im Verlauf des Prozesses führt dazu, dass der Prozess nicht zum Stillstand kommt (Tabelle 7). Die Erfolge sind den Bürgern ebenfalls in unterschiedlichster Form sichtbar zu machen. Einzelne schnelle Erfolge in angestoßenen Projekten bescheinigen den Initiatoren die korrekte Umsetzung des Prozesses. Welche Projekte dies sein können, ist aus Tabelle 7 zu entnehmen. Wichtig ist der kontinuierliche Abschluss von Projekten über den gesamten Verlauf hinweg.

7.Stufe: Veränderungen in den Dörfern etablieren

Die in der sechsten Stufe beschriebenen Erfolge dürfen allerdings nicht überbewertet werden. Gestaltete lokale Veränderungsprozesse benötigen viel Zeit. Deshalb sind kurzfristige Erfolge nicht aussagekräftig. Demnach ist zu gewährleisten, dass der Prozess nicht abklingt, sondern mit gleicher Intensität weitergeführt wird.

In der siebten Stufe geht es insbesondere darum, die erzielten Erfolge und Veränderungen in der Region Westerwald zu verankern. Entwicklungen, die bereits zu Beginn des Prozesses in den Verwaltungen der Region Westerwald angestoßen werden, sind im Prozessverlauf in deren Arbeitsabläufe einzugliedern. Diese sind folgende:

- Verwaltungseinheit zur Übertragung der erarbeiteten Strategien auf das Verwaltungshandeln
- Pressestelle für eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit
- Projektteam zur Besprechung des Fortschritts des lokalen Veränderungsprozesses
- Informationsveranstaltungen, welche die Mitarbeiter kontinuierlich informieren und motivieren
- Vernetzung aller Abteilungen

Des Weiteren ist die Entwicklung der Dörfer im Verlauf des Veränderungsprozesses grundlegend für den dauerhaften Fortbestand der erzielten Erfolge. In diesem Zusammenhang sind regionale Denkweisen der Ortsbürgermeister über lokale Handlungsansätze zu stellen. Die verstärkte Kooperation der Dörfer kann durch die gegenseitige Absprache in jährlichen Tagungen gewährleistet werden. Zudem sind die Ziele einer Sozialen Dorfentwicklung, welche in einem Gestalteten lokalen Veränderungsprozess maßgeblich berücksichtigt sind, durch die Verantwortlichen der Dörfer ständig weiterzuentwickeln.

Darüber hinaus sind nachhaltige Vorhaben in den einzelnen Dörfern anzustreben. Beispiele solcher Vorhaben in der Region Westerwald – „Potentialentfaltungsgemeinschaften“ und „Sorgende Gemeinschaften“ – werden in den Kapiteln fünf und sechs beschrieben.

8.Stufe: Die neue Kultur in der Region Westerwald

In der abschließenden achten Stufe des lokalen Veränderungsprozesses soll eine neue Kultur in der Region Westerwalds zu erkennen sein. Das durch den Prozess etablierte veränderte Handeln soll im Gedächtnis der Menschen über den Veränderungsprozess hinaus bestehen bleiben.

Wie die neue Kultur im Einzelnen aussieht, wird erst im Verlauf des Veränderungsprozesses ersichtlich. Jede Gemeinde des Westerwalds weist verschiedene Merkmale auf, sodass sich die Vorstellungen der Menschen in verschiedenen Dörfern unterscheiden. Dies bezieht sich auf eine veränderte Kultur, neue Werte und eine verbesserte Lebensqualität.

Übereinstimmende Merkmale einer neuen Kultur in der Region Westerwald lassen sich dennoch ausmachen. Es ist anzunehmen, dass sich das Zusammenleben der Menschen im Prozessverlauf weiter intensivieren wird. Die soziale Gemeinschaft ist voraussichtlich stärker als zuvor. Die neue Kultur kann durch ein gestiegenes Engagement im Dorfleben und verstärktes Miteinander charakterisiert werden. Des Weiteren ist davon auszugehen, dass sich sowohl die Kommunikation der Menschen untereinander als auch die Gespräche mit Außenstehenden positiv und freundlich gestalten. Die positiven Eigenschaften und lohnenden Ausflugsziele der Region Westerwald werden begeistert vorgestellt. Die einstigen Probleme und Schwierigkeiten sollen dabei zunehmend in Vergessenheit geraten. Die Merkmale einer neuen Kultur sind in Abbildung 6 dargestellt.

Die neue Kultur sollte nach mehreren Jahren Laufzeit des Veränderungsprozesses auch durch statistische Daten belegt werden können. Steigt die Bevölkerungszahl besonders im Bereich junger Menschen wieder an, war der Gestaltete lokale Veränderungsprozess erfolgreich. Die Verankerung einer neuen Kultur ist gelungen und für Probleme und Herausforderungen der Region Westerwald sind Lösungen gefunden worden.



Abbildung 6: Merkmale einer neuen Kultur in der Region Westerwald

5 Potenzialentfaltungsgemeinschaften im Westerwald

Um die Auswirkungen des Demografischen Wandels abzuschwächen und die Probleme ländlicher Räume zu lösen, benötigt es neue Ideen und Vorgehensweisen. Eine Möglichkeit, durch die neue Inspirationen gewonnen werden können, sind Potenzialentfaltungsgemeinschaften. Diese können im Rahmen einer Sozialen Dorfentwicklung in ländlichen Gemeinden etabliert werden.

Potenzialentfaltungsgemeinschaften setzen sich aus Menschen zusammen, die sich gegenseitig unterstützen und helfen, ihre Potenziale zu erkennen und nutzbar zu machen. In den Gemeinschaften sollen alle Mitglieder gleichberechtigt ihre Impulse einbringen, sich gegenseitig inspirieren und neue Maßnahmen zur Lösung verschiedener Probleme entwickeln. Diese Potenziale sollen für die Aufwertung der Gemeinschaft genutzt werden. Ländliche Gemeinden und Regionen nutzen diese Ideen der Eigeninitiative verschiedener Menschen, um Lösungen für die Herausforderungen des demografischen Wandels zu finden.

Im folgenden Kapitel werden bereits bestehende Ansätze zur Etablierung von Potenzialentfaltungsgemeinschaften vorgestellt. Weiterhin wird in Handlungsanweisungen beschrieben, in welcher Form Potentialentfaltungsgemeinschaften als weiteres Vorhaben der Sozialen Dorfentwicklung in der Region Westerwald eingesetzt werden können.

5.1 Bestehende Ansätze

In den bereits bestehenden Ansätzen zur Entwicklung von Potenzialentfaltungsgemeinschaften wird beschrieben, wie diese Gemeinschaften aussehen könnten. Zwei dieser Ansätze, das „Prinzip OTELO“ nach Martin Hollinetz und die „Strategien zur Entwicklung von Potenzialentfaltungsgemeinschaften“ von Sarah Quandt, werden nachfolgend beschrieben.

5.1.1 OTELO-Prinzip

OTELOs (Offene Technologielabore) stellen Räume für Entwicklungen sowie den Austausch von Kompetenzen und Fertigkeiten bereit. In diesen Räumlichkeiten soll Wissen akquiriert und Ideen entwickelt werden, um die Durchführung von Projekten zu gestalten (Hollinetz et al. 2012, S.9). Zentrale Kennzeichen dieser Räume sind Gemeinschaft, Kooperation, Zugehörigkeit, Verbundenheit, Austausch, Sicherheit, Experimentieren, Entfalten, Unabhängigkeit und Offenheit (Hollinetz et al. 2012, S.88).

Anlass zur Gründung offener Technologielabore ist das Fehlen von Räumlichkeiten, in denen die Menschen ihre vorhandenen Potenziale und Ideen teilen und weiterentwickeln können. Engagierte Menschen benötigen Unterstützung, um Potenziale und Fähigkeiten abrufen zu können.

Des Weiteren bilden OTELOs für jeden Menschen zugängliche Verbindungsräume zwischen regionalen Institutionen wie beispielsweise Verwaltungen. So wird die Kooperation untereinander ermöglicht, Informationen ausgetauscht, Absprachen getroffen und neue Ideen kreiert. Ohne diese Räume ist die Umsetzung eines gemeinsamen Handelns schwieriger, weil sich einzelne Institutionen sonst zu stark auf sich selbst fokussieren (Hollinetz et al. 2012, S.36).

OTELOs bilden Gemeinschaften für engagierte Bürger aller Generationen und schaffen einen Rahmen, durch den diese bei der Auslebung ihrer Kreativität unterstützt werden. Dabei stehen Informationsaustausch und Umsetzung von Projekten im Vordergrund. Die benötigten Räumlichkeiten zur Entfaltung der Potenziale sollen von den Gemeinden zur Verfügung gestellt und im Weiteren durch die OTELOs selbst organisiert werden. Ein breites Spektrum an Entdeckungen, Ideenreichtum und Energie ist in diesen Räumen existent. Im ständigen Austausch mit den Verantwortlichen aus den Bereichen Bildung, Wirtschaft, Forschung, Politik und Kultur wird gemeinsam auf Ziele hingearbeitet und Projekte werden realisiert. Die OTELOs sind in ihrer Struktur jedoch völlig unabhängig von diesen Institutionen, werden in keiner Weise von ihnen beeinflusst und können ohne Zwänge und Vorgaben ihre eigenen Ideen verfolgen. (Hollinetz et al. 2012, S.7).

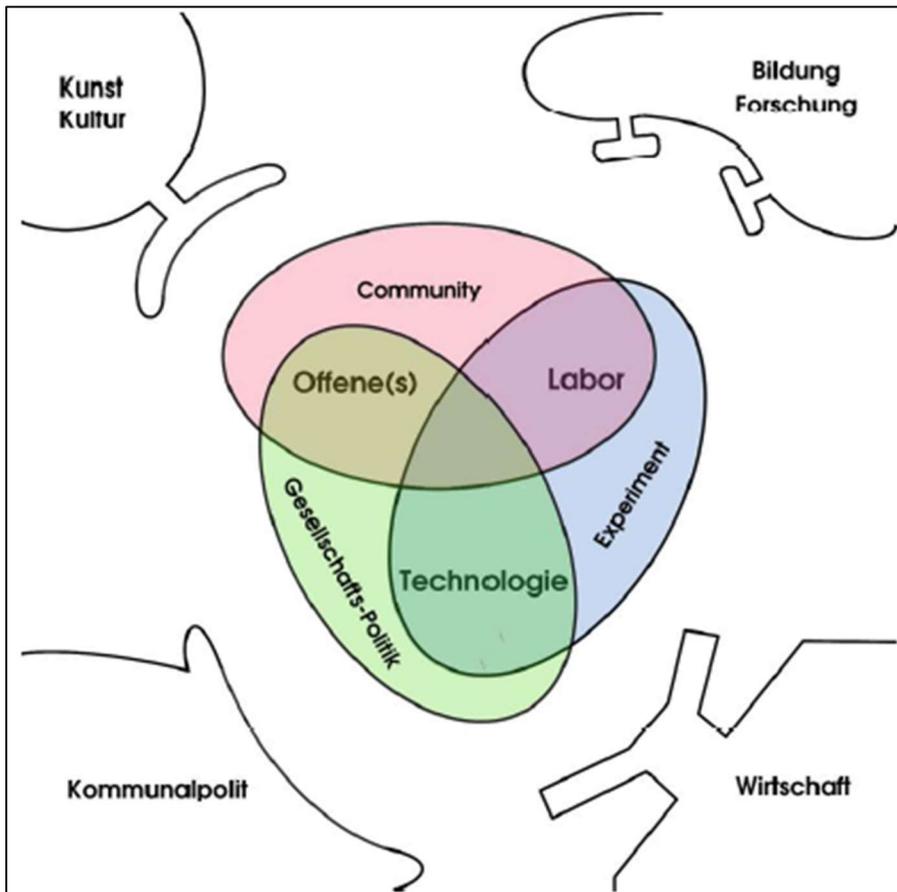


Abbildung 7: Vernetzung des OTELO mit unterschiedlichen Systemen (Quelle: Hollinetz et al. 2012, S.21)

In Abbildung 7 sind vier unterschiedliche Systeme zu erkennen, mit welchen sich die OTELOs verständigen. Diese vier Bereiche sind Wirtschaft, Kommunalpolitik, Kunst/Kultur und Bildung/Forschung. Es ist festzustellen, dass die OTELOs eigenständig operieren und von anderen Systemen unabhängig sind. Jedes System ist in sich geschlossen, kann jedoch mit dem OTELO in Verbindung treten. Voraussetzung dafür ist, dass Möglichkeiten gefunden werden, wie das Konzept eines Offenen Technologielabors mit den Systemen vereinbart werden kann. Eine Möglichkeit ist die Offenheit der in den Systemen arbeiteten Menschen gegenüber dem Konzept des OTELO (Hollinetz et al. 2012, S.21).

In OTELOs soll jede Idee oder Innovation gleichwertig betrachtet und bewertet werden. Der Grundgedanke ist, dass jede nicht angesprochene Idee eine verlorene Chance ist, neue Entwicklungen anzustoßen. Durch einen Austausch zwischen allen Mitgliedern der Gemeinschaft können neue Potenziale abgerufen und Projekte initialisiert werden (Hollinetz et al. 2012, S.7).

OTELOs sind in ihrer Suche nach neuen Erkenntnissen nicht an Vorgaben gebunden. Es bestehen keine Zwänge Projekte in einem kurzen Zeitraum zu entwickeln, da OTELOs losgelöst von etablierten Institutionen nicht an wirtschaftliche Rentabilität gebunden sind (Hollinetz et al. 2012, S.8).

Gelingt es, die Aspekte in den Gemeinden zu verwirklichen, können OTELOs maßgeblich zur Entwicklung der Region beitragen. Vorrangige Ziele dieser sind:

- Abwanderung junger Erwachsener unterbinden und Rückkehr der Ausgebildeten nach Studium oder Lehre in die Region sichern
- Neue Menschen für die Region gewinnen
- Kreativität und Fertigkeiten zur Entfaltung bringen
- Die soziale Gemeinschaft fördern und Generationen zusammenführen
- Kinder durch innovative Maßnahmen für ein Engagement begeistern
- Ansätze regional verankern

(Hollinetz et al. 2012, S.88)

Ist es möglich, die in OTELOs erdachten Entwicklungen in die Prozesse der Verwaltung und sonstiger Einrichtungen zu integrieren, kann die gesamte ländliche Region von den Innovationen profitieren.

5.1.2 Strategien nach Quandt (2017)

Die Arbeit zur „Potenzialentfaltung in ländlichen Räumen“ nach Sarah Quandt (2017) beschäftigt sich mit den Überlegungen, welche Potenziale in ländlichen Räumen bestehen und in welcher Form diese durch geeignete Strategien in Dörfern etabliert werden können.

Die beachtliche Anzahl an Potenzialen ländlicher Räume, welche noch nicht vollständig aktiviert werden konnten, sind durch engagierte Bürger der Region zu mobilisieren. Nach Quandt (2017, S.47) sind grundsätzlich alle Menschen der Region zur Aktivierung der Potenziale aufgerufen. Tatsächlich gibt es jedoch Akteure, welche durch ihre Stellung innerhalb der Kommune oder des Dorfes besonders geeignet sind, dort eine Potenzialentfaltung zu etablieren. Dabei wird zwischen den Potenzialen in Kommunen und den Potenzialen einer gesamten ländlichen Region unterschieden.

Die Kommunen in ländlichen Räumen beherbergen eine große Anzahl verschiedener Akteure, welche zur Aktivierung der bestehenden Potenziale essenziell sind. Dazu gehören nach den Ausführungen von Quandt (2017, S.47) Bürgermeister, Mitarbeiter der Ortsverwaltung, Vorstände von Vereinen, Lehrer und engagierte Bürger. Je unterschiedlicher die involvierten Akteure sind, desto wahrscheinlicher ist es, alle Potenziale in einer Kommune entfalten zu können. Die dabei zu betrachtenden Potenzialfelder sind laut Quandt (2017, S.49):

- **Nahversorgung** zur Gewährleistung der Grundversorgung sowie zur Sicherstellung des täglichen Bedarfs und Erhaltung der Kaufkraft
- **Wohnen** zur Verstärkung der Innenentwicklung

- **Mobilität** zur Entwicklung neuer Konzepte, um der schlechten Verkehrsinfrastruktur entgegenzuwirken
- **Betreuung** zur Steigerung der Lebensqualität in ländlichen Gemeinden
- **Bildung** zur Erhaltung von Schulen und Gewährleistung von grundlegenden Bildungsangeboten
- **Arbeit** zur Akquirierung von qualifizierten Arbeitskräften
- **Gemeinschaftsgefühl** zur Stärkung des sozialen Miteinanders
- **Daseinsvorsorge** zur Bereitstellung der Versorgungsinfrastruktur
- **Kreativitätssiegel** zur Sicherstellung der Potenzialentfaltung und der Entwicklung neuer Konzepte
- **Erholungswert- und Attraktivitätssteigerung** zur Aktivierung des Tourismus und der Gewinnung neuer Bürger für die Gemeinde
- **Allgemeine Aspekte** zur Gewinnung neuer Kompetenzen

Genau wie in einzelnen Kommunen Potenzialfelder und Akteure zu finden sind, lassen sich diese ebenfalls in der Gesamtbetrachtung einer ländlichen Region identifizieren. Dabei ist es sinnvoll, nicht lokal Entwicklungen anzustoßen, sondern nach Möglichkeit die gesamte Region in diese Entwicklung zu integrieren. Die dabei involvierten Akteure sind nach den Ausführungen Quandts (2017, S.56) Landräte, Verbandsgemeinde-Bürgermeister, Regionalplaner, Behördenvertreter und Leiter von Schulverbänden. Die zu betrachtenden Potenzialfelder sind laut Quandt (2017, S.57) identisch zu den Feldern der Kommunen. Jedoch würden zusätzliche Aspekte, welche überregionale Maßnahmen betreffen, in die Betrachtung mit einfließen.

Des Weiteren wurden von Quandt (2017) Strategien formuliert, in welcher Form in ländlichen Gemeinden Potentialentfaltungsgemeinschaften entstehen können. Die Möglichkeit für den Ablauf eines solchen Prozesses wird im „4A-Modell“ (Abbildung 7) nach Quandt (2017) beschrieben.

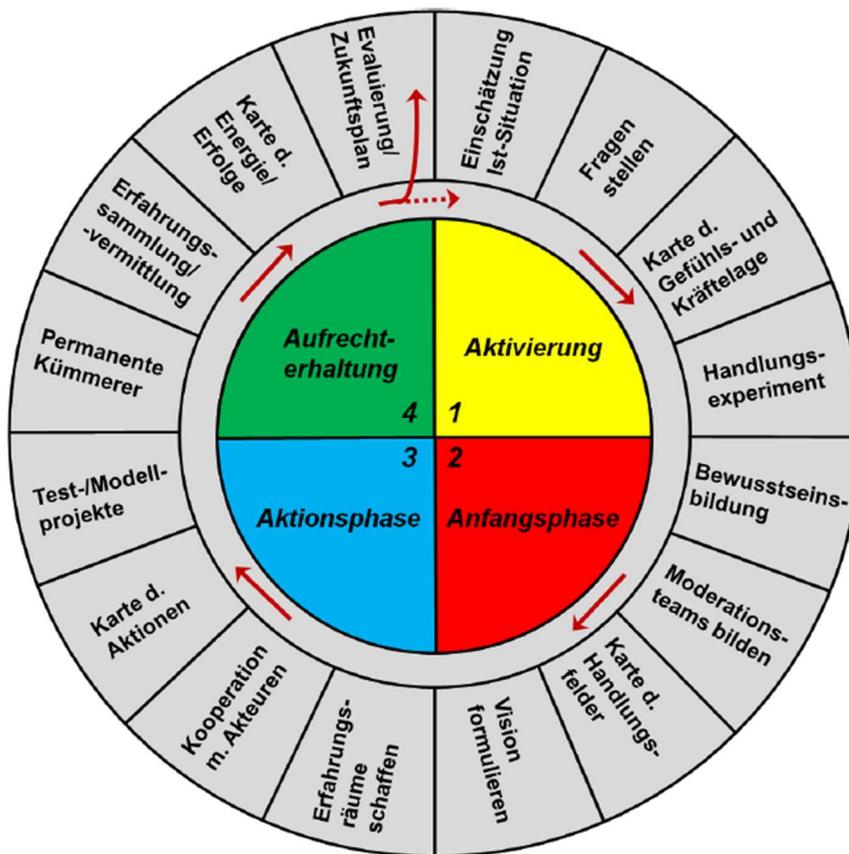


Abbildung 8: 4A-Modell zur Entwicklung von Potenzialentfaltungsgemeinschaften nach Quandt (Quelle: Quandt 2017, S.69)

Wie in Abbildung 8 zu erkennen ist, untergliedert sich die Etablierung der Potenzialentfaltungsgemeinschaften nach Quandt (2017, S.69) in vier Phasen: Aktivierung, Anfangsphase, Aktionsphase und Aufrechterhaltung. Dabei enthält jede der vier Phasen zusätzliche Unterpunkte, welche es zu betrachten gilt. Das Modell ist ein Zyklus, welcher wiederholt werden muss, sollte die Etablierung der Potenzialentfaltungsgemeinschaft nicht erfolgreich sein.

Die erste Phase ist die Aktivierung. Hier ist von großer Bedeutung, dass sich ein oder mehrere Bürger der ländlichen Gemeinde bereit erklären, die Entwicklung zu einer Potenzialentfaltungsgemeinschaft anzustoßen. Nach Quandt (2017, S.69 f.) sollten diese über die aktuelle Situation der Gemeinde Bescheid wissen und zunächst als Motivator fungieren. Diese Person oder Personen sollten direkt auf die Menschen zugehen und in persönlichen Gesprächen oder auf öffentlichen Veranstaltungen Fragen stellen. So können sich diese ein Bild von der lokale Ausgangssituation machen. Die Ergebnisse sollten in einer „Karte der Gefühls- und Kräftelage“ dargestellt werden. Aus dieser ist nach Quandt (2017, S.70) herauszulesen, wie ausführlich die Bemühung zur Etablierung von einer Potenzialentfaltungsgemeinschaft sein muss. Zudem sollte ein „Handlungsexperiment“ durchgeführt werden, in welchem die Menschen vor Ort eingebunden werden. Daraus lässt sich ableiten, wie viele Bürger sich aktiv für die Gemeinde einbringen würden.

Die nächste Phase wird von Quandt (2017, S.76) als Anfangsphase bezeichnet. Hier muss den Menschen vor Ort verdeutlicht werden, dass Veränderungen notwendig sind. Dies könnte im Rahmen von verschiedenen Veranstaltungen geschehen. Auch einzelne Personen besitzen dabei eine wichtige Funktion als Sprecher für die Entwicklung einer Gemeinschaft. Die vielfältigen Aktionen benötigen Zeit. Dabei sind unterschiedliche Vermittlungsmethoden zu verwenden (Quandt 2017, S.76). Im Anschluss an diese Bewusstseinsbildung sind nach Quandt (2017, S.76) Moderationsteams zu bilden, in welchen die Mitglieder die bisherigen Entwicklungen aufarbeiten. Dadurch wird die Arbeit auf viele Menschen verteilt und die Richtung des Prozesses festgelegt. Die erarbeiteten Vorgehensweisen sind bildlich festzuhalten. Zu beschreiben sind dort laut Quandt (2017, S.77) die Handlungsfelder, welche die Potenzialentfaltungsgemeinschaften weiterentwickeln wollen. Zum Abschluss dieser Phase ist eine Vision zu entwickeln, welche das zukünftige Ziel beinhalten soll (Quandt 2017, S.77).

In der Aktionsphase (dritte Phase) geht es um das Engagement der Bürger der betroffenen Kommune oder Region. Dafür sind nach Quandt (2017, S.77) Räume notwendig, in denen sich die Menschen austauschen und zusammen neue Ideen entwickeln können. Diese Räume sind beispielsweise in Gemeindehäusern oder für den Prozess eingerichteten OTELOs (Kapitel 5.1.1) zu finden. Zur Weiterentwicklung der Ideen sind Kooperationen mit verschiedenen kommunalen und überregionalen Akteuren einzugehen. Quandt (2017, S.78) nennt in diesem Zusammenhang Vereine, Schulen, Unternehmen und Teilbereiche der Verwaltung. Zudem sollten die entstandenen Veränderungen und Netzwerke bildlich in der „Karte der Aktionen“ festgehalten werden. Darauf aufbauend sollten erste Testprojekte durch die Potenzialentfaltungsgemeinschaft initiiert werden (Quandt 2017, S.78).

In der letzten Phase, der Aufrechterhaltung, geht es um die Gewährleistung des dauerhaften Fortbestandes der Potenzialentfaltungsgemeinschaft. Dafür sind Personen zu akquirieren, die sich als Ansprechpartner zur Verfügung stellen, neue Entwicklungen und Ideen aufnehmen und diese weitergeben (Quandt 2017, S.79). Weiterhin sind laut Quandt (2017, S.80) die gewonnen Erkenntnisse an andere Kommunen oder ländliche Gebiete zu übermitteln sowie die erzielten Erfolge bildlich festzuhalten. Zuletzt ist der Verlauf der Entwicklung zu bewerten und zu diskutieren. Nach Quandt (2017, S.80) sind nach der Verankerung der Potenzialentfaltungsgemeinschaft in der Kommune oder dem ländlichen Gebiet zukünftig größere Ziele und Projekte anzugehen.

5.2 Handlungsanweisung zur Entwicklung von Potenzialentfaltungsgemeinschaften im Westerwald

Die im vorherigen Kapitel beschriebene Strategie zur Entwicklung einer Potenzialentfaltungsgemeinschaft nach Quandt (2017) soll im Folgenden auf die Region Westerwald übertragen werden. Um eine bessere Orientierung zu gewährleisten, beziehen sich die einzelnen Schritte der Anweisung im grundlegenden auf das von Quandt (2017) entwickelte „4A-Modell“. Überlegungen, in welcher Form die Etablierung einer Gemeinschaft möglich ist, werden in einer Handlungsanweisung anschaulich dargestellt.

5.2.1 Ausgangssituation

In Abhängigkeit von der Ausgangssituation in der Region Westerwald unterscheidet man zwei Möglichkeiten durch die Potenzialentfaltungsgemeinschaften im Westerwald etabliert werden können.

Bereits in Kapitel 4.4 wurde das Instrument der „Gestalteten lokalen Veränderungsprozesse“ auf die Region Westerwald übertragen und ein Vorschlag ausgearbeitet, in welcher Form diese zum Einsatz kommen kann. Darauf aufbauend wird im Folgenden dargestellt, wie Potenzialentfaltungsgemeinschaften als Vorhaben im Rahmen Gestalteter lokaler Veränderungsprozesse etabliert werden können (Möglichkeit 1). Des Weiteren wird eine Handlungsanweisung beschrieben, durch die Potenzialentfaltungsgemeinschaften ohne Gestaltete lokale Veränderungsprozesse etabliert werden können (Möglichkeit 2).

Zunächst werden die Ausgangssituationen beider Möglichkeiten dargestellt und darauf aufbauend zwei passende Handlungsanweisungen ausgearbeitet.

Möglichkeit 1: Potenzialentfaltungsgemeinschaften im Rahmen eines Gestalteten lokalen Veränderungsprozesses

Werden Potenzialentfaltungsgemeinschaften innerhalb lokaler Veränderungsprozesse etabliert, scheiden Teile der Phasen des 4A-Modells nach Quandt (2017) aus.

Die in Phase eins angedachte „Einschätzung der Ist-Situation“ wurde bereits mit der Besichtigung einzelner Ortschaften durch die Initiatoren des Veränderungsprozesses abgewickelt. Zudem hat die Bewusstseinsbildung aus Phase zwei in Stufe eins des Gestalteten lokalen Veränderungsprozesses stattgefunden. Die Menschen der Kommune oder der Region Westerwald wurden schon über die Probleme und Herausforderungen aufgeklärt. Dies geschah durch direkte Gespräche und die öffentliche Auftaktveranstaltung zu Beginn des Veränderungsprozesses. Den Menschen wurde anschaulich klar gemacht, dass sich in ihrer Region etwas ändern muss.

Des Weiteren beinhaltet das 4A-Modell Schritte aus den Phasen drei und vier, die im Verlauf des lokalen Veränderungsprozesses ebenfalls behandelt werden und die Entwicklung von Potenzialentwicklungsgemeinschaften zusätzlich unterstützen. Zu nennen sind dort die Erarbeitung einer Vision in Phase drei und die dauerhafte Festigung erzielter Erfolge.

Möglichkeit 2: Entwicklung von Potenzialentwicklungsgemeinschaften ohne Gestaltete lokale Veränderungsprozesse

Ohne die Unterstützung durch einen Gestalteten lokalen Veränderungsprozess ist der Aufwand zur Etablierung von Potenzialentwicklungsgemeinschaften deutlich höher. Den Menschen der Gemeinden des Westerwalds ist die Dringlichkeit der Etablierung solcher Gemeinschaften zunächst zu verdeutlichen. Die Sensibilisierung für die Probleme der Region fehlt vollständig. Diese müssen öffentlich bekannt gemacht werden. Auch die Suche nach engagierten Menschen, welche sich in die Entwicklung einbringen, gestaltet sich deutlich schwieriger. Daraus resultiert ein großer Arbeitsaufwand für die Initiatoren der Potenzialentwicklungsgemeinschaft, vor allem am Anfang der Entwicklung.

Auch die Zusammenarbeit mit externen Akteuren ist ohne lokale Veränderungsprozesse eine größere Herausforderung. Die Vision ist eigenständig zu entwickeln und die erzielten Erfolge selbstständig zu etablieren.

5.2.2 Leitfaden zur Entwicklung von Potenzialentwicklungsgemeinschaften innerhalb eines Gestalteten lokalen Veränderungsprozesses

Nachfolgend werden die benötigten Schritte zur Entwicklung von Potenzialentwicklungsgemeinschaften im Westerwald im Rahmen eines Gestalteten lokalen Veränderungsprozesses chronologisch dargestellt.

1. Die Idee in der Veränderungscoalition ansprechen

Die Idee zur Entwicklung von Potenzialentwicklungsgemeinschaften im Westerwald muss in den gegründeten Veränderungscoalitionen eingebracht werden. Dort beginnt das Vorhaben.

2. Pioniere für das Projekt festlegen

Zu Beginn werden Personen benötigt, welche sich bereit erklären, Verantwortung für die Steuerung des Projektes zu übernehmen. Diese können Mitglieder der Veränderungscoalitionen der Akteure, der Jugendlichen sein. Auch engagierte Bürger können teilhaben.

3. Bewertung der Dörfer in Bezug auf vorhandene Potenziale

Die Pioniere erfassen die Potenziale der verschiedenen Dörfer oder der gesamten Region des Westerwaldes. Dafür sind die Dörfer zu erkunden und Gespräche mit Ortsbürgermeistern und den dort wohnhaften Menschen zu führen. Im Vorhinein aufgesetzte Fragebögen können hilfreich sein.

4. Einbringung der Potenzialentfaltungsgemeinschaften in die Gesprächsthemen der Dörfer

Die Möglichkeit zur Gründung von Potenzialentfaltungsgemeinschaften muss in den Menschen verankert werden, bevor der offizielle Start des Projektes erfolgt. So können sich die Menschen bereits vor dem Start mit dem Prozess vertraut machen und überlegen, ob sie Teil davon sein wollen.

5. Zusammenstellung der Potenziale und deren Diskussion in den Veränderungscoalitionen

An die Erfassung schließt sich die Zusammenstellung und Besprechung der Potenziale durch die Pioniere an. Diese sollten anschließend zusammengefasst und den Veränderungscoalitionen präsentiert werden.

6. Interner Beschluss der Veränderungscoalitionen zur Entwicklung von Potenzialentfaltungsgemeinschaften im Westerwald

Der Beginn zur Etablierung solcher Gemeinschaften sollte zunächst innerhalb der Veränderungscoalitionen beschlossen werden. Weiterhin sollten die Möglichkeiten von Potenzialentfaltungsgemeinschaften öffentlich bekanntgemacht werden.

7. Öffentlichkeitsarbeit der Pioniere zur Bekanntmachung von Potenzialentfaltungsgemeinschaften

Im nächsten Schritt ist der Prozess öffentlich vorzustellen. Durch Pressemitteilungen und Veranstaltungen ist zu diesem Thema zu informieren. Auch andere Methoden, wie persönliche Gespräche oder Videos, können zum Einsatz kommen.

8. Öffentliche Veranstaltung mit einer großen Anzahl der in der Region lebenden Menschen und Gewinnung von Akteuren

Die Möglichkeiten und zukünftige Erfolge von Potenzialentfaltungsgemeinschaften sind den Bürgern in einer öffentlichen Veranstaltung durch die Pioniere zu vermitteln. Beispiele von anderen schon bestehenden Gemeinschaften können dies untermauern. Gleichzeitig sollten Akteure und Mitglieder für die Gemeinschaften gewonnen werden.

9. Bildung von Projektteams in den Gemeinden

Die akquirierten Mitglieder, die sich in Potenzialentfaltungsgemeinschaften einbringen wollen, sind in verschiedene Projektteams einzuteilen. Dies kann nach dem Schema „Teams für beteiligte Kommunen des Westerwalds“ oder „Teams für ein bestimmtes Gebiet des Westerwalds“ geschehen. Für Fragen in operativer Hinsicht sollten die Veränderungscoalitionen weiterhin zu Verfügung stehen.

10. Bereitstellung von „Werkstätten“ für die Projektteams

Für die erfolgreiche Arbeit dieser Projektteams sind Räume bereitzustellen, in denen die Ideen aller gebündelt werden können. Diese Räume können gemeindeeigene Gebäude oder OTE-LOs (Kapitel 5.1.1) sein. Weiterhin können diese Räume durch andere Projekte des Gestalteten lokalen Veränderungsprozesses bereitgestellt werden. Zu nennen sind renovierte Gebäude im Ortskern, die somit eine neue Funktion als Ideenwerkstatt und Treffpunkt der Menschen im Dorf erhalten. Dadurch können beide Projekte voneinander profitieren.

11. Grundprinzipien von Potenzialentfaltungsgemeinschaften in den Projektteams verankern

In den Projektteams müssen die Merkmale einer Potenzialentfaltungsgemeinschaft verinnerlicht werden. Diese sind Gleichberechtigung, gute Kommunikation, stetige Information aller Mitglieder, Offenheit, Vertrauen, gute Kooperation, Lösung von Konflikten, Herausstellung von Erfolgen und regelmäßige Bewertung. Die Potenzialentfaltungsgemeinschaften bauen auf diesen Merkmalen auf, weshalb der Umgang der Mitglieder dadurch geprägt sein soll.

12. Erarbeitung von vielversprechenden Themengebieten

Die einzelnen Projektteams sollen durch verschiedene Methoden Arbeitsgebiete erkennen, welche durch ihre Gemeinschaft entwickelt werden können. Dafür ist zunächst auf die Probleme ihrer Region oder speziell ihrer Gemeinde im Westerwald einzugehen und daraus Handlungsfelder abzuleiten. Gleichzeitig sollen die Themengebiete auf die einer Sozialen Dorfentwicklung angepasst werden (Kapitel 2.1).

13. Verknüpfung der Themengebiete mit der Vision des Veränderungsprozesses

Ziel der Projektteams ist es, zukunftsorientierte Veränderungen in den Dörfern des Westerwalds zu initiieren. Die Veränderungen sind in einer gemeinsamen Vision festzuhalten. Diese Vision ist dabei mit der des Gestalteten lokalen Veränderungsprozesses zu verknüpfen. Idealerweise sind die Entwicklungen und Ideen der Gemeinschaften darauf auszurichten.

14. Einbindung anderer Institutionen

Um eine erfolgreiche Arbeit der Potenzialentfaltungsgemeinschaften zu gewährleisten, ist eine gute Kooperation mit auswärtigen Institutionen und Akteuren notwendig. Diese sind beispielsweise Teilbereiche der Verwaltung, ortsansässige Vereine oder Unternehmen. Die im Rahmen des LVP eingerichteten Kooperationen können zu diesem Zweck genutzt werden: Teilbereiche der Verwaltung befassen sich bereits intensiv mit angestoßenen Veränderungen. Dadurch sind die Mitarbeiter der Verwaltung offen für Ideen aus den Potenzialentfaltungsgemeinschaften. Gleiches gilt für Vereine und Unternehmen.

15. Qualifizierung der Mitglieder

Die Mitglieder der Potenzialentfaltungsgemeinschaften besitzen teilweise nicht die notwendigen Kompetenzen für die erfolgreiche Initiierung von Entwicklungsprojekten. Im Gestalteten lokalen Veränderungsprozess werden Qualifikationsmöglichkeiten in Form von Seminaren und Schulungen angeboten (Kapitel 4.4.6). Diese können auch von den Mitgliedern der Gemeinschaften besucht werden.

16. Arbeit in Kleingruppen

In den Potenzialentfaltungsgemeinschaften sollten kleinere Gruppen gebildet werden, welche sich mit einer Idee beschäftigen und diese weiterentwickeln. Dadurch kann die Verantwortung verteilt und die Belastung minimiert werden. Im Anschluss werden die erarbeiteten Themen gemeinsam diskutiert.

17. Abschließende Planung der erarbeiteten Aktionen

Die entwickelten Maßnahmen sollen zusammengefasst und anschaulich dargestellt werden. Alle Mitglieder sollen gleichberechtigt diskutieren, mit welchen Aktionen begonnen wird und in welcher Form diese ablaufen werden.

18. Durchführung der Aktionen in der Region Westerwald

Im Anschluss an die abgeschlossene Planung sind die Projekte der Potenzialentfaltungsgemeinschaften in den Dörfern des Westerwalds durchzuführen. Zunächst sind schnell umsetzbare Projekte anzugehen, durch die bereits kleinere Veränderungen angestoßen werden können. Projektbeispiele, welche auf die Themenfelder einer Sozialen Dorfentwicklung abgestimmt sind und zügig umgesetzt werden können, sind nachfolgend beschrieben.

- Wohnen: Renovierung von alten Bauwerken, Aufwertung des Ortskerns durch Nutzung leerstehender Gebäude als Treffpunkt der Potenzialentfaltungsgemeinschaft
- Mobilität: Einrichtungen von Fahrdiensten
- Kultur und Gemeinschaftsleben: Renovierung von Sportstätten und Vereinsheimen, Einrichtung von Nachbarschaftshilfen

Im Anschluss ist der Fokus auf längerfristige Projekte zu legen. Die Durchführung von Projekten in Potenzialentfaltungsgemeinschaften soll auch nach Abschluss des Gestalteten lokalen Veränderungsprozesses gesichert werden.

19. Erfolge herausstellen und darauf aufbauen

Die in den Projekten erzielten Erfolge der Potenzialentfaltungsgemeinschaften sind herauszustellen. Durch eine bildliche Darstellung der Erfolge können diese noch deutlicher vermittelt werden. Die Erfolge können im Rahmen des Gestalteten lokalen Veränderungsprozesses in Kombination mit den Erfolgen anderer Aktionen des Veränderungsprozesses präsentiert wer-

den. Darauf können neue Projekte aufgebaut und neue Mitglieder für die Gemeinschaft gewonnen werden.

20. Erfahrungen mit anderen Gemeinden teilen

Unerlässlich für eine kontinuierliche Weiterentwicklung der Potenzialentfaltungsgemeinschaft ist der ständige Informationsaustausch über Entwicklungen zwischen Gemeinden und Regionen. Diese können in den eigenen Ideenwerkstätten in laufende oder zukünftige Projekte eingearbeitet werden.

21. Etablierung von Akteuren zur Erhaltung von Potenzialentfaltungsgemeinschaften

Damit die Arbeit der Potenzialentfaltungsgemeinschaften im Westerwald nicht in Vergessenheit gerät, müssen Personen gefunden werden, welche als feste Ansprechpartner für die Bürger und die verschiedenen Veränderungscoalitionen fungieren. Diese Personen können innerhalb der Gemeinschaften gefunden werden. Es ist auch möglich, dass sich die Pioniere, welche maßgeblich an den Anfängen der Entwicklung beteiligt waren, für diese Aufgabe bereiterklären.

22. Bewertung des Erfolgs der Potenzialentfaltungsgemeinschaft und Diskussion über zukünftige Ziele

Die Entwicklung der Potenzialentfaltungsgemeinschaft ist nach erfolgreicher Etablierung mehrerer Projekte kritisch zu bewerten. Über zukünftige Ziele ist zu diskutieren. Mögliche Ziele sind die Vergrößerung der Gemeinschaft sowie die Zusammenarbeit mit anderen Potenzialentfaltungsgemeinschaften des Westerwalds und über diesen hinaus.

23. Organisation der Potenzialentfaltungsgemeinschaft im Westerwald nach Abschluss des Gestalteten lokalen Veränderungsprozesses

Es sind Möglichkeiten zu finden, in welcher Form die Potenzialentfaltungsgemeinschaften im Westerwald nach Abschluss der achten Stufe des lokalen Veränderungsprozesses weiterhin bestehen können. Weiterhin darf deren bleibender Einfluss nicht schwächer werden. Lokale Veränderungsprozesse sind zwar langwierig, kommen jedoch nach einiger Zeit zum Abschluss. Ab diesem Zeitpunkt fehlen eventuell zuvor bereitgestellte Fördermittel. Es ist zu überlegen, in welcher Form die Gemeinschaften im Westerwald ohne andere Hilfe bestehen können.

5.2.3 Leitfaden zur Entwicklung von Potenzialentwicklungsgemeinschaften ohne Gestaltete lokale Veränderungsprozesse

Die Entwicklung von Potenzialentwicklungsgemeinschaften in der Region Westerwald ist ohne die Unterstützung eines Gestalteten lokalen Veränderungsprozesses deutlich schwieriger. Jedoch sollte unabhängig von diesen Prozessen versucht werden, Gemeinschaften zu etablieren. Nachfolgend wird eine Handlungsanweisung beschrieben, die als Leitfaden zur Entwicklung von Potenzialentwicklungsgemeinschaften im Westerwald dienen soll.

Vorwiegend wird sich dabei auf den Bereich der Bewusstseinsbildung und das Verständnis für die Probleme der betreffenden Gemeinde fokussiert. Eine Vielzahl der nachfolgend ausgeführten Schritte wurde bereits im Kapitel 5.2.2 erläutert, weshalb im Folgenden ausschließlich notwendige Anmerkungen ergänzt werden. Die zusätzlichen Schritte werden erläutert.

1. Identifizierung von Pionieren

Die Identifizierung von Pionieren ist der erste Schritt zur Entwicklung von Potenzialentwicklungsgemeinschaften. Personen, welche sich für die Gemeinde engagieren und ihre Ideen zum Wohl ihrer Gemeinde oder der gesamten Region Westerwald einbringen wollen, müssen gefunden werden.

2. Bildung eines Leitungsteams

Anders als in einem lokalen Veränderungsprozess existiert kein übergeordnetes Team, welches sich mit Steuerungsfragen beschäftigt. Aus diesem Grund ist, ohne den Bestand hierarchischer Strukturen, ein Leitungsteam zu bilden. Dieses soll sich mit den Themen Prozessgestaltung, Controlling und Kommunikation beschäftigen. Mitglieder des Leitungsteams können die im Vorhinein identifizierten Pioniere sein. Es ist zu gewährleisten, dass im Verlauf der Entwicklung weitere Bürger dem Team beitreten.

3. Bewertung der Dörfer in Bezug auf vorhandene Potenziale

Die Bewertung ist viel umfangreicher, da die Vorarbeit durch den Gestalteten lokalen Veränderungsprozess nicht geleistet wurde. Bei der Bewertung durch die Pioniere sind die Stärken/Schwächen und Potenziale der Dörfer stärker zu berücksichtigen.

4. Zusammenstellung der Potenziale und deren Diskussion im Leitungsteam

Die Zusammenstellung und Diskussion der Potenziale erfolgt im Leitungsteam (keine Veränderungscoalitionen).

5. Öffentlichkeitsarbeit der Pioniere zur Bekanntmachung von Potenzialentwicklungsgemeinschaften

Siehe Kapitel 5.2.2 Nummer sieben.

6. Durchführung von kleineren Experimenten in den Dörfern des Westerwalds

Die Pioniere sollten sich ein Bild von der Situation in den Dörfern machen. Dabei soll untersucht werden, welche Potenziale in den Menschen vorhanden sind und wie groß deren Einsatzbereitschaft ist. Dafür kann die Durchführung von kleineren Experimenten hilfreich sein. In diesen werden von mehreren Bürgern die Probleme ihres Dorfs herausgearbeitet und festgestellt, welche Verbesserungsmöglichkeiten existieren. So können die Bürger das erste Mal aktiv eingebunden werden.

7. Zusammenstellung der gewonnen Erkenntnisse im Hinblick auf das Engagement der Bürger

Die gewonnen Erkenntnisse sind in einer Karte graphisch festzuhalten. Dadurch kann analysiert werden, wie groß die Bemühungen zur Etablierung der Potenzialentfaltungsgemeinschaften sein müssen.

8. Öffentliche Veranstaltung mit einer großen Anzahl der in der Region lebenden Menschen und Gewinnung von Akteuren

Siehe Kapitel 5.2.2 Nummer acht.

9. Bildung von Projektteams in den Gemeinden

Siehe Kapitel 5.2.2 Nummer neun.

10. Bereitstellung von „Werkstätten“ für die Projektteams

Siehe Kapitel 5.2.2 Nummer zehn.

11. Grundprinzipien von Potenzialentfaltungsgemeinschaften in den Projektteams verankern

Siehe Kapitel 5.2.2 Nummer elf.

12. Erarbeitung von vielversprechenden Themengebieten

Siehe Kapitel 5.2.2 Nummer zwölf.

13. Entwicklung einer Vision

Die Entwicklung einer Vision ist ein weiterer wichtiger Schritt. Diese soll durch ein zukünftiges Bild des Dorfs geprägt sein. Die Vision ist im Leitungsteam zu entwickeln und mit den einzelnen Projektteams abzusprechen. Anschließend ist die ausformulierte Vision öffentlich bekanntzumachen.

14. Einbindung anderer Institutionen

Die Einbindung anderer Institutionen ist ohne die Unterstützung eines lokalen Veränderungsprozesses schwieriger, da die einzelnen Bereiche der Verwaltungen oder Vereine nicht

im Vorfeld mit solchen Entwicklungen zu tun hatten. Es ist trotzdem unumgänglich, mit anderen Institutionen zur Entwicklung neuer Maßnahmen zu kooperieren.

15. Qualifizierung der Mitglieder

Eigene Programme zur Befähigung der Mitglieder der Potenzialentfaltungsgemeinschaften müssen kreiert werden, um die nötigen Kompetenzen zur Durchführung der angestrebten Projekte bereitzustellen.

16. Arbeit in Kleingruppen

Siehe Kapitel 5.2.2 Nummer 16.

17. Abschließende Planung der erarbeiteten Aktionen

Siehe Kapitel 5.2.2 Nummer 17.

18. Durchführung der Aktionen in der Region Westerwald

Siehe Kapitel 5.2.2 Nummer 18.

19. Erfolge herausstellen und darauf aufbauen

Siehe Kapitel 5.2.2 Nummer 19.

20. Erfahrungen und mit anderen Gemeinden teilen

Siehe Kapitel 5.2.2 Nummer 20.

21. Aufbau von Kooperationen mit anderen Potenzialentfaltungsgemeinschaften des Westerwalds

Durch die Vernetzung mit anderen Potenzialentfaltungsgemeinschaften des Westerwalds können Projekte umgesetzt werden, die über die dörfliche Ebene hinausgehen. Dies führt zu einer nachhaltigen Entwicklung der Region Westerwald. Analog zu einem Gestalteten lokalen Veränderungsprozess kann so ein flächendeckender Ansatz erreicht werden. In einer Vielzahl von Dörfern können dadurch Veränderungen etabliert werden.

22. Etablierung von Akteuren zur Erhaltung von Potenzialentfaltungsgemeinschaften

Siehe Kapitel 5.2.2 Nummer 21.

23. Bewertung des Erfolges der Potenzialentfaltungsgemeinschaft und Diskussionen über zukünftige Ziele

Siehe Kapitel 5.2.2 Nummer 22.

24. Verbreitung der Idee in anderen Regionen

Genau wie die Region Westerwald können andere ländliche Regionen von der Möglichkeit der Potenzialentfaltungsgemeinschaften profitieren. Aus diesem Grund sollten die Mitglieder der „Westerwälder Potenzialentfaltungsgemeinschaften“ diese Ideen in anderen Regionen vorstellen. Dies kann durch Präsentationen in den Gemeinderäten oder öffentlichen Zusammenkünften geschehen.

6 Sorgende Gemeinschaften im Westerwald

Die Etablierung von Sorgenden Gemeinschaften ist ein weiterer Lösungsansatz, durch welchen den Problemen und Herausforderungen des demografischen Wandels in der Region Westerwald entgegengewirkt werden kann.

Im Verlauf dieses Kapitels soll das Konzept der Sorgenden Gemeinschaften vorgestellt und die bisher gesammelten Erfahrungen aus schon bestehenden Sorgenden Gemeinschaften beschrieben werden. Darauf aufbauend soll dargelegt werden, in welcher Form in den Gemeinden des Westerwalds Sorgende Gemeinschaften als weiteres Vorhaben einer Sozialen Dorfentwicklung gegründet werden können.

6.1 Das Konzept der Sorgenden Gemeinschaften

Für den Begriff der „Sorgenden Gemeinschaften“ existiert derzeit noch keine eindeutige Definition. Aus diesem Grund werden zunächst zwei verschiedene Definitionsmöglichkeiten vorgestellt.

Der Verein „Bürger für Bürger“ sieht in Sorgenden Gemeinschaften neue Möglichkeiten des gemeinsamen Handelns und der Kooperation zwischen Unternehmen, der Verwaltung und den in der Region lebenden Bürgern. Wenn die Daseinsvorsorge durch nicht ausreichende staatliche Hilfe und fehlende nachbarschaftliche sowie familiäre Strukturen nicht mehr gesichert ist, können Sorgende Gemeinschaften diese Aufgaben übernehmen und die Lebensqualität in ihrem Umfeld wieder erhöhen. Die Gemeinschaften können durch ihr Wirken die gesamte Region in ihrer Attraktivität steigern (www.buerger-daun.de).

Das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) geht in der Dokumentation „Sorgende Gemeinschaften – Vom Leitbild zu Handlungsansätzen“ (2014, S.3) davon aus, dass Sorgende Gemeinschaften ein Konzept zur Bewältigung sozialer Aufgaben repräsentieren. Dazu gehören die Zusammenarbeit verschiedener Unterstützungsangebote in den Gemeinden und die Stärkung der Mitverantwortung jedes Einzelnen.

Weiterhin ist der Begriff der Sorgenden Gemeinschaften in verschiedenen Zusammenhängen zu betrachten. Dies ist einerseits mit dem Hintergrund der Thematik des „Alterns“ und andererseits mit der Thematik „Familie“ zu beleuchten.

Sorgende Gemeinschaften im Kontext „Altern“ beziehen sich auf den Aspekt, dass die Gesellschaft immer älter wird und neue Formen der Sorge entwickelt werden müssen. Auf der einen Seite stehen die älteren Menschen, welche für Personen jüngerer Generationen Sorge tragen. Dies bezieht sich auf die Betreuung von Kleinkindern und finanzielle Unterstützung. Gleich-

zeitig unterstützen sich ältere Menschen gegenseitig im Bereich der Versorgung und Pflege. Auf der anderen Seite ist die ältere Generation auf die Fürsorge der nachfolgenden Generationen angewiesen. Die Menschen benötigen die Sicherheit, dass sich andere um sie kümmern. Das bedeutet, dass die junge Generation sich nicht ausschließlich um sich selbst kümmert, sondern Verantwortung übernimmt und die Notwendigkeit erkennt, auch für andere Sorge zu tragen (ISS 2014, S.11 f.).

Zudem sind Sorgende Gemeinschaften im Kontext „Familie“ zu untersuchen. Dabei geht es vorwiegend um die Problematik des Zeitmanagements. Es muss gelingen Arbeit, Erziehung und Pflege zu vereinen. Aufgrund langer Arbeitszeiten ist das Übernehmen von Verantwortung und die Versorgung der älteren Generation innerhalb der Familie schwierig. Da die Familie grundlegend für das soziale Miteinander und die Entwicklung der Kinder ist, sind Möglichkeiten zu erarbeiten, in welcher Form die gegenseitige Unterstützung möglich ist (ISS 2014, S.12).

Gemeinden, in denen Sorgende Gemeinschaften bestehen, unterscheiden sich in vielen Aspekten von Gemeinden ohne Sorgende Gemeinschaften. Sie geben älteren Menschen die Möglichkeit in ländlichen Regionen alt zu werden. Diese Gemeinden und Dörfer kennzeichnen sich durch folgende Merkmale:

- Gegenseitige Sorge steht im Mittelpunkt
- Die Fähigkeit zur Selbstorganisation ist sehr ausgeprägt
- Jede Generation unterstützt sich gegenseitig und setzt sich für die jeweils anderen ein
- Menschen können durch den Einsatz der jüngeren Generationen bis ins hohe Alter ein eigenständiges Leben führen
- Ausgezeichnete Kooperation mit professionellen Dienstleistern und Verwaltungseinrichtungen
- Jedes Individuum in der Gemeinschaft gestaltet und organisiert seinen Lebensraum und entwickelt ihn zum Wohl Aller weiter
- Starker Zusammenhalt zwischen den unterschiedlichen Menschen
- Alle Mitglieder sind ein wichtiger Teil der Gemeinschaft, in der ein Austausch zwischen allen Generationen stattfindet

Zusammenfassend sind Sorgende Gemeinschaften Bündelungen von engagierten Menschen, die sich aktiv in der Gemeinde oder im Dorf einbringen und neue Handlungsweisen etablieren. Dadurch werden ältere Menschen, denen familiären Strukturen fehlen, bei alltäglichen Aufgaben unterstützt. Gleichzeitig zeichnen sich Dörfer, in denen Sorgende Gemeinschaften existieren, durch eine höhere Lebensqualität und ein starkes soziales Gefüge aus.

6.2 Erfahrungen mit Sorgenden Gemeinschaften in der Verbandsgemeinde Daun

Die ersten Versuche Sorgende Gemeinschaften in der Verbandsgemeinde Daun zu etablieren wurden in Verbindung mit dem WEGE-Prozess (Kapitel 4) vorgenommen. Mit der Möglichkeit, durch den WEGE-Prozess Veränderungen in den Ortsgemeinden zu bewirken, wurde als Ziel angestrebt, alle 48 Orte der Verbandsgemeinde bis zum Jahr 2030 zu Sorgenden Gemeinschaften zu entwickeln. Der Aufbau dieser Gemeinschaften soll über den gesamten Zeitraum unterstützt und gefördert werden. Er soll außerdem dazu beitragen, dass es bis zum Jahr 2030 gelingt, mehr Familien und junge Menschen für die Verbandsgemeinde Daun zu gewinnen. Gleichzeitig soll der älteren Generation die Möglichkeit geboten werden, auch im hohen Alter ausreichend versorgt zu sein. Die Organisation, welche den Aufbau dieser Gemeinschaften steuert und begleitet ist der Verein „Bürger für Bürger“ mit Sitz in der Gemeinde Gillenfeld. Der Verein bietet in der gesamten Verbandsgemeinde Daun Dienste wie Arbeiten im Haus und Garten, Betreuung zur Entlastung der berufstätigen Familienmitglieder und Fahrdienste zu Ärzten und Einkaufsmärkten an.

In Verbindung mit dem WEGE-Prozess wurde die Möglichkeit zum Aufbau von Sorgenden Gemeinschaften in der Verbandsgemeinde Daun vor allem von der Gemeinde Gillenfeld angenommen. Für die Realisierung dieses Vorhabens wurde dort die „Genossenschaft am Pulvermaar – eine sorgende Gemeinschaft e.G.“ gegründet.

Aufgrund der immer höheren Nachfrage an Wohnraum wurde das Bauvorhaben „Florinshof“ umgesetzt. Dadurch soll das Leben vor Ort auch im hohen Alter dauerhaft gesichert werden. Im Florinshof können verschiedene Generationen zusammenleben und das Umfeld gestalten. Die Gewährleistung aller Arten von Dienstleistungen im Pflegebereich sowie ehrenamtliche Tätigkeiten sind dabei essenziell (Geonomaar Broschüre, 2016). Die barrierefreie Wohnanlage „Florinshof“ ermöglicht Senioren ein eigenständiges Wohnen in der Gemeinde Gillenfeld. Zentrale Versorgungseinrichtungen wie Einkaufsmöglichkeiten, Ärzte und Apotheke befinden sich in unmittelbarer Nähe der Wohnanlage. Im Florinshof sind 13 Wohneinheiten vorhanden, welche sich auf drei Stockwerke und zwei Wohngebäude verteilen. Die 50 bis 80 Quadratmeter großen Wohnungen sind barrierefrei mit Aufzügen zu erreichen. Des Weiteren ist ein Gemeinschaftsraum eingerichtet worden, in dem alle Bewohner miteinander in Kontakt treten können.

Im Verlauf des Vorhabens und der Etablierung des Florinhofs in der Gemeinde Gillenfeld wurde sich intensiv mit der Notwendigkeit Sorgender Gemeinschaften auseinandergesetzt. Daraus resultierte die Erkenntnis, dass es von großer Wichtigkeit ist, diese Gemeinschaften in den Dörfern zu etablieren. So kann der andauernden Abwanderung junger Menschen und den sinkenden Möglichkeiten älterer Menschen in ländlichen Regionen ein selbstständiges Leben

zu führen entgegengewirkt werden. Die Gemeinde Gillenfeld beschäftigt sich seitdem ausführlich mit dieser Thematik (Soboth 2016, S.111).

Von den 13 Wohnungen stehen heute noch zwei zur Verfügung. Dies zeigt, dass die angebotenen Wohnungen durchaus auf Interesse stoßen und einige Bürger sich dazu entschieden haben dieses Angebot anzunehmen.

Zusätzlich zu Gillenfeld haben weitere Ortsgemeinden wie Rengen, Niederstadtfeld oder Sarmesbach, sowie die Stadt Daun die Entscheidung getroffen, Sorgende Gemeinschaften zu gründen. (Soboth 2016, S.112). Diese Entwicklungen zeigen eine deutliche Aktionsbereitschaft der einzelnen Gemeinden etwas zu verändern. Viele der Ortsgemeinden haben sich bereits dazu entschlossen ein solches Projekt in die Wege zu leiten und durch Sorgende Gemeinschaften ihr Dorf aufzuwerten. Sollten diese Vorhaben erfolgreich sein, werden die restlichen Ortsgemeinden mit großer Wahrscheinlichkeit ebenfalls deren Umsetzung planen. Der Florinshof als Bestandteil einer Sorgenden Gemeinschaft ist ein Meilenstein in der Entwicklung und verdeutlicht die Machbarkeit eines solchen Vorhabens. An diesem Vorhaben und an der gesamten Organisation der „Genossenschaft am Pulvermaar“ können sich weitere Gemeinden orientieren und die gegebenen Erkenntnisse und Erfahrungen für sich nutzen.

6.3 Gründung von Sorgenden Gemeinschaften im Westerwald

Aus den gewonnenen Erkenntnissen soll nachfolgend beschrieben werden, in welcher Form in den Gemeinden des Westerwalds Sorgende Gemeinschaften gegründet werden können. Dazu werden zunächst die Grundvoraussetzungen und die Ausgangssituation für die Gründung solcher Gemeinschaften im Westerwald dargestellt. Zusätzlich werden die Möglichkeiten beschrieben, in welchen Projekten sich Sorgende Gemeinschaften widerspiegeln können. Abschließend wird ein Leitfaden vorgestellt, wie es gelingen könnte, diese Gemeinschaften in den Gemeinden des Westerwalds zu etablieren.

6.3.1 Grundvoraussetzungen

Zunächst sollen die Grundvoraussetzungen zur Gründung von Sorgenden Gemeinschaften im Westerwald vorgestellt werden. Diese sind unbedingt zu berücksichtigen:

- Förderung der Kommunen

Die Gründung von Sorgenden Gemeinschaften wird durch die Kommunen eingeleitet. Deshalb ist die Unterstützung dieser von großer Bedeutung. Der Bund kann die Kommunen mit Fördermitteln ausstatten. Dabei sollten die Kommunen möglichst wenige Vorgaben erhalten und die Mittel frei einsetzen dürfen.

- **Stärkere Bürgerbeteiligung**
Zur Initiierung des Gründungsprozesses ist es wichtig, die Bürger wieder stärker einzubinden. Es ist vor allem auf die Vorschläge und Wünsche der Bürger einzugehen, in welcher Form die Gemeinschaften in den Dörfern etabliert werden sollen.
- **Fokus auf die Gemeinschaft legen**
Zu beachten ist insbesondere die Stärkung des Zusammenhalts mehrerer Personen. Das Individuum darf dabei nicht in den Mittelpunkt gestellt werden. Die Gemeinschaft soll sich über den sozialen Zusammenhalt definieren und neue Methoden zur weiteren Stärkung dieser Bindung entwickeln.
- **Definition von Werten**
Eine weitere Voraussetzung ist die Definition verschiedener Werte. Neben der Leistungsfähigkeit und der Stellung einzelner Personen in der Gesellschaft sind Eigenschaften wie Ehrlichkeit, Empfindsamkeit und Einfühlsamkeit zu würdigen. Die Akzeptanz dieser Eigenschaften löst ein verändertes Handeln der Menschen aus und fördert ihr Engagement.
- **Einrichtung einer Steuerungsinstitution**
Eine infrastrukturelle Grundvoraussetzung ist die Einrichtung einer Steuerungsinstitution für die Sorgende Gemeinschaft. Diese bildet das Herzstück des Vorhabens und ist für die Organisation verantwortlich. Sie ist für Fragen der Bürger erster Anlaufpunkt. Zudem vermittelt diese Steuerungskomponente zwischen anderen Institutionen wie Vereinen oder den Verwaltungen. Des Weiteren sammelt sie verschiedene Aktivitäten und Projekte. Idealerweise wird dort qualifiziertes Personal eingesetzt. Die Räumlichkeiten fungieren als Gemeinschaftsraum für alle Bürger in der näheren Umgebung.
- **Vernetzung mit anderen Institutionen und Organisationen**
Um die Funktionalität der Sorgenden Gemeinschaft zu gewährleisten, ist die Zusammenarbeit und Vernetzung mit anderen Institutionen und Organisationen wie Vereinen, Unternehmen, Verwaltungseinrichtungen und Politikern unumgänglich. Dadurch wird die Idee auf politischer Ebene verankert. Gleichzeitig ist ein Erfahrungsaustausch möglich. Fachliche Impulse der Mitarbeiter aus der Verwaltung können beim Aufbau der Sorgenden Gemeinschaft von entscheidender Bedeutung sein.
- **Kommunale Verankerung der Gemeinschaften**
Die Etablierung von Sorgenden Gemeinschaften darf sich nicht nur lokal auf die einzelnen Dörfer beschränken. Es ist eine kommunale Vernetzung anzustreben, um dadurch in der gesamten Region Westerwald Veränderungen anzustoßen. Eine funktionierende Zusammenarbeit zwischen Sorgender Gemeinschaft und Kommune sind in diesem Zusammenhang essenziell.

- Flexible Angebote von Diensten
Sorgende Gemeinschaften müssen auf unterschiedliche Personen und Probleme eingehen. Aus diesem Grund sind Dienstleistungen, beispielsweise im Pflegebereich, auf die speziellen Bedürfnisse und Bedingungen auszurichten. Des Weiteren ist die Zusammenarbeit von ehrenamtlichen Diensten der Bürger, staatlicher Unterstützung und professionellen Dienstleistern zu koordinieren.
- Motivation generieren
Unerlässlich zur Gründung von Sorgenden Gemeinschaften sind freiwillige Bürger und ehrenamtliche Helfer, welche sich mit ihrem Arbeitseinsatz und ihren Ideen beteiligen. Diese Personen sind zu akquirieren und zu motivieren. Gelingt dies nicht, ist der Aufbau und die Etablierung Sorgender Gemeinschaften unmöglich.

6.3.2 Ausgangssituation

Im Weiteren wird die Ausgangssituation in der Region Westerwald beleuchtet und untersucht, ob die Bereitschaft besteht, diese Gemeinschaften in den Gemeinden und Dörfern zu etablieren.

In Kapitel 3.3 wurden die Probleme des Demografischen Wandels und die daraus resultierenden Herausforderungen für die Region Westerwald dargestellt. Aus der Altersstruktur der Gemeinden des Westerwalds konnte entnommen werden, dass die Gesellschaft immer älter wird und die Versorgung der älteren Bevölkerung zu einem immer wichtigeren Thema wird. Aus diesem Grund ist es von großer Bedeutung, der älteren Generation eine Möglichkeit für ein selbstbestimmtes Leben auch im fortgeschrittenen Alter zu bieten. Sorgende Gemeinschaften sind in diesem Zusammenhang ein vielversprechender Ansatz. Durch die gegenseitige Unterstützung der Älteren und Hilfestellungen durch jüngere Generationen wird es älteren Menschen ermöglicht, weiterhin in ihrem Dorf zu leben. Sie müssen somit nicht zugunsten infrastruktureller Vorteile in einer Stadt ihre Heimat verlassen.

Ein weiteres Problem des demografischen Wandels ist die Abwanderung. Gleichzeitig zur immer älter werdenden Gesellschaft sind mehr junge Erwachsene und Familien dazu gezwungen, die Dörfer zu verlassen. Gründe dafür sind fehlende Arbeitsplätze und Ausbildungsmöglichkeiten sowie fehlende Betreuungsmöglichkeiten für die Kinder berufstätiger Eltern (Kapitel 3.3). Dieses Problem kann teilweise von Sorgenden Gemeinschaften eliminiert werden. Zu wenige Betreuungsmöglichkeiten durch fehlende Kindertagesstätten können von älteren Menschen übernommen werden. So werden Wechselwirkungen und gegenseitige Unterstützungen aufgebaut, welche die Lebensqualität im Dorf erhöhen und gleichzeitig zu einer Attraktivitätssteigerung der gesamten Region Westerwald beitragen.

Die Bereitschaft der Menschen sich an Projekten und Maßnahmen der Dorfentwicklung zu beteiligen wurde in Kapitel 4.3.2 herausgestellt. Sowohl Kommunen als auch ortsansässige Bürger sind bereit, verschiedene Aktionen zu planen und diese durch ihr Wissen zu bereichern. Aus diesem Grund kann die Gründung von Sorgenden Gemeinschaften und deren Etablierung in die täglichen Abläufe der Gemeinden gelingen.

Jedoch ist nicht zu vernachlässigen, dass die bisher durchgeführten Maßnahmen in den Dörfern nur in einem überschaubaren Rahmen abliefen und die zeitliche Dauer des Projektes absehbar war. Die Entwicklung von Sorgenden Gemeinschaften in der Region Westerwald wird einen größeren zeitlichen Rahmen in Anspruch nehmen. Zudem werden einige Tätigkeiten innerhalb der Gemeinschaften nie vollständig abgeschlossen, sondern laufen kontinuierlich weiter. Wird diese Tatsache den Bürgern verständlich gemacht, ist nicht gesichert, dass die freiwilligen Helfer der kurzweiligen Projekte bereit sind, sich an einem Prozess mit mehreren Jahren Umfang zu beteiligen.

Wie bei der Etablierung von Potentialentfaltungsgemeinschaften (Kapitel 5) in den Gemeinden des Westerwalds, könnte auch die Gründung von Sorgenden Gemeinschaften im Rahmen eines Gestalteten lokalen Veränderungsprozesses (Kapitel 4) erfolgen. Daraus können große Vorteile entstehen. Außerdem kann der LVP den Initiatoren erleichtern, aktive Menschen für die Gründung dieser Gemeinschaften zu gewinnen. Mögliche Vorteile sind:

- Probleme der Region wurden den Bürgern bereits in den verschiedenen Veranstaltungen zu Beginn des Gestalteten lokalen Veränderungsprozesses vermittelt
- Die Menschen wurden motiviert und die Bereitschaft an Projekten teilzunehmen steigt
- Veränderungscoalitionen, in denen mögliche Projekte besprochen werden, könnten die Gründung von Sorgenden Gemeinschaften initialisieren
- Kooperationen mit anderen Institutionen können durch die Arbeit im Veränderungsprozess schneller ermöglicht werden
- Erfolge können mit anderen Projekten kombiniert werden, somit mehr Aufmerksamkeit generieren und dadurch weitere Akteure gewinnen
- Erfahrungsaustausch mit anderen Projekten

Die Schwierigkeit in diesem Zusammenhang ist der Umstand, dass das Instrument „Gestaltete lokale Veränderungsprozesse“ in der Region Westerwald nicht bekannt ist und deshalb nicht diskutiert wird. Daraus resultiert, dass für eine Etablierung von Sorgenden Gemeinschaften zunächst das Instrument der LVP bekannt gemacht werden muss. Allerdings ist die Umsetzung von Sorgenden Gemeinschaften im Westerwald auch ohne Veränderungsprozess möglich. Jedoch müssen ohne die Unterstützung eines solchen Prozesses größere Anstrengungen unternommen werden.

6.3.3 Aktionen innerhalb Sorgender Gemeinschaften

Sorgende Gemeinschaften zeichnen sich durch verschiedene Aktionen untereinander sowie Projekte und Angebote an Dienstleistungen aus. Wie Sorgende Gemeinschaften im Westerwald aussehen, welche Projekte die Gemeinschaften entwickeln und welche Aktionen diese durchführen können, soll im Folgenden dargestellt werden:

Förderung der Kommunikation

Die gegenseitige Verständigung aller Generationen gilt es durch verschiedene Aktionen und Maßnahmen zu fördern. Jeder muss die Probleme des anderen verstehen und diese akzeptieren. Daraus kann die Motivation entstehen, sich selbstständig mit seiner Arbeitskraft einzusetzen und andere zu unterstützen. Realisiert werden kann dies durch im Dorf anstehende Unternehmungen und Projekte, die gemeinsam bearbeitet werden.

Mehrgenerationenhäuser

Eine weitere Möglichkeit ist die Entwicklung neuer Wohnkonzepte, welche in den Dörfern und Gemeinden des Westerwalds Anwendung finden können. In diesem Zusammenhang sind die „Mehrgenerationenhäuser“ zu nennen. In solchen wohnen Vertreter aller Generationen zusammen. Das Anliegen dabei ist es, die Kommunikation zwischen den unterschiedlichen Generationen zu verbessern und dadurch die gegenseitige Verständigung, Akzeptanz und Sorge füreinander zu fördern. In diesen Häusern können Dienstleistungen für alle Generationen gleichzeitig angeboten werden.

Ziel soll es jedoch sein, die Bereitschaft der jüngeren Generation im Hinblick auf die Unterstützung Pflegebedürftiger zu fördern. Junge Menschen können die ältere Generation im täglichen Leben unterstützen. Dies bezieht sich auf das Tätigen der Einkäufe, Fahrten zu Ärzten oder die Hilfe im Haushalt. Gleichzeitig können die berufstätigen Erwachsenen in diesen Häusern Betreuungsangebote in Anspruch nehmen. Dem Problem der Vereinsamung von Senioren ohne familiäre Strukturen kann durch die Betreuung der Kinder von berufstätigen Elternteilen entgegengewirkt werden. Auf diese Weise profitieren alle von der Situation.

Des Weiteren sollen durch „Mehrgenerationenhäuser“ in den Dörfern des Westerwalds vielfältige Gemeinschaften aus Alleinstehenden, Studierenden, Familien und Senioren etabliert werden.

Nachbarschaftshilfen

Weiterhin zeichnen sich Sorgende Gemeinschaften durch nachbarschaftliche Unterstützungen aus. Dabei soll durch die Unterstützung der jüngeren Generation den in der Nähe wohnenden älteren Menschen ein Leben im eigenen Haus ermöglicht werden. Die Bemühungen der Menschen können sich von dem Erledigen von Einkäufen, Angebot von Fahrmöglichkeiten bis hin zu Gartenarbeiten erstrecken. Auch die Angebote von gemeinsamen Spaziergängen oder Ausflügen können ältere Menschen vor Isolation schützen.

Förderlich ist die Vernetzung mit Organisationen, welche in diesen Bereichen tätig sind. Durch Kooperation mit Kirchen, Sozialstationen oder Pflegeheimen können engagierte Bürger professionell unterstützt werden. Eine Verbindung aus der Hilfe von Freiwilligen, Unterstützung durch die Familie und professionellen Dienstleistungen ist erfolgversprechend.

Seniorencoachs

Die Option der „Seniorencoachs“ wurde bereits ist der Verbandsgemeinde Daun durch den Verein „Bürger für Bürger“ eingesetzt. Engagierte Bürger erklären sich dort bereit, Senioren und ihre Angehörigen zu unterstützen. Die betreffenden Personen werden von professionellen Pflegern geschult und arbeiten im weiteren Verlauf eng mit diesen zusammen. Die Möglichkeit, diese Aktion in den Dörfern des Westerwalds zu etablieren, würde eine Entlastung für die Angehörigen der Pflegebedürftigen bedeuten. Die Koordination und Zuweisung der engagierten Bürger würde von einer zentralen Steuerungsinstitution übernommen werden. Diese eist ohnehin nach den Grundvoraussetzungen in Kapitel 6.3.1 einzurichten.

Neue Mobilitätskonzepte durch engagierte Bürger

Die Thematik der Mobilität gewinnt mit zunehmendem Alter immer mehr an Bedeutung. Vertretern aller Generationen ohne Auto, insbesondere Senioren, soll weiterhin die Möglichkeit der uneingeschränkten Mobilität erhalten bleiben. Vor diesem Hintergrund sind mehrere Strategien zu entwickeln, in welcher Form die Mobilität durch Sorgende Gemeinschaften gesichert werden kann. In den Gemeinden des Westerwalds ist bereits eine Option realisiert worden. Die „Mitfahrerbänke“ stehen in vielen Dörfern der Region und können von allen Generationen genutzt werden (Abbildung 9).



Abbildung 9: „Westerwälder Mitfahrerbank“ in Birken-Honigsessen

Für Senioren besteht so die Möglichkeit zwischen den verschiedenen Dörfern zu pendeln. Darauf aufbauend sind weitere Maßnahmen zu initiieren. Denkbar wäre die Etablierung eines „Bürgerbusses“, der von Freiwilligen gesteuert wird und eine zusätzliche Option zum öffentlichen Nahverkehr bietet.

Eine alternative Möglichkeit ist die Entwicklung von Mobilitätsknotenpunkten. An diesen zentralen Knoten können verschiedene Verkehrsmittel miteinander kombiniert werden. In größeren Dörfern mit Zugsanbindung sind die Knotenpunkte idealerweise dort zu entwickeln. Zusätzlich sollten mehrere Autos nach dem Prinzip des „Carsharings“ und einige Fahrräder bereitgestellt werden. In kleineren Dörfern können die Mobilitätsknotenpunkte in zentraler Lage, im Dorfkern, installiert werden.

6.3.4 Konzept zur Etablierung von Sorgenden Gemeinschaften

Nachfolgend wird anhand eines Grundgerüsts dargestellt, wie Sorgende Gemeinschaften in den Dörfern des Westerwalds gegründet und dauerhaft etabliert werden können. Der Grundriss ist sowohl in Verbindung mit einem Veränderungsprozess als auch als Variante ohne diesen anwendbar. Die Entwicklung dieser Gemeinschaften ist in Verbindung mit einem Gestalteten lokalen Veränderungsprozess deutlich unproblematischer (Kapitel 6.3.2).

1. Probleme thematisieren

Alle Bürger der Gemeinde oder des Dorfs, in der eine Sorgende Gemeinschaft gegründet werden soll, sind durch den Bürgermeister oder den Gemeinderat zu einer Versammlung einzuladen. Dort sollen die Probleme und Herausforderungen des Dorfs thematisiert und Lösungsvorschläge besprochen werden. In diesem Zusammenhang ist von den Verantwortlichen der Ansatz „Sorgende Gemeinschaften“ als mögliche Variante einzubringen. Können sich die Bürger nach Diskussionen und Erklärungen mit der Variante identifizieren, sind weiterführende Schritte zu planen.

2. Steuerungsinstitution einrichten

Als Grundvoraussetzung ist die Notwendigkeit der Einrichtung einer zentralen Steuerungsinstitution verdeutlicht worden (Kapitel 6.3.1). Mitglieder des „Herzstücks“ der Sorgenden Gemeinschaft sollen der Bürgermeister, Mitglieder des Gemeinderats des betreffenden Dorfs, Mitarbeiter von Verwaltungseinrichtungen und engagierte Bürger sein.

3. Ist-Zustand erfassen und Erkenntnisse diskutieren

Von den Mitgliedern der Steuerungsinstitution ist der Ist-Zustand zu erfassen. Eine Analyse der bereits bestehenden, noch vorzubereitenden und zu entwickelnden Strukturen (Pflegeheime, Sozialdienste) muss durchgeführt werden. Des Weiteren ist die Bereitschaft der Bürger zur Beteiligung am Prozess durch persönliche Gespräche festzustellen.

Die Ergebnisse sind von der Steuerungsinstitution in großer Runde zu diskutieren. Anhand dessen soll festgestellt werden, inwieweit die Gründung einer Sorgenden Gemeinschaft in diesem Dorf des Westerwalds erfolgversprechend ist.

4. Information der Bürger

Die gesammelten Ergebnisse sind den Bürgern in einer weiteren öffentlichen Veranstaltung darzulegen. Diese sollen zudem eine Einschätzung abgeben, ob die Etablierung einer Sorgenden Gemeinschaft gelingen kann.

5. Bewusstseinsbildung und Motivation

Wenn sich die Bürger vorstellen können, als Sorgende Gemeinschaft zu agieren, sind darauf aufbauend die Menschen zu motivieren und für ein Engagement in der Gemeinschaft zu begeistern. Gelingen kann dies durch die Vorstellung der Erfolge bereits bestehender Gemeinschaften anderer Regionen. Die Bewusstseinsbildung gestaltet sich im Rahmen eines lokalen Veränderungsprozesses deutlich einfacher.

6. Handlungsfelder und Ziele identifizieren

Für die Gemeinschaft sind Handlungsfelder zu identifizieren und Ziele zu formulieren. Dabei sind die engagierten Bürger und Gruppen vor Ort einzubeziehen und absolute Transparenz ist zu gewährleisten. Notwendig ist dies, damit der Widerstand gegen formulierte Ziele möglichst gering bleibt und die Bürger sich nicht als Gegner der Gemeinschaft formieren.

7. Vision konkretisieren

Die Vorstellungen, wie das Dorf in der Zukunft aussehen soll, sind in einer Vision zu konkretisieren. Auf dieses Bild arbeiten alle Mitglieder der Gemeinschaft hin. Die Formulierung einer Vision ist im Rahmen eines Gestalteten lokalen Veränderungsprozesses auf dessen Vision abzustimmen.

8. Kooperationspartner finden

Eine erfolgreich arbeitende Sorgende Gemeinschaft pflegt Beziehungen mit einer großen Zahl von Kooperationspartnern. Dazu gehören wie in einem lokalen Veränderungsprozess Vereine, Unternehmen und Teilbereiche der Verwaltung, aber auch auf die „Sorge“ spezialisierte Institutionen wie Pflegeeinrichtungen, Sozialdienste, Ärzte und Kirchen.

9. Projekte umsetzen

Die zuvor formulierten Ziele sind durch Projekte zu realisieren. Vorschläge für diese Projekte sind in Kapitel 6.3.3 hinterlegt.

10. Erfahrungen weitergeben und Erkenntnisse anderer Gemeinschaften nutzen

Förderlich bei der Umsetzung der Projekte ist das Einbringen von Erkenntnissen aus anderem Sorgenden Gemeinschaften. Gleichzeitig sind eigene Erfahrungen zu sammeln und an andere Dörfer der Region Westerwald weiterzugeben. Diese können darauf ihre Gemeinschaften aufbauen.

11. Veränderungen verankern und dauerhaft etablieren

Die erzielten Erfolge und Veränderungen sind im Dorf zu verankern. Von großer Bedeutung ist es, alltägliche Hilfen durch engagierte Menschen in einem stetigen Rhythmus weiterzuführen. Versammlungen aller Generationen sollen regelmäßig stattfinden und eine wertschätzende Kommunikation beinhalten. Sorgende Gemeinschaften sind langfristig anzulegen und dauerhaft zu pflegen.

12. Erfahrungen in anderen Regionen verbreiten

Die gewonnenen Erfahrungen durch die Etablierung von Sorgenden Gemeinschaften in der Region Westerwald sollen in anderen Regionen verbreitet werden. Durch Gespräche mit Verantwortlichen anderer Regionen kann dort die Grundlage zur Gründung neuer Gemeinschaften geschaffen werden.

7 LEADER

Der Begriff LEADER (Liaison entre actions de développement de l'économie rurale) steht für „Verbindungen zwischen Aktionen zur ländlichen Entwicklung“.

Im Folgenden Kapitel wird zunächst der LEADER-Ansatz definiert. Im Anschluss soll dargestellt werden, welche Möglichkeiten bestehen, die in den Kapiteln vier bis sechs beschriebenen Vorhaben durch den LEADER-Ansatz zu fördern und zu unterstützen.

7.1 Was ist LEADER?

LEADER ist keine vorgegebene Zusammenstellung an Maßnahmen der ländlichen Strukturentwicklung. Vielmehr handelt es sich um eine Methode zur Mobilisierung ländlicher Gemeinschaften, sich verstärkt mit der Thematik der ländlichen Entwicklung auseinanderzusetzen.

Dieser Ansatz kann Lösungen für bereits erkannte oder neue Probleme ländlicher Gebiete bereitstellen. LEADER motiviert ländliche Räume neue Wege in ihrer Entwicklung zu suchen und innovative Lösungen zu entwickeln, um langfristig mit strukturstarken Regionen mithalten zu können.

Zudem ist LEADER ein Instrument, welches auf lokale Besonderheiten und Bedürfnisse sowie auf unterschiedliche ländliche Gebiete angepasst werden kann. Die Idee dahinter ist, dass Entwicklungsstrategien aufgrund der großen lokalen Unterschiede ländlicher Räume effizienter umgesetzt werden können, wenn sie vor Ort von lokalen Akteuren entwickelt und etabliert werden. LEADER ermutigt und motiviert die Akteure vor Ort neue Lösungen zu entwickeln und unterstützt diese bei der Umsetzung. Gleichzeitig fördert der LEADER-Ansatz bereits bestehende Entwicklungsstrategien, indem schon vorhandene Maßnahmen reaktiviert und durch neue Impulse weiterentwickelt werden.

Darauf aufbauend sollen im Folgenden die wesentlichen Merkmale des LEADER-Ansatzes erläutert werden. Zudem werden die LEADER-Regionen in Rheinland-Pfalz vorgestellt und ausgewählte Beispiele beschrieben, in denen LEADER in der praktischen Umsetzung bereits erfolgversprechende Veränderungen angestoßen hat.

7.1.1 Die sieben Merkmale des LEADER-Ansatzes

Die Merkmale des LEADER-Ansatzes werden nachfolgend vorgestellt. Dabei ist zu beachten, dass diese ausschließlich als Einheit erfolgversprechend sind. Jedes Merkmal ergänzt über den gesamten Einsatz von LEADER das jeweils andere. So können nachhaltige Veränderungen in ländlichen Gebieten ausgelöst werden. Die sieben Merkmale sind von der Europäischen Kommission in einem Factsheet „Der LEADER-Ansatz – Ein grundlegender Leitfaden“ 2006 zusammengestellt worden.

1. Merkmal: Territoriale lokale Entwicklungsstrategien

Entwicklungsstrategien sollen sich auf ein lokales Gebiet beziehen, welches sich durch verschiedene Eigenschaften kennzeichnet. Diese sind nach der Europäischen Kommission (2006, S.9):

- Keine im Vorhinein festgelegten Grenzen
- Kleine Größe
- Gemeinsame Tradition und Identität
- Gemeinsame Erwartungen und Bedürfnisse
- Starker Zusammenhalt
- Zwischen 10000 und 100000 Einwohner
- Homogen und geschlossen

In einem lokalen Gebiet können leichter Stärken und Schwächen sowie Potenziale erkannt werden als in einem großen zusammengefassten Gebiet. Durch die Möglichkeit der besseren Anpassung der Aktionen und Projekte auf die tatsächlichen Bedürfnisse, lassen sich die lokale Entwicklungsstrategien einfacher realisieren und fördern.

2. Merkmal: Bottom-Up Prinzip

Dieses Prinzip besagt, dass lokale Akteure in die Entwicklung der Strategien zur Aufwertung ihrer Region eingebunden werden sollen. Eine Zusammenarbeit mit regionalen Behörden verspricht ein besseres Gesamtergebnis. Aus diesem Grund ist die Politik optimal auf die Wünsche der lokalen Gemeinschaft abzustimmen und die Akteure in Führungspositionen zu platzieren (Europäische Kommission 2006, S.9).

Lokale Akteure schließen die gesamte Bevölkerung, öffentliche und private Institutionen, Unternehmen sowie soziale Interessengruppen ein. Das Prinzip beinhaltet nach der Europäischen Kommission (2006, S.9) zudem eine Bewusstseinsbildung und Beteiligung der Bevölkerung sowie der Interessengruppen. Die Festlegung eindeutiger Kriterien für die Auswahl verschiedener Projekte ist essenziell.

3. Merkmal: Öffentlich-private Partnerschaften

Ein zentrales Merkmal des LEADER-Ansatzes ist die Gründung einer lokalen Partnerschaft, welche als „Lokale Aktionsgruppe“ (LAG) bezeichnet wird. Die Etablierung dieser Partnerschaften kann die ländliche Entwicklung in vielen Aspekten fördern. Sie vereinigt die verfügbaren öffentlichen und privaten Ressourcen und bringt die lokalen Akteure durch gemeinsame Projekte zusammen. Gleichzeitig fördern diese die Kooperation der unterschiedlichen Akteure und Institutionen. Dadurch werden die Konkurrenzfähigkeit und die Lebensqualität des ländlichen Gebietes verbessert (Europäische Kommission 2006, S.10).

Lokale Aktionsgruppen sollen öffentliche und private Partner zusammenbringen. Nach den Ausführungen der Europäischen Kommission (2006, S.10) müssen die privaten Partner und Interessensgruppen mit mindestens 50 Prozent in der Partnerschaft vertreten sein. In diesen Partnerschaften sind häufig Berufs- und Umweltverbände, lokale Politiker, ortsansässige Bürger sowie Dienstleistungsunternehmen vertreten.

Die Lokalen Aktionsgruppen tragen eine große Verantwortung in der Verwaltung der Projekte und sollen zudem verschiedene Kontroll- und Evaluierungsaufgaben übernehmen. Den Partnerschaften muss es gelingen, verschiedene Maßnahmen miteinander zu verknüpfen, diese mit lokalen Ressourcen zu unterstützen und durch innovative Ideen weiterzuentwickeln. Die lokale Partnerschaft soll dabei über die Ausrichtung der Entwicklungsstrategie in der ländlichen Region entscheiden (Europäische Kommission 2006, S.12).

4. Merkmal: Innovation erleichtern

Die Entwicklung innovativer Ansätze spielt in LEADER eine bedeutende Rolle. Gefördert wird dies durch die flexiblen Möglichkeiten der LAGs ihre Aktionen und Projekte frei zu planen. Durch neue Innovationen können Lösungen für bestehende Probleme ländlicher Räume entwickelt werden (Europäische Kommission 2006, S.12).

Ein Beispiel einer Innovation ist nach der Europäischen Kommission (2006, S.13) die Etablierung des Bottom-up-Ansatzes und der Lokalen Aktionsgruppen. So können neue Projektideen entstehen und durch die Partnerschaften gefördert werden.

5. Merkmal: Integrierte und multisektorale Aktionen

Im LEADER-Ansatz soll die lokale Entwicklungsstrategie mehrere Aktivitätssektoren ansprechen und zusammenbringen. In einem Entwicklungsprogramm ist eine Vielzahl von Sektoren zu integrieren. Projekte und Maßnahmen sind zusammenhängend zu koordinieren und Verknüpfungen zwischen beteiligten Akteuren, Institutionen und Sektoren herzustellen (Europäische Kommission 2006, S.13).

6. Merkmal: Netzwerkbildung

Die Netzwerkbildung ist ein wichtiger Aspekt, um Erfahrungen, Erfolge und Errungenschaften zwischen LEADER-Gruppen, ländlichen Gebieten, Verwaltungen, Akteuren und Institutionen auszutauschen (Europäische Kommission 2006, S.13). Durch eine Netzwerkbildung können bewährte Maßnahmen und Vorgehensweisen übertragen werden. Gleichzeitig wird der Zusammenhalt zwischen den beteiligten Akteuren gefördert und neue Kooperationen der verschiedenen LEADER-Gruppen etabliert. Laut der Europäischen Kommission (2006, S.14) existieren zwei verschiedene Arten dieser Netzwerke:

- Institutionelle Netzwerke sind das europäische Netzwerk für ländliche Entwicklung und eine nationale ländliche Vernetzungsstelle. Diese werden von der Europäischen Kommission gefördert, indem sie Unterstützung durch Experten bei der Vorbereitung von Seminaren, Analysen ländlicher Entwicklungspotenziale und Etablierung von Kooperationsprojekten anbietet.
- Nationale, regionale und lokale Netzwerke werden von einzelnen Mitgliedsstaaten eingerichtet.

7. Merkmal: Kooperation

Netzwerkbildungen sind zur erfolgreichen Umsetzung des LEADER-Ansatzes nicht ausreichend. Die Lokalen Aktionsgruppen sollen gemeinsame Projekte mit anderen Partnerschaften aus einer anderen Region oder einem anderen Land verfolgen, um so bestimmte Probleme zu lösen. Auf diese Weise können zusätzlich weitere Bürger motiviert werden, ohne die eine Durchführung bestimmter Projekte nicht möglich ist. Diese Kooperationen müssen konkrete Projekte umfassen und in Gebieten mit einer gleichwertigen Ausgangssituation durchgeführt werden.

In diesem Zusammenhang sind nach den Ausführungen der Europäischen Kommission (2006, S.15) zwei mögliche Kooperationen zu nennen:

- Interterritoriale Kooperationen zur Verständigung zwischen unterschiedlichen Lokalen Aktionsgruppen innerhalb eines Mitgliedsstaats.
- Transnationale Kooperationen zur Zusammenarbeit verschiedener Partnerschaften zwischen mehreren Mitgliedsstaaten.

7.1.2 LEADER-Regionen in Rheinland-Pfalz

Die Förderung verschiedener Vorhaben und Maßnahmen durch LEADER ist ausschließlich in „LEADER-Aktionsgebieten“ (Abbildung 10) möglich. LEADER-Regionen zeichnen sich durch vielfältige Gemeinsamkeiten in sozialen, wirtschaftlichen und geografischen Bereichen aus und sind grundsätzlich nicht an Landkreisgrenzen gebunden. Eine nachhaltige strukturelle Weiterentwicklung ist das zentrale Ziel der anerkannten LEADER-Aktionsgebiete.

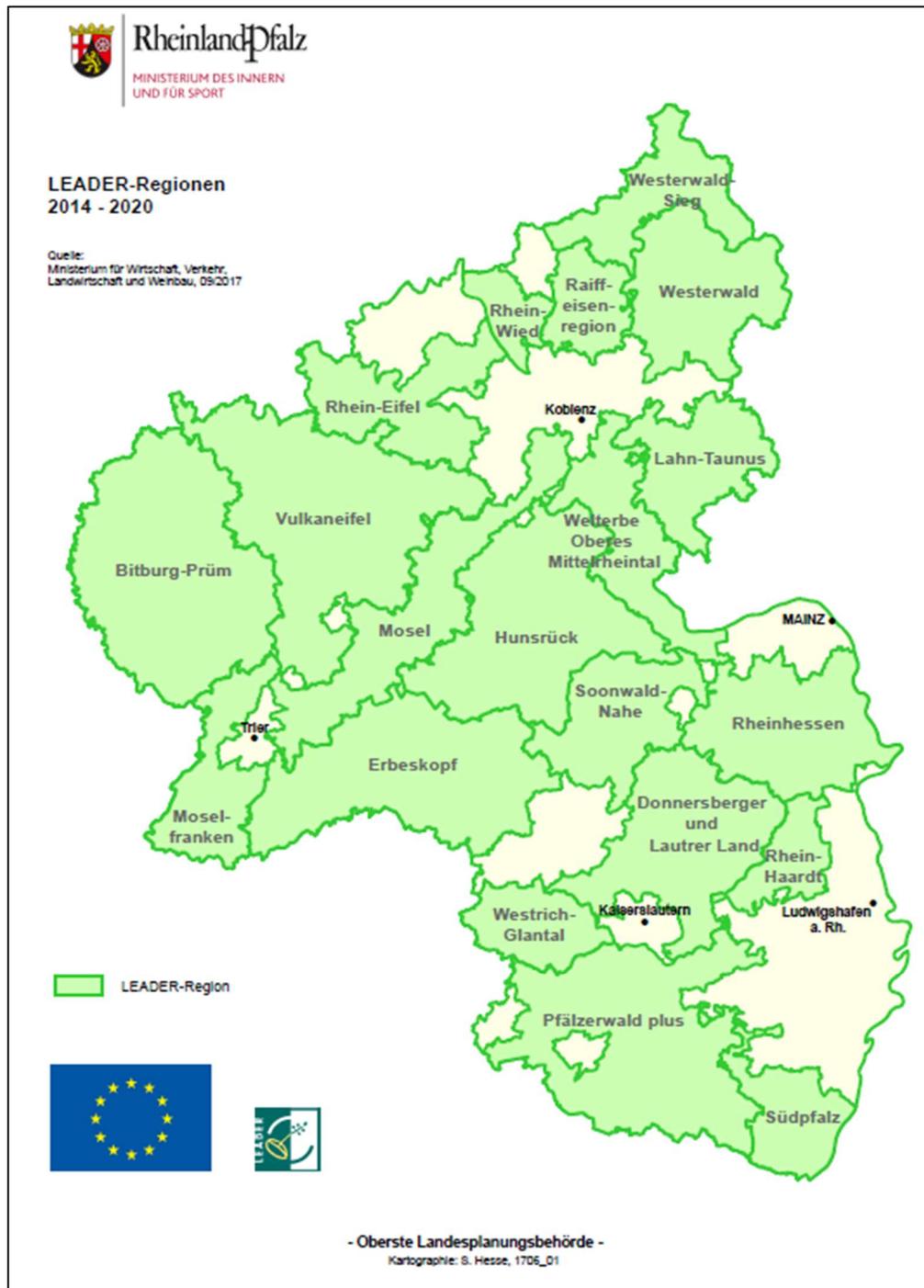


Abbildung 10: LEADER-Regionen in Rheinland-Pfalz 2014-2020 (Quelle: Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau 2017)

Wie in Abbildung 10 zu erkennen, sind für die Förderperiode 2014–2020 in Rheinland-Pfalz 20 LEADER-Regionen anerkannt worden. Auffällig ist, dass die Regionen in der Nähe großer Städte wie Mainz, Kaiserslautern, Ludwigshafen oder Trier nicht als LEADER-Regionen ausgewiesen wurden. Dagegen wurden in der Eifel, einem großen ländlichen Raum in Rheinland-Pfalz, zwei große Aktionsgebiete anerkannt. Zu nennen sind die Regionen „Bitburg-Prüm“ und „Vulkaneifel“. Die Verteilung lässt sich dadurch begründen, dass LEADER Entwicklungen in ländlichen Räumen fördern soll. Demnach existieren in der Nähe von großen Städten keine Aktionsgebiete. In ländlichen Regionen wie der Eifel werden hingegen große Aktionsgebiete benötigt. Für die Region Westerwald sind maßgeblich die mittelgroßen LEADER-Regionen „Westerwald-Sieg“ und „Westerwald“ von Bedeutung.

7.1.3 Beispiele aus der Praxis

Die Qualität von LEADER ist in vielen Projekten zu erkennen, die in den letzten Jahren damit gefördert wurden und somit nachhaltige Veränderungen in der Region bewirkt haben. Die Projekte sind Teil einer von den Lokalen Aktionsgruppen ausgearbeiteten Entwicklungsstrategie. Sie zeigen, wie optimal die lokalen Partnerschaften die durch LEADER bereitgestellten Möglichkeiten nutzen konnten.

Im Folgenden werden zwei durch LEADER geförderte Beispielprojekte vorgestellt. Das erste Beispiel ist ein aktuelles Projekt einer Aktionsgruppe, welches derzeit auf lokaler Ebene durchgeführt wird. Im zweiten Beispiel wird ein Projekt beschrieben, welches über Landesgrenzen hinaus durch die Kooperation mehrerer Lokaler Aktionsgruppen durchgeführt wurde (transnationale Kooperation).

1. Projektbeispiel: „Aktiv- und Begegnungsplatz Kierspe“

In der LEADER-Region „Oben an der Volme“ in Nordrhein-Westfalen werden Projekte von öffentlichen und privaten Antragstellern gefördert. Eine Grundvoraussetzung ist dabei die Zugehörigkeit des Projektes zu einem der vier Handlungsfelder der ausgearbeiteten regionalen Entwicklungsstrategie. Des Weiteren muss die Lokale Aktionsgruppe dem Projekt zustimmen. Die Bewilligung des Förderantrags muss durch die Bezirksregierung erfolgen. Im Anschluss findet die Umsetzung des Projekts statt.

Das Projekt „Aktiv- und Begegnungsplatz Kierspe“ ist von den Lokalen Aktionsgruppen beschlossen und die Förderung bewilligt worden. Es befindet sich nach aktuellem Stand (2020) in der Umsetzungsphase. Projektträger und gleichzeitig Umsetzungsort ist die Stadt Kierspe. Gefördert wird das Projekt zu 65 Prozent durch LEADER, welcher den maximalen Prozentsatz für eine derartige Förderung darstellt. Die zusätzlich benötigt Gelder werden beispielsweise durch Spenden bereitgestellt.

Ziel des Projektes ist die Verbesserung des gesellschaftlichen Miteinanders aller Generationen. Aus diesem Grund liegt der Platz in unmittelbarer Nähe zu einem Neubaugebiet und Seniorenwohnheim. So können sowohl junge Familien als auch ältere Menschen den Platz nutzen. Dieser Begegnungsplatz soll durch verschiedene Veranstaltungen und Feste belebt werden. Außerdem soll er auf andere Angebote und Möglichkeiten des gesellschaftlichen Austauschs in der Kommune aufmerksam machen.

Die Planung wurde mit Hilfe der Bürger, welche durch angebotene Workshops in die Entwicklung integriert wurden, vorgenommen. Zudem steht der Projektträger bei der Realisierung des Projektes in enger Kooperation mit der Gemeinde Schalksmühle, da dort ebenfalls ein solcher Platz etabliert werden soll. Auf diese Weise können gewonnene Erfahrungen und Erkenntnisse ausgetauscht werden.

2. Projektbeispiel: Länderübergreifende Ausbildung zum Kulturführer und Museumsbetreuer

Im Zuge dieses Projekts sollten neue Arbeitsplätze geschaffen werden, um junge Menschen an ihre Heimat zu binden. Aus diesem Grund wurde ein transnationales Ausbildungsprojekt mit 47 Workshops und 20 verschiedenen Modulen etabliert. Die Planung wurde von drei Lokalen Aktionsgruppen in Deutschland und Österreich übernommen. Die eingebundenen Regionen waren Tirol in Österreich sowie Schwaben und Oberbayern in Deutschland. Gefördert wurde das Projekt zu 50 Prozent durch LEADER. Die restlichen Projektkosten wurden aus eigenen Mitteln finanziert.

Die LAGs „Außerfern“, „Auerbergland“ und „Ostallgäu“ erkannten zahlreiche Gemeinsamkeiten in den unabhängig voneinander erarbeiteten Entwicklungsstrategien. Aus diesem Grund wurde sich auf eine Zusammenarbeit geeinigt und ein transnationales Kooperationsprojekt gestartet. Aufgrund der erhöhten Risiken bei einem Projekt mit dieser Komplexität wurden zunächst zentrale Grundsätze vereinbart und die aus dem Projekt resultierenden Vorteile herausgestellt.

Aus diesen Grundsätzen entwickelte sich die Idee, durch das Kooperationsprojekt geschichtliche sowie kulturelle Gemeinsamkeiten der drei in den Alpen gelegenen Regionen zu beleuchten. Zusätzlich sollte durch die Vermittlung der Gemeinsamkeiten dem Tourismus im Verlaufe des Projekts ein größerer Stellenwert zukommen. Infolgedessen wurden durch Schulungen in der Region Kulturführer und Museumsbetreuer ausgebildet. Diese sollen die Attraktivität der Regionen in den Vordergrund stellen. Gleichzeitig sollen so neue Ausbildungsplätze für junge Menschen geschaffen werden.

7.2 Unterstützung der beschriebenen Vorhaben durch LEADER

Im Folgenden soll dargestellt werden, in welcher Form die in den vorherigen Kapitel beschriebenen Vorhaben der „Gestalteten lokalen Veränderungsprozesse“, „Potenzialentfaltungsgemeinschaften“ und „Sorgenden Gemeinschaften“ im Westerwald unterstützt und finanziell ausgestattet werden können. Dabei werden zunächst die Voraussetzungen für die Förderung dieser Projekte erläutert und anschließend das Verfahren zur Bewilligung der Projekte skizziert. Abschließend werden die Fördermöglichkeiten der drei Vorhaben durch die Befragung einer Mitarbeiterin des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau aufgezeigt.

7.2.1 Voraussetzungen

Für die Förderung von Maßnahmen und Aktionen durch den LEADER-Ansatz sind einige Voraussetzungen zu erfüllen, ohne die eine Unterstützung nicht möglich ist.

Die Vorhaben sind nur dann förderfähig, wenn sie der von den Lokalen Aktionsgruppen entwickelten „Lokalen Integrierten Ländlichen Entwicklungsstrategie“ (LILE) dienen. Das bedeutet, dass sich die Ziele des Vorhabens in den von der Lokalen Aktionsgruppe definierten Handlungsfeldern der Entwicklungsstrategie wiederfinden müssen. Diese Partnerschaften sind selbstständig für die Entwicklung der Strategie und der Definition der Handlungsfelder zuständig. Somit wählen die LAGs die Projekte und Aktionen nach eigenen Kriterien aus. Die Antragsteller sind dadurch verpflichtet den Aktionsgruppen die notwendigen Informationen zur Verfügung zu stellen.

Die Vorhaben „Gestaltete lokale Veränderungsprozesse“, „Potenzialentfaltungsgemeinschaften“ und „Sorgende Gemeinschaften“ sollen in der Region Westerwald etabliert werden. Folglich müssen deren Ziele mit den Handlungsfeldern der Entwicklungsstrategien der zwei großen Lokalen Aktionsgruppen „Westerwald-Sieg“ und „Westerwald“ der Region konform sein.

Nachfolgend werden die Handlungsfelder der Lokalen Aktionsgruppen „Westerwald-Sieg“ und „Westerwald“ dargestellt.

Tabelle 8: Handlungsfelder und Teilziele der Aktionsgruppe „Westerwald-Sieg“ (Quelle: Lokale Aktionsgruppe Westerwald-Sieg)

Handlungsfeld	Teilziele
Regionale Wirtschaft und Qualifikation	Strukturentwicklung, Fachkräftesicherung, Standortmarketing
Kommunalentwicklung	Interkommunale Kooperation, Innenentwicklung, Mobilität
Demografische Herausforderungen	Sicherstellung der pflegerischen und medizinischen Grundversorgung, Zuwanderung steigern, Altern in der Region ermöglichen
Tourismus	Positionierung als Outdoor-Region, Kulturtourismus
Forst- und Landwirtschaft sowie Direktvermarktung	Lokale Wertschöpfung, Information, Sensibilisierung und Weiterbildung

Tabelle 9: Handlungsfelder und Teilziele der Aktionsgruppe „Westerwald“ (Quelle: Lokale Aktionsgruppe Westerwald)

Handlungsfeld	Teilziele
Zukunftsfähige Kommune mit hoher Lebensqualität	Sicherstellung der Grund- und Gesundheitsversorgung, Vitalisierung der Ortskerne
Zufriedene Menschen mit guten Perspektiven	Stärkung dörflicher und nachbarschaftlicher Selbsthilfeinitiativen, Bildungs- und Betreuungsangebote für die gesamte Bevölkerung
Naturnaher Tourismus mit regionalem Profil	Weiterentwicklung touristischer Angebote, Ausbau von Rad- und Wanderwegen
Landschaft nachhaltig schützen und nutzen	Schützen seltener Tier- und Pflanzenarten, Schonung von endlichen Ressourcen
Kooperation und Vernetzung	Aufbau von gebietsübergreifenden Kooperationen, Zusammenarbeit von Akteuren innerhalb eines Aktionsraums

Die Vorhaben „Gestaltete lokale Veränderungsprozesse“, „Potenzialentfaltungsgemeinschaften“ und „Sorgende Gemeinschaften“ sollen vor allem den demografischen Herausforderungen entgegenwirken, die Daseinsvorsorge sicherstellen und die Dörfer in der Region Westerwald nachhaltig entwickeln. In den Handlungsfeldern der Lokalen Aktionsgruppe „Westerwald-Sieg“ finden sich diese Ziele überwiegend im Handlungsfeld „Demografische Herausforderungen“ sowie teilweise in den Handlungsfeldern „Kommunalentwicklung“ und „Regionale Wirtschaft und Qualifikation“ (Tabelle 8). In der Aktionsgruppe „Westerwald“ finden sich die Ziele der Vorhaben in den Handlungsfeldern „Zukunftsfähige Kommune mit hoher Lebensqualität“ und „Zufriedene Menschen mit guten Perspektiven“ wieder (Tabelle 9).

Aus diesen Ausführungen lässt sich schlussfolgern, dass die drei Vorhaben mit den Zielen der Entwicklungsstrategien beider Aktionsgruppen übereinstimmen. Aus diesem Grund sollte eine Initialisierung der Vorhaben in den Gemeinden des Westerwalds und eine damit einhergehende Förderung der Projekte durch den LEADER-Ansatz unter Berücksichtigung der Entwicklungsstrategien grundsätzlich möglich sein.

Eine weitere Vorgabe ist, dass die Umsetzung der Vorhaben grundsätzlich auf dem Gebiet der LAG erfolgen muss, auf dem diese genehmigt wurde. So sind die Vorhaben jeweils an eine der Lokalen Aktionsgruppen der Region Westerwald gebunden. Eine Ausnahme von dieser Bedingung kann ausschließlich genehmigt werden, wenn die betreffende Aktionsgruppe einen Antrag stellt. In diesem muss erkennbar sein, dass durch die Abweichung von dem Prinzip eine deutliche Qualitätssteigerung für das Gebiet der Aktionsgruppe erreicht werden kann.

Zusätzlich ist zu jedem Vorhaben von der LAG ein Nachweis über die Einhaltung der formellen Vorgaben zu erbringen. Darin ist die formelle Richtigkeit des Projektauswahlverfahrens und die positive Entscheidung der Aktionsgemeinschaft über die Durchführung des betreffenden Vorhabens zu dokumentieren. Die drei in den Kapiteln vier bis sechs beschriebenen Vorhaben sind demnach zunächst durch die Lokalen Aktionsgruppen des Westerwalds auszuwählen und zu beschließen. Nur dann können diese durch den LEADER-Ansatz gefördert werden.

Zudem sind zur Umsetzung des LEADER-Ansatzes einige finanzielle Modalitäten zu beachten. Diese werden nachfolgend aufgezählt.

- Die finanzielle Tragfähigkeit des Projekts ist nachzuweisen.
- Grundsätzlich gilt die „De minimis-Beihilfe“ bei produktiven Investitionen. Demnach ist die Beihilfe von der Europäischen Kommission nicht weiter genehmigungspflichtig, wenn die Beträge als geringfügig angesehen werden können.
- Die öffentliche Zuwendung im Projekt muss mindestens 2000 Euro betragen.
- Projekte können bis maximal 250000 Euro gefördert werden. Ausnahmen sind ausschließlich mit Genehmigung möglich.

- Die Umsatzsteuer kann unter bestimmten Bedingungen erstattet werden.
- Die entsprechenden Verordnungen und Durchführungsbestimmungen sind zu beachten.

Des Weiteren ist zu klären, wer Projektträger und Antragsteller sein kann und welche Projekte im LEADER-Ansatz förderfähig sind. Projektträger und gleichzeitig Antragssteller können juristische Personen des öffentlichen und privaten Rechts (Vereine, Stiftungen), Personengesellschaften (Zusammenschluss mehrerer Personen), natürliche Personen (alle Bürger) und die Lokalen Aktionsgruppen selbst sein. Im LEADER-Ansatz förderfähig sind solche Vorhaben, die den bereits erläuterten Handlungsfeldern der jeweiligen Entwicklungsstrategien zugeordnet werden können. Insbesondere gehören dazu kleine auf einen längerfristigen Nutzen ausgelegte Maßnahmen, die Erstellung von Konzepten, Qualifizierungs- und Schulungsmaßnahmen sowie Projekte mit kleinerem Umfang.

Die Vorhaben „Gestaltete lokale Veränderungsprozesse“, „Potenzialentfaltungsgemeinschaften“ und „Sorgende Gemeinschaften“ können von einer Gemeinde oder einem Team von Initiatoren gestartet werden. So können die Gemeinden als juristische Person mit dem Bürgermeister als gesetzlichem Vertreter oder die Initiatoren als natürliche Personen betrachtet werden. Somit besteht die Möglichkeit, die Gemeinden oder Initiatoren als Projektträger und Antragssteller zu platzieren.

In Gestalteten lokalen Veränderungsprozessen werden eine Vielzahl von Konzepten und Strategien entwickelt und mehrere Qualifizierungsmaßnahmen durchgeführt. Zudem werden in diesem Veränderungsprozess einige Projekte durchgeführt, welche einen langfristigen Nutzen haben sollen. Dazu zählen auch Potenzialentfaltungsgemeinschaften und Sorgende Gemeinschaften. Auch ohne LVP sind Potenzialentfaltungsgemeinschaften sowie Sorgende Gemeinschaften als Maßnahmen zu verstehen, welche nachhaltig Veränderungen in den Regionen etablieren sollen.

Unter Berücksichtigung der oben genannten Aspekte besteht die Möglichkeit, die drei beschriebenen Vorhaben durch den LEADER-Ansatz in der Region Westerwald zu fördern.

7.2.2 Verfahren zur Projektauswahl

Sind alle Voraussetzungen für eine Förderung durch den LEADER-Ansatz erfüllt, schließt sich das Verfahren zur Projektauswahl und die Bewilligung des „Antrags auf Förderung“ an. Eine Antragsstellung ist grundsätzlich nur über eine Lokale Aktionsgruppe möglich.

Für die Förderung von „Gestalteten lokalen Veränderungsprozessen“, „Potenzialentfaltungsgemeinschaften“ und „Sorgenden Gemeinschaften“ durch den LEADER-Ansatz ist es notwendig, alle Schritte dieses Verfahrens zu durchlaufen. Zudem müssen die Projekte tatsächlich von einer LAG des Westerwalds ausgewählt und zur Bewilligung eingereicht werden. Werden diese Vorhaben nicht im ersten Verfahren ausgewählt, besteht die Möglichkeit, dass die Anträge auf Förderung im nächsten Auswahlverfahren berücksichtigt werden.

Die Schritte, welche die LAGs „Westerwald-Sieg“ und „Westerwald“ zur Bewilligung von Fördermitteln für Vorhaben in der Region Westerwald zu durchlaufen haben, werden nachfolgend beschrieben.

1. Vermittlung der Projektidee

Als erster Schritt wird die Idee des Vorhabens durch den Projektträger einer der beteiligten Lokalen Aktionsgruppe des Westerwaldes („Westerwald-Sieg“ oder „Westerwald“) vorgestellt. Dabei wird zunächst geklärt, ob die Ziele des Vorhabens mit der durch die LAGs erarbeitete Entwicklungsstrategie übereinstimmen. Zudem werden den Projektträgern von der jeweiligen LAG Hilfestellungen angeboten und Hinweise zu den erforderlichen Auflagen vermittelt.

2. Abgrenzung des Projekts

Unter Beachtung der gegebenen Hilfestellungen entwirft der Projektträger eine Projektskizze. Die geplanten Aktivitäten, die Zuordnung des Projekts zu den Handlungsfeldern und der Nutzen des Vorhabens für die Region sind in den Entwurf zu integrieren. Veränderungen, die durch das Projekt etabliert werden sollen, sind ebenfalls zu skizzieren.

3. Erste Bewertung des Projekts

Auf Basis der Projektskizze erfolgt eine vorläufige Bewertung des Vorhabens durch die Lokale Aktionsgruppe. Zusätzliche das Projekt betreffende Informationen sind von den Projektträgern zur Verfügung zu stellen. Das Ergebnis der Bewertung ist den Verantwortlichen des Projekts mitzuteilen.

4. Abstimmung mit der Bewilligungsstelle

Zusätzlich zur Bestätigung des Vorhabens durch die Lokale Aktionsgruppe ist das Einverständnis der zuständigen Bewilligungsstelle erforderlich. Aus diesem Grund wird die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion als Bewilligungsstelle über das Vorhaben informiert und

um eine Rückmeldung gebeten, ob das Vorhaben als förderfähig erachtet werden kann. Findet das Projekt bei der Bewilligungsstelle Zustimmung, kann das Vorhaben anhand der Entwicklungsstrategie realisiert werden. Akzeptiert die Bewilligungsstelle das Projekt in dieser Form nicht, sind Verbesserungen anzubringen.

5. Projektweiterentwicklung durch den Vorhabensträger

Im Anschluss an die voraussichtliche Zustimmung durch die Bewilligungsstelle ist das Vorhaben durch den Vorhabensträger weiterzuentwickeln. Das Projekt ist weiter auf die Handlungsfelder und Ziele der Entwicklungsstrategien der jeweiligen LAG anzupassen. So wird die Möglichkeit zur Bewilligung der Förderung des Projekts erhöht. Außerdem sollen die im Verlauf des Vorhabens benötigten Investitionen abgeschätzt und die erzielbaren Erfolge dargestellt werden. Die Lokale Aktionsgruppe soll dabei als Ansprechpartner zur Verfügung stehen.

6. Antragsstellung

Ist die Projektentwicklung abgeschlossen, werden in einem Antrag die detailgenaue Beschreibung des Projekts und die notwendigen Unterlagen zusammengefasst. Der Antrag muss vorgaberichtig sein.

7. Diskussion und abschließende Bewertung

Zusammen mit den Bewertungsergebnissen aus der ersten Beurteilung des Vorhabens wird dieses erneut diskutiert und begutachtet. Unter Berücksichtigung der ausgeführten Anpassungen des Projekts durch den Projektträger wird das Vorhaben erneut bewertet.

8. Auswahlbeschluss

Im Anschluss erfolgt eine Zusammenstellung aller bei der Lokalen Aktionsgruppe eingereichten Projekte. Im Auswahlverfahren werden die am besten bewerteten Projekte ausgewählt und ein Auswahlbeschluss einschließlich einer Stellungnahme und Dokumentation der Projektauswahl gefasst.

9. Antragseinreichung von der LAG bei der Bewilligungsstelle

Der Antrag ist zusammen mit den benötigten Anlagen über die Lokale Aktionsgemeinschaft bei der zuständigen Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion einzureichen. Die Aktionsgruppen „Westerwald-Sieg“ und „Westerwald“ haben die Anträge aufgrund ihres Standorts bei der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion in Trier, spätestens sechs Monate nach erfolgtem Auswahlverfahren der Projekte, einzureichen.

7.2.3 Weitere Möglichkeiten zur Förderung der Vorhaben durch LEADER

Für eine bessere Einschätzung der Perspektiven einer Förderung der drei in den Kapiteln vier bis sechs beschriebenen Vorhaben durch den LEADER-Ansatz wurde am 22.07.2020 eine Befragung von Frau Werner, der Leiterin des Referats „Förderung LEADER, Europäische Innovationspartnerschaft und sonstige Maßnahmen für den ländlichen Raum“ des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau Rheinland-Pfalz, durchgeführt.

In der Befragung wurde zunächst geklärt, welche Veränderungen in der neuen Förderperiode zu erwarten sind. Anlass dafür ist die Tatsache, dass die aktuelle LEADER-Förderperiode im Jahr 2020 endet und im Anschluss eine neue Förderung etabliert werden muss. Dabei ergab sich, dass die Umsetzung des LEADER-Ansatzes der Förderperiode 2014 bis 2020 in der Praxis noch bis zum Jahr 2023 weiterläuft. Der Ansatz wird in seiner derzeitigen Ausrichtung in der neuen Förderperiode auf europäischer Ebene grundsätzlich beibehalten. Gleichzeitig werden zusätzlich Vereinfachungen angestrebt.

Des Weiteren wurde erfragt, wie die zeitliche Begrenzung der neuen Periode aussieht und in welcher Form die zur Verfügung gestellten Fördermittel in der Übergangsphase verwaltet werden. Diesbezüglich führte die Leiterin des Referats aus, dass für die neue Förderperiode von 2021 bis 2027 eine „n+2-Regelung“ gelten würde. Das bedeutet, dass die in diesem Zeitraum zur Verfügung gestellten Mittel bis spätestens Ende des Jahres 2029 verausgabt sein müssen. Weiterhin ergänzte sie, dass aufgrund der n+2 Regelung der vorherigen Periode von 2014 bis 2020 von einem Beginn der neuen Förderperiode im Jahr 2023 ausgegangen werden kann. Wie in der vorherigen Periode bis 2023 wird die Förderung im LEADER-Ansatz bis spätestens ins Jahr 2029 erfolgen.

Aus diesen Ausführungen lässt sich entnehmen, dass Möglichkeiten der Förderung verschiedener Projekte durch den LEADER-Ansatz verbessert werden sollen. Gleichzeitig sind die zur Verfügung gestellten Mittel der jetzigen LEADER-Förderperiode bis mindestens 2023 zu verwenden. Aufgrund der langen Laufzeit sollte die Förderung von Gestalteten lokalen Veränderungsprozessen, Potenzialentfaltungsgemeinschaften und Sorgenden Gemeinschaften grundsätzlich erst in der nächsten LEADER-Förderperiode in Betracht gezogen werden. Werden für die noch laufende Periode Fördermittel beantragt, sind diese bis spätestens 2023 zu verplanen und einzusetzen. Daraus resultiert, dass für den weiteren Verlauf der Vorhaben keine weiteren Fördermittel zur Verfügung stehen. Werden die Fördermittel für die anschließende Periode von 2021 bis 2027 akquiriert, besteht die Möglichkeit diese bis zum Jahr 2029 zu verausgaben.

Im Anschluss wurde der Fokus auf die für die Region Westerwald relevanten Lokalen Aktionsgruppen (LAGs) gelegt. Dabei war besonders interessant zu erfahren, ob die LAG „Westerwald“ und die LAG „Westerwald-Sieg“ bereits etablierte Partnerschaften waren oder in der

letzten Förderperiode zum ersten Mal als LEADER-Region anerkannt wurden. Die Befragung ergab, dass die LAG „Westerwald“ bereits in der Förderperiode von 2007 bis 2013 als LEADER-Region anerkannt wurde. Die LAG „Westerwald-Sieg“ hingegen ist eine neue LEADER-Region und existiert erst seit der derzeitigen Förderperiode von 2014 bis 2020.

Die Lokale Aktionsgruppe „Westerwald-Sieg“ ist demnach auf dem Gebiet der LEADER-Förderung relativ unerfahren und vermutlich weniger routiniert als die LAG „Westerwald“. Daraus lässt sich entnehmen, dass vor allem die LAG „Westerwald-Sieg“ stark daran interessiert sein dürfte, in der nächsten Förderperiode erneut als LEADER-Region anerkannt zu werden. So können die Vorteile durch eine LEADER-Förderung weiterhin in Anspruch genommen werden. Gleiches dürfte für die Lokale Aktionsgruppe „Westerwald“ gelten.

In diesem Zusammenhang stellt sich zudem die Frage, in welcher Form sich die Tatsache, dass die LAG „Westerwald-Sieg“ eine neue Aktionsgruppe ist, auf die Umsetzung von Vorhaben in den jeweiligen Aktionsgebieten auswirkt. Diesbezüglich ergab sich, dass es allgemein üblich ist, dass zu Beginn der Förderperiode die Umsetzung von Vorhaben schleppend anläuft. Je länger die Periode läuft, desto schneller steigt die Anzahl der ausgewählten und umgesetzten Vorhaben. Insbesondere neue LEADER-Regionen wie die Lokale Aktionsgruppe „Westerwald-Sieg“ müssen erst einmal „ankommen“ und sich mit den Prozessabläufen vertraut machen.

Hier wird deutlich, dass vor allem in den ersten Jahren der neuen Förderperioden die Umsetzung von Vorhaben langsamer anläuft. Da die LAG „Westerwald-Sieg“ bereits die Förderperiode 2014 bis 2020 durchlaufen hat und die LAG „Westerwald“ bereits länger existent ist, dürften die Prozessabläufe für die nachfolgende Periode bekannt sein. Die Förderung der in den Kapiteln vier bis sechs beschriebenen Vorhaben dürfte demnach vor allem zu Beginn der Förderperiode 2021 bis 2027 schleppend anlaufen. Die Erfahrungen zeigen jedoch, dass im zeitlichen Verlauf eine größere Anzahl von Projekten umgesetzt wird und somit die Chancen erhöht werden, dass die Vorhaben von einer der zuständigen LAGs ausgewählt werden.

Des Weiteren wurden die Möglichkeiten einer Förderung der Vorhaben „Gestaltete lokale Veränderungsprozesse“, Potenzialentfaltungsgemeinschaften und „Sorgender Gemeinschaften“ durch den LEADER-Ansatz im Detail besprochen. Dabei wurde primär auf die Frage eingegangen, in welcher Form eine solche Förderung für die drei Vorhaben umsetzbar ist. Aus den Antworten ergab sich, dass LEADER auf Basis einer „Lokalen Integrierten Entwicklungsstrategie“ (LILE) fördert (Kapitel 7.2.1). Die für das jeweilige Gebiet zuständige lokale Aktionsgruppe ist dabei für die Ausarbeitung und Umsetzung dieser Entwicklungsstrategie verantwortlich. Dazu gehören insbesondere die Festlegung der Höhe der jeweiligen Förderungen und die Erarbeitung und Festlegung von Auswahlkriterien, an denen etwaige Vorhaben ausgewählt werden. Die auszuwählenden Vorhaben müssen in diesem Zusammenhang

thematisch in die von der LAG erarbeiteten LILE passen und zum Erreichen derer Ziele beitragen. Die Vorhaben aus dem Bereich von Sorgenden Dorfgemeinschaften lassen sich zumeist inhaltlich gut in diese Entwicklungsstrategien einordnen.

Demzufolge sind die Einschätzungen der Leiterin des Referats und die in Kapitel 7.2.1 getätigten Aussagen konform: Die in den Kapiteln vier bis sechs beschriebenen Vorhaben müssen den Handlungsfeldern der von den LAGs verfassten Entwicklungsstrategien zugeordnet werden können. Diese Handlungsfelder für die LAG „Westerwald-Sieg“ und die Lokale Aktionsgruppe „Westerwald“ sind ebenfalls in Kapitel 7.2.1 dargestellt. Dementsprechend können die Vorhaben nach den Aussagen der Befragten mit den Entwicklungsstrategien vereinbart werden.

Weiterführend wurde die Frage erörtert, ob in der Vergangenheit bereits ähnliche Vorhaben durch den LEADER-Ansatz gefördert wurden. Die Befragung ergab, dass als beispielhaftes LEADER-Vorhaben die Sorgenden Dorfgemeinschaften der LAG „Moselfranken“ genannt werden können. Diese Vorhaben würden auf die Etablierung von Sorgenden Dorfgemeinschaften in zunächst sechs bis acht Modelldörfern in der Verbandsgemeinde Saarburg abzielen. Hierbei werden über einen Zeitraum von mehreren Jahren unter anderem in der Verbandsgemeinde angesiedelte Dorfberater gefördert, welche die Umsetzung und Gestaltung des Change-Management-Prozesses koordinieren sollen. Des Weiteren werden verschiedene Qualifizierungsmaßnahmen für ehrenamtliche Dorfhelfer durch Mittel des LEADER-Ansatzes unterstützt.

Die Aussagen verdeutlichen, dass in der Vergangenheit bereits ähnliche Maßnahmen mit Fördermitteln durch den LEADER-Ansatz ausgestattet worden sind. Die Bewilligung von Maßnahmen zur Etablierung einer Sozialen Dorfentwicklung ist für die zuständigen LAGs damit nicht neu. Es besteht also die Chance, dass diese Vorhaben auch bei den LAGs in der Region Westerwald auf Zustimmung stoßen. Aufbauend darauf konnte aus den Antworten geschlossen werden, dass für alle potenziellen LEADER-Vorhaben in den unterschiedlichen Regionen grundsätzlich die gleichen Voraussetzungen gelten. Eine Ausnahme davon könnte jedoch beispielsweise eine höhere Bewertung bestimmter Themenbereiche der von der zuständigen Lokalen Aktionsgruppe selbst erstellten Auswahlkriterien darstellen.

Die Voraussetzung zur Bewilligung der drei beschriebenen Vorhaben sind in allen LAGs ähnlich. Lediglich die Bewertung, also die Übereinstimmung der Vorhaben mit den Entwicklungsstrategien, kann in der jeweiligen Lokalen Aktionsgruppe unterschiedlich sein. Da in den Strategien der LAG „Westerwald“ und der LAG „Westerwald-Sieg“ mehrere Handlungsfelder von den drei Vorhaben berührt werden (Kapitel 7.2.1) ist davon auszugehen, dass den Vorhaben eine hohe Bewertung in der abschließenden Bewertung der jeweiligen Lokalen Aktionsgruppe sicher ist.

Werden zusammenfassend alle getätigten Analysen und Aussagen der Leiterin des Referats „Förderung LEADER, Europäische Innovationspartnerschaft und sonstige Maßnahmen für den ländlichen Raum“ betrachtet, lässt sich feststellen, dass eine Förderung der Vorhaben „Gestaltete lokale Veränderungsprozesse“, „Potenzialentfaltungsgemeinschaften“ und „Sorgende Gemeinschaften“ durch den LEADER-Ansatz grundsätzlich möglich ist. In der kommenden LEADER-Förderperiode 2021 bis 2027 sollten demnach Anstrengungen unternommen werden, die Initiierung dieser Vorhaben mit der Förderung durch den LEADER-Ansatz zu verbinden.

8 Handlungsansätze einer Sozialen Dorfentwicklung

Aufgrund der vielseitigen Herausforderungen und Probleme in ländlichen Räumen sollen auf Grundlage der Untersuchungsergebnisse Handlungsansätze für eine Soziale Dorfentwicklung entworfen werden. Zu diesem Zweck werden die in Kapitel zwei erarbeiteten Ziele einer Sozialen Dorfentwicklung mit den formulierten Handlungsanweisungen und Vorschlägen zur Etablierung von Vorhaben einer Dorfentwicklung im Westerwald verknüpft. Im Folgenden werden die daraus resultierenden Handlungsansätze vorgestellt.

1. Ansatz: Aktivierung der Bevölkerung

Die grundlegende Aufgabe einer Sozialen Dorfentwicklung ist die Stärkung des bürgerlichen Engagements. Dieses kann durch das Verständnis der Menschen für die in ihrer Region bestehenden Probleme ausgelöst werden. Den Menschen ist zu verdeutlichen, dass ohne deren Hilfe die notwendigen Veränderungen nicht möglich sind. Im Rahmen eines Gestalteten lokalen Veränderungsprozesses (Kapitel 4) kann dieses Verständnis in den ersten Phasen des Prozesses gebildet werden.

Zudem sind die Bürger durch Projekte und Aktionen im Rahmen der lokalen Veränderungsprozesse oder der eigenständigen Entwicklung von Potenzialentfaltungsgemeinschaften (Kapitel 4) und Sorgenden Gemeinschaften (Kapitel 6) als Gestalter ihrer Kommune und der gesamten ländlichen Region zu gewinnen.

Unterstützung bietet dabei der LEADER-Ansatz (Kapitel 7), welcher die Vorhaben der Bürger mitfinanzieren kann. Das Wissen um die Unterstützung durch staatliche Institutionen kann viele Bürger motivieren.

2. Ansatz: Durch Maßnahmen einer Sozialen Dorfentwicklung dem Demografischen Wandel entgegenwirken

Den in Kapitel 3.3.2 beschriebenen Herausforderungen des Demografischen Wandels ist entgegenzuwirken. Dafür geeignete Maßnahmen der Sozialen Dorfentwicklung sind die in den Kapiteln vier bis sechs vorgestellten Vorhaben „Gestaltete lokale Veränderungsprozesse“, „Potenzialentfaltungsgemeinschaften“ sowie „Sorgenden Gemeinschaften“. Unterstützung bietet dabei der LEADER-Ansatz (Kapitel 7).

3. Ansatz: Gewährleistung einer umfangreichen Daseinsvorsorge

Die Daseinsvorsorge ist im Rahmen einer Sozialen Dorfentwicklung durch die Verfügbarkeit von Gütern und Dienstleistungen des täglichen, mittelfristigen und langfristigen Bedarfs sicherzustellen. Die Etablierung von Sorgenden Gemeinschaften, in denen sich alle Generationen gegenseitig unterstützen, ist dabei essenziell. Mit Projekten wie Mehrgenerationenhäu-

sern oder Nachbarschaftshilfen (Kapitel 6.3.3) kann vor allem den älteren Menschen ein selbstbestimmtes Leben in ländlichen Regionen ermöglicht werden.

Zudem ist die Anbindung ländlicher Dörfer durch den Ausbau der Infrastruktur wie Verkehrsstraßen sowie Bus- und Bahnverkehr zu verbessern.

4. Ansatz: Sicherstellung der Lebensqualität in ländlichen Dörfern und die Gestaltung eines attraktiven Lebensraums

Durch die Gestaltung eines attraktiven Lebensraums sind die Menschen an die Region zu binden und eine vermehrte Abwanderung zu verhindern. Mit innovativen, in Potenzialentfaltungsgemeinschaften (Kapitel 5) entwickelten, Konzepten in den Bereichen der Infrastruktur und Daseinsvorsorge besteht die Möglichkeit, die Lebensqualität in ländlichen Dörfern zu erhöhen. Diese Konzepte können durch LEADER (Kapitel 7) unterstützt werden.

Vor allem im Bereich von Freizeiteinrichtungen und kulturellen Ereignissen können Projekte zur Förderung dieser umgesetzt werden. Die Beschaffung eines Rasenplatzes und Erneuerung der Sportler- und Vereinsheime sind Aktionen, die im Rahmen von Potenzialentfaltungsgemeinschaften oder Sorgenden Gemeinschaften durchgeführt werden können.

5. Ansatz: Entfaltung der in den Menschen vorhandenen Potenziale zur Entwicklung neuer Konzepte

Einer der wichtigsten Handlungsansätze, welchen es im Rahmen einer Sozialen Dorfentwicklung zu verfolgen gilt, ist das Erkennen und Fördern der Potenziale und Fähigkeiten der Menschen. Das Vorhaben der Potenzialentfaltungsgemeinschaften beschäftigt sich intensiv mit diesem Ansatz, um Menschen in Dörfern zusammenzubringen, die sich gegenseitig bei der Entfaltung ihrer Fähigkeiten unterstützen können. Die Etablierung dieser Gemeinschaften ist durch die in Kapitel 5.2 verfassten Handlungsanweisungen zu gewährleisten.

6. Ansatz: Förderung der Vorhaben einer Sozialen Dorfentwicklung durch LEADER

Der Erfolg von Aktionen und Projekten zur Realisierung einer Sozialen Dorfentwicklung kann durch finanzielle Unterstützung durch den LEADER-Ansatz gesichert werden. Förderungen von Dorfberatern oder Qualifizierungsmaßnahmen sind in diesem Zusammenhang bereits bewährte Mittel (Kapitel 7.2.3). Unter Berücksichtigung der in Kapitel 7.2.1 dargestellten Voraussetzungen sind die Vorhaben vor allem auf die in den Entwicklungsstrategien enthaltenen Handlungsfelder der jeweilig zuständigen Lokalen Aktionsgruppe abzustimmen. Dadurch wird sichergestellt, dass die Projekte durch das in Kapitel 7.2.2 beschriebene Auswahlverfahren von der LAG unterstützt und durch die zuständige Bewilligungsstelle genehmigt wird.

7. Ansatz: Etablierung von Kooperationen zwischen Politikern, Verwaltungen und engagierten Bürgern

Potenzialentfaltungsgemeinschaften und Sorgende Gemeinschaften sind ohne die Unterstützung von externen Institutionen nicht in der Lage ihre Möglichkeiten vollständig auszuschöpfen. Durch Kooperationen, wie sie im Rahmen der zweiten Stufe Gestalteter lokaler Veränderungsprozesse mit den Veränderungscoalitionen (Kapitel 4.4) oder bei der Entwicklung von Potenzialentfaltungsgemeinschaften (Kapitel 5.2) geschaffen werden sollen, können die Gemeinschaften zur Etablierung einer Sozialen Dorfentwicklung wirkungsvoller agieren. Ortsbürgermeister können die Vorhaben auf politischer Basis verankern. Engagierte Bürger der Projekte können mit öffentlichen Stellen der Verwaltung zusammenarbeiten und im Rahmen von Workshops und Seminaren in Themen wie Konfliktbewältigung und Gesprächsführung geschult werden.

8. Ansatz: Vernetzung von Potenzialentfaltungsgemeinschaften und Sorgenden Gemeinschaften auf überregionaler Ebene

Zusätzlich zur Kooperation zwischen Potenzialentfaltungsgemeinschaften, Sorgenden Gemeinschaften und externen Institutionen sind Vernetzungen zu Gemeinschaften anderer Regionen aufzubauen. Die Erfahrungen einer Gemeinschaft können einer anderen den benötigten Impuls geben, um in ihrem Dorf neue Aktionen durchzuführen. Im Rahmen der Vorgehensweise zur Gründung von Potenzialentfaltungsgemeinschaften (Kapitel 5.2) und Sorgenden Gemeinschaften (Kapitel 6.3.4) sind diese Vernetzungen ein fester Bestandteil.

9. Ansatz: Umfangreiche Bekanntmachung von Gestalteten lokalen Veränderungsprozessen

Gestaltete lokale Veränderungsprozesse sind ein bewährtes Instrument, um den vielfältigen Herausforderungen entgegenzuwirken, welche in den ländlichen Räumen durch den Demografischen Wandel existieren (Kapitel 3). Im Rahmen des Interviews mit der Dorferneuerungsbeauftragten des Kreis Altenkirchen wurde jedoch deutlich, dass dieses Instrument dort nicht bekannt ist (Kapitel 4.3.2). Sollen LVPs als Vorhaben für die Soziale Dorfentwicklung eingesetzt werden, ist dieses der Bevölkerung bekannt zu machen. Mit Unterstützung der Verantwortlichen des WEGE-Prozesses in der Verbandsgemeinde Daun können die Erfolge in Gemeinden, Städten oder Verwaltungen präsentiert werden. Nur wenn der Prozess bekannt ist, kann er für eine Soziale Dorfentwicklung genutzt werden.

10. Ansatz: Die Herausforderungen des Demografischen Wandels als Hauptgrund zur Etablierung von Vorhaben einer Sozialen Dorfentwicklung verwenden

Die Probleme des Demografischen Wandels sollen die Menschen motivieren. Durch die Vermittlung der vorhandenen Herausforderungen kann den Menschen bewusst gemacht werden, dass ohne Veränderungen innerhalb des Dorfs deren Lebensqualität gefährdet ist. Die Men-

schen können auf diese Weise für ein Engagement in Projekte zugunsten einer Sozialen Dorfentwicklung gewonnen werden.

11. Ansatz: Innenentwicklung der Dörfer

Im Verlauf einer Sozialen Dorfentwicklung ist die Innenentwicklung der Dörfer zu fördern, um Leerständen und einem wachsenden Funktionsverlust der Ortskerne entgegenzuwirken. Maßnahmen wie ein Abriss und darauffolgender Neubau alter Gebäude, Sanierung von Altbauten, Konzepte zum Abbau von Wohnungsleerstand sowie die Suche nach neuen Funktionen für alte Bauwerke können von Potenzialentfaltungsgemeinschaften entwickelt und etabliert werden. Eine weitere Möglichkeit zur Nutzung leerstehender Gebäude ist es, die Räumlichkeiten als Treffpunkt für die im Rahmen einer Sozialen Dorfentwicklung etablierten Potenzialentfaltungsgemeinschaften und Sorgenden Gemeinschaften zur Verfügung zu stellen. Auch als Tagungsort für die Veränderungscoalitionen (Veränderungscoalition mit Akteuren und Veränderungscoalition mit Jugendlichen nach Kapitel 4.4) eines lokalen Veränderungsprozesses oder als Büro für die Verantwortlichen des Veränderungsprozesses können die leerstehenden Gebäude genutzt werden. So kommt dem Ortskern eine neue Funktion zu und kann erneut als Treffpunkt für alle Menschen des Dorfs dienen.

Diese Maßnahmen können schnell umgesetzt und den Bürgern als Erfolge vermittelt werden. Die Erfolge sind sowohl in der Stufe „Erfolge planen und sichtbar machen“ innerhalb eines Gestalteten lokalen Veränderungsprozesses (Kapitel 4.4) als auch bei der Entwicklung von Potenzialentfaltungsgemeinschaften (Kapitel 5.2) und Sorgenden Gemeinschaften (Kapitel 6.3.4) zwingend notwendig. Dadurch kann die Umsetzbarkeit der Vorhaben einer Sozialen Dorfentwicklung langfristig gewährleistet werden.

12. Ansatz: Schaffung neuer Arbeitsplätze

Die Schaffung neuer Arbeitsplätze ist auch im Rahmen einer Sozialen Dorfentwicklung von großem Interesse. Die in Kapitel 3.3.2 beschriebene Problematik der Abwanderung vieler Menschen aus ländlichen Gebieten kann durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze gehemmt werden. Die in den Kapiteln vier bis sechs vorgestellten Vorhaben können nur realisiert werden, wenn eine ausreichende Anzahl engagierter Menschen in den Dörfern vorhanden ist und sich in Potenzialentfaltungsgemeinschaften, Gestalteten lokalen Veränderungsprozessen oder Sorgenden Gemeinschaften einbringen. Durch die Etablierung dieser Vorhaben besteht die Möglichkeit, weitere Arbeitsstellen zu schaffen. Das können Stellen für Verantwortliche in einem Veränderungsprozess oder Stellen für Dorfberater sein. Es ist zu klären, ob diese Stellen nicht durch Ehrenamtliche besetzt, sondern durch LEADER finanzierte Arbeitsstellen angeboten werden können.

Die Unterstützung von regionalen Unternehmen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze kann jedoch nicht ausschließlich durch die Vorhaben einer Sozialen Dorfentwicklung übernommen

werden. Andere Instrumente der Landentwicklung und die Unternehmen selbst können durch innovative Geschäftsideen oder das Angebot von Heimarbeit diesen Prozess unterstützen.

13. Ansatz: Anpassung der Infrastruktur der Dörfer an sich verändernde Bedürfnisse

Im Rahmen einer Sozialen Dorfentwicklung ist vor allem der soziale Aspekt zu betrachten und weiterzuentwickeln. Eine immer älter werdende Bevölkerung und die daraus resultierende große Anzahl älterer Menschen verlangt von den Dörfern ihre Infrastruktur darauf anzupassen. Sorgende Gemeinschaften sind in der Lage, neue Konzepte wie Mehrgenerationenhäuser (Kapitel 6.3.3) zu entwickeln, um die Infrastruktur neu zu gestalten. Weiterhin ist die Barrierefreiheit als großes Thema in den Dörfern umzusetzen.

In diesem Zusammenhang ist die Gewährleistung ausreichender Mobilitätsangebote für eine gute Infrastruktur entscheidend. Vor allem ältere Menschen ohne Auto sind in ihrer Mobilität stark eingeschränkt. Durch neue, in Kapitel 6.3.3 dargestellte, Mobilitätskonzepte kann dies nachhaltig gesichert werden.

14. Ansatz: Sicherung eines qualitativen Bildungs- und Betreuungsangebots

Die Sicherung eines qualitativen Betreuungs- und Bildungsangebots kann nicht ausschließlich durch Maßnahmen der Sozialen Dorfentwicklung realisiert werden. In den Veränderungscoalitionen innerhalb eines lokalen Veränderungsprozesses sowie in Sorgenden Gemeinschaften und Potenzialentfaltungsgemeinschaften können von den Bürgern, in Zusammenarbeit mit den Verwaltungen, innovative Konzepte entwickelt werden. In diesen können Netzwerke zwischen Schulen, Ausbildungsstätten und Weiterbildungseinrichtungen gebildet werden.

Auch Kindertagesstätten können durch Projekte innerhalb Sorgender Gemeinschaften entlastet werden. Dabei übernehmen die in Mehrgenerationenhäusern (Kapitel 6.3.3) lebenden Senioren die Betreuung der Kinder berufstätiger Eltern. So kann der Vereinsamung alleinstehender Senioren entgegengewirkt werden.

15. Ansatz: Schaffung quantitativer und qualitativer Ausbildungsplätze

Aufbauend auf Ansatz zwölf ist die Schaffung einer ausreichenden Anzahl qualitativ hochwertiger Ausbildungsplätze von großer Bedeutung. Wie in Kapitel 3.3.2 beschrieben, sind junge Menschen gezwungen ländliche Regionen zu verlassen, um Ausbildungsangebote in strukturstarken Regionen wahrzunehmen. Durch Impulse und Strategien der Veränderungscoalitionen der Jugendlichen (Kapitel 4.4) oder innerhalb von Potenzialentfaltungsgemeinschaften sollen vor allem bei diesem Thema Anregungen von jungen Menschen gesammelt, diskutiert und ausgeführt werden.

16. Ansatz: Integration von Einwanderern

Durch eine intensive Eingliederung von Flüchtlingen, Asylbewerbern und Einwanderern eröffnen sich, neben den in Kapitel 3.3.2 erläuterten Herausforderungen aufgrund von Zuwanderung, neue Möglichkeiten in der Dorfentwicklung. Leerstehende Gebäude können als preiswerte Unterkünfte für Einwanderer verwendet werden. Durch ein verändertes soziales Gefüge ergeben sich neue Impulse für die Ortsinnenentwicklung. Gleichzeitig besteht die Möglichkeit, Zuwanderer innerhalb von Sorgenden Gemeinschaften einfacher in das soziale Miteinander zu integrieren. Durch ein Engagement in den Gemeinschaften, beispielsweise als Fahrer für ältere Menschen oder durch das Übernehmen von Einkäufen, werden diesen Menschen direkt Aufgaben zugewiesen. Die Einwanderer fühlen sich in die Gemeinschaft integriert und anfängliche Berührungängste können abgeschwächt werden.

9 Fazit

Abschließend wird unter Berücksichtigung der in Kapitel 1 aufgeführten Forschungsfragen das Ergebnis der Arbeit wiedergegeben. Dabei wird auch darauf eingegangen, welche Perspektiven für die Soziale Dorfentwicklung bestehen.

9.1 Ergebnis

Die im Zentrum der Untersuchung stehenden Forschungsfragen sollen im Folgenden beantwortet werden.

Forschungsfrage 1: Wie können die im Rahmen einer Sozialen Dorfentwicklung getroffenen Maßnahmen dem Demografischen Wandel und den Schrumpfungsprozessen in ländlichen Räumen entgegenwirken?

Alle in dieser Arbeit beschriebenen Vorhaben und Instrumente einer Sozialen Dorfentwicklung zielen darauf ab, Dörfer ländlicher Regionen strukturell und gesellschaftlich weiterzuentwickeln. In diesem Zusammenhang geht es vor allem darum, den Auswirkungen des Demografischen Wandels wie der anhaltenden Abwanderung und Überalterung entgegenzuwirken.

Gestaltete lokale Veränderungsprozesse sollen durch eine Vielzahl von Aktionen und Maßnahmen eine veränderte Kultur in ländlichen Gemeinden etablieren. Die Menschen lernen im Verlauf des Prozesses ihre Region wertzuschätzen. Auf diese Weise soll verhindert werden, dass die Menschen ihre Dörfer zugunsten strukturstärkerer Gebiete verlassen. Gleichzeitig sollen neue Menschen für die Region gewonnen und so die negative Bevölkerungsentwicklung gehemmt werden. Auch Potenzialentfaltungsgemeinschaften kreieren neue Ideen, wie die Lebensqualität in ländlichen Dörfern gesteigert und die Attraktivität der Region erhöht werden kann. Sorgende Gemeinschaften beschäftigen sich vor allem mit dem Problem der Überalterung. Die Sorge füreinander, die Anpassung an veränderte Bedürfnisse und die gegenseitige Unterstützung aller Generationen stehen hier im Mittelpunkt. Besonders dem immer weiter steigenden Anteil älterer Menschen soll innerhalb von Sorgenden Gemeinschaften ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht werden.

Die Maßnahmen einer Sozialen Dorfentwicklung haben somit vielfältige erfolgversprechende Möglichkeiten dem Demografischen Wandel entgegenzuwirken.

Forschungsfrage 2: In welcher Form lassen sich die in anderen Regionen bereits erprobten und Erfolg versprechenden Ansätze einer Sozialen Dorfentwicklung auf die Region Westerwald übertragen?

Die in den Kapiteln vier bis sechs vorgestellten Vorhaben einer Sozialen Dorfentwicklung lassen sich unter Berücksichtigung einiger Anpassungen auf die Region Westerwald übertragen.

Die Bereitschaft, neue Lösungsansätze für die Dorfentwicklung zu finden, ist nach den Aussagen der Dorferneuerungsbeauftragten des Kreis Altenkirchen sowohl in der Verwaltung als auch bei den Bürgern vorhanden. Potenzialentfaltungsgemeinschaften und Sorgende Gemeinschaften können unter Berücksichtigung der lokalen Ausgangssituation und den Voraussetzungen mit Hilfe der beschriebenen Handlungsanweisungen und Konzepte in den Gemeinden des Westerwalds etabliert werden.

Die Gestalteten lokalen Veränderungsprozesse in den Gemeinden des Westerwalds zu etablieren ist nach jetzigem Stand noch nicht möglich, da der Prozess zumindest im Kreis Altenkirchen nicht bekannt ist. Werden diese Schwierigkeiten behoben, besteht die Möglichkeit, diesen Veränderungsprozess an die lokale Ausgangssituation anzupassen und nach dem Vorschlag in Kapitel 4.4 in der Region Westerwald zu etablieren.

Des Weiteren können diese Vorhaben durch den LEADER-Ansatz gefördert werden. Die notwendigen Voraussetzungen sind gegeben: Die Vorhaben einer Sozialen Dorfentwicklung können mit den Handlungsfeldern der Entwicklungsstrategien der Lokalen Aktionsgruppen des Westerwalds vereinbart werden.

Forschungsfrage 3: Inwieweit ist die Bereitschaft der Bevölkerung bei der Umsetzung dieser Maßnahmen ein entscheidender Faktor und welche Möglichkeiten bestehen die Bürger diesbezüglich zu motivieren?

Die Aktivierung und Steigerung des Engagements der Bevölkerung ist ein wichtiger Aspekt, welcher im gesamten Verlauf dieser Arbeit immer wieder thematisiert wird. Sowohl in den Zielen als auch in den Handlungsansätzen einer Sozialen Dorfentwicklung steht die Aktivierung der Bevölkerung an erster Stelle. Die Bereitschaft der Bevölkerung ist ein entscheidender Faktor für die Umsetzung einer Sozialen Dorfentwicklung.

Ohne die Unterstützung engagierter Bürger ist es unmöglich, nachhaltige Projekte im Zusammenhang mit einer Sozialen Dorfentwicklung durchzuführen. In den ausgearbeiteten Vorschlägen zur Etablierung von Gestalteten lokalen Veränderungsprozessen, Potenzialentfaltungsgemeinschaften und Sorgenden Gemeinschaften ist die Motivation der Bürger ein entscheidender Schritt. Die Vorhaben sind darauf ausgelegt, dass die Menschen im Verlauf der Vorhaben selbst zu Gestaltern ihrer Region werden.

Demzufolge ist es unumgänglich, dass die Bürger für ein Engagement motiviert werden. In diesem Zusammenhang besteht die Möglichkeit, die Menschen durch die Veranschaulichung der Probleme ihrer Region zu sensibilisieren. Erkennen die Menschen die Schwierigkeiten ihrer Region, werden sie gezwungen aktiv zu handeln.

Eine weitere Variante ist es, den Menschen die Erfolge einer Sozialen Dorfentwicklung am Beispiel anderer Regionen zu vermitteln. Dadurch wird den Menschen verdeutlicht, dass die Herausforderungen überwindbar sind.

Auch die finanziellen Mittel des LEADER-Ansatzes können die Menschen motivieren. Durch die bereitgestellten Fördermittel werden die Bürger bei der Umsetzung von Projekten unterstützt.

9.2 Ausblick

Die auf den formulierten Handlungsansätzen aufbauenden innovativen Strategien einer Sozialen Dorfentwicklung sollten in Zukunft als entscheidendes Mittel zur Initiierung von Veränderungen im gesellschaftlichen und infrastrukturellen Aufbau der Dörfer eingesetzt werden.

Auch sollen diese Vorhaben zukünftig öfter durch den LEADER-Ansatz unterstützt werden. Das gilt insbesondere dann, wenn in der Förderperiode von 2021 bis 2027 zusätzliche Vereinfachungen für die Bewilligung von Projekten in Aussicht gestellt werden. Vor allem im Bereich der Sozialen Dorfentwicklung, in welchem die Bevölkerung einen entscheidenden Anteil am Erfolg hat, ist die Unterstützung durch Fördermittel besonders zielführend.

Zukünftig sind „Gestaltete lokale Veränderungsprozesse“, „Potenzialentfaltungsgemeinschaften“ und „Sorgende Gemeinschaften“ unter Berücksichtigung der Handlungsansätze in den Dörfern zu etablieren. Mit der Unterstützung dieser Maßnahmen können die anhaltenden Schrumpfungsprozesse in ländlichen Räumen gehemmt werden.

Literaturverzeichnis

Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (2018): *Ländlicher Raum – Dorf- und Regionalentwicklung*
Göttingen, ISSN: 0179-7603

Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gesellschaft: *Zentrale-Orte-System*
<https://www.arl-net.de/de/lexica/de/zentrale-orte-system> (Zugriff: 08.06.2020)

ARGELandentwicklung (2018): *Strategiepapier „Soziale Dorfentwicklung“*

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (2015): *Zukunft auf dem Land – Impulse für lebenswerte Regionen*
Broschüre des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, November 2016

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (2015): *Demografischer Wandel vor Ort – Ideen, Konzepte, Beispiele*
3. überarbeitete Auflage des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, August 2015

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (2016): *Bericht zur Entwicklung der ländliche Räume 2016*
https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/_laendliche-Regionen/Regierungsbericht-Laendliche-Raeume-2016.pdf?__blob=publicationFile&v=3
(Zugriff: 08.06.2020)

BMVBS / BBSR (Hrsg.) (2009): *Ländliche Räume im demografischen Wandel*
BBSR-Online-Publikation 34/2009, ISSN 1868-0097

Bundeszentrale für politische Bildung (2016): *Demografischer Wandel*
<https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-der-wirtschaft/240461/demografischer-wandel> (Zugriff: 05.06.2020)

Bürger für Bürger e.V.: *Seniorencoachs*
<https://buenger-daun.de/index.php/seniorencoachs> (Zugriff: 16.07.2020)

Bürger für Bürger e.V.: *Was sind Sorgende Gemeinschaften*
<https://buenger-daun.de/index.php/was-sind-sorgende-gemeinschaften> (Zugriff: 16.07.2020)

Conrad, Sabine: *Innovative Ideen und Strategien für soziale Dorfentwicklung – Eine erste Auswertung der Modell- und Demonstrationsvorhaben „Soziale Dorfentwicklung“ im Bundesprogramm Ländliche Entwicklung*
Präsentation der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung Bonn

Demografie Portal des Bundes und der Länder: *Immer mehr ältere Menschen in Deutschland*
https://www.demografie-portal.de/SharedDocs/Informieren/DE/ZahlenFakten/Bevoelkerung_Alterstruktur.html
(Zugriff: 10.06.2020)

Deutsche Landeskulturgesellschaft (2010): *Mehr Dorf für weniger Bürger – Chancen und Perspektiven für ländliche Siedlungen*
Schriftenreihe der Deutschen Landeskulturgesellschaft, Heft 07/2010, ISSN: 1614-5240

Deutsche Landeskulturgesellschaft (2011): *Wandel in den Köpfen?! Neuausrichtung von LEADER, ILE, Dorfentwicklung und Ländlicher Bodenordnung*
Schriftenreihe der Deutschen Landeskulturgesellschaft, Sonderheft 04/2011, ISSN: 1614-5240

Deutsche Landeskulturgesellschaft (2013): *Wandel in den Köpfen!? Wie kann durch Veränderungsprozesse die Zukunft in strukturschwachen Räumen gestaltet werden?*
Schriftenreihe der Deutschen Landeskulturgesellschaft, Heft 10/2013, ISSN: 1614-5240

Deutsche Landeskulturgesellschaft (2014): *Dorfumbau: Dörfer entstehen im Kopf! Wie können die Veränderungsprozesse mit den Menschen gestaltet werden?*
Schriftenreihe der Deutschen Landeskulturgesellschaft, Sonderheft 06/2014, ISSN: 1614-5240

Deutsche Landeskulturgesellschaft (2015): *Dorfumbau: Dörfer entstehen im Kopf! Wie können die Veränderungsprozesse mit den Menschen gestaltet werden?*
Schriftenreihe der Deutschen Landeskulturgesellschaft, Heft 12/2015, ISSN: 1614-5240

Deutsche Landeskulturgesellschaft (2016): *Visionen der Landentwicklung in Deutschland*
Schriftenreihe der Deutschen Landeskulturgesellschaft, Sonderheft 08/2016, ISSN: 1614-5240

Egner-Duppich, Christel (2013): *Demographische Entwicklung - Worauf müssen sich die Dörfer einstellen?*
Präsentation im Rahmen des Kongresses Leben im Dorf

Europäische Kommission Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (2006): *Der Leader-Ansatz: Ein grundlegender Leitfaden*
Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaft, Luxemburg, ISBN: 92-72-02042-0

Genossenschaft am Pulvermaar – eine Sorgende Gemeinschaft eG: Konzept – Unser Zukunftsprojekt: Florinshof
<https://genomaar.de/wohnanlage/konzept> (Zugriff: 17.07.2020)

Genossenschaft am Pulvermaar – eine Sorgende Gemeinschaft eG (2016):
Broschüre, https://genomaar.de/wp-content/uploads/2020/03/Genomaar_Brosch%C3%BCre.pdf (Zugriff: 17.07.2020)

GeoHilfe (2020): *Agglomerationsraum – Definition und Beispiel*
<https://geohilfe.de/humangeographie/stadtgeographie/begriffe/agglomerationsraum-definition-und-beispiel/> (Zugriff: 08.06.2020)

Hollinetz et al. (2012): *Otelo: Offenes Technologielabor - Hand(lungs)buch*
https://www.regionalbewegung.de/fileadmin/user_upload/images/2013/Leonardo/Treffen_Schlierbach/Otelo_Handlungsbuch_Version_1.0.pdf (Zugriff: 05.07.2020)

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. (2014): *Sorgenden Gemeinschaften - Vom Leitbild zu Handlungsansätzen*
https://www.iss-ffm.de/fileadmin/assets/veroeffentlichungen/downloads/Sorgende_Gemeinschaften_-_Vom_Leitbild_zu_Handlungsans_auml_tzen.pdf (Zugriff: 15.07.2020)

Kaul, Selina (2017): *Beiträge der Dorferneuerung und Dorfflubereinigung zu einer infrastrukturellen und sozialen Dorfentwicklung*,
Bachelorarbeit im Fachbereich Technik der Fachhochschule Mainz

Kämpf, Sabine (2020): Befragung der Dorferneuerungsbeauftragten des Landkreises Altenkirchen am 09.07.2020 über die Dorfentwicklung im Westerwald

Kötter, Theo und Thiemann, Karl-Heinz (2016): *Entwicklung der Dörfer durch Erneuerungen und Umbau – soziale, generationengerecht und funktional*
W. Freeden, R. Rummel (Hrsg): Handbuch für Geodäsie, Springer-Verlag GmbH Deutschland 2016

Landkreis Biberach (2018): *Sorgende Gemeinschaften*
Präsentation auf der Fachtagung „Auf dem Weg zur Sorgenden Gemeinschaft“

Lexas LaenderDaten: Bevölkerungspyramiden
<https://www.laenderdaten.de/bevoelkerung/bevoelkerungspyramide.aspx>
(Zugriff: 08.06.2020)

Lokale Aktionsgruppe Westerwald: Lokale Integrierte Ländliche Entwicklungsstrategie (LILE)
<http://www.leader-westerwald.de/wir-ueber-uns.html> (Zugriff: 25.07.2020)

Lokale Aktionsgruppe Westerwald-Sieg: Lokale Integrierte Ländliche Entwicklungsstrategie (LILE)
http://leader-sieg-ww.de/wordpress/wp-content/uploads/2015/12/LILE_112015.pdf (Zugriff: 25.07.2020)

Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten (ehemalig): *Entwicklungsprogramm EULLE - Erläuterungen zu den Anträgen auf Förderung zur Umsetzung von Vorhaben im Rahmen der LILE – Teilmaßnahme 19.2*

Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau (2017): *Entwicklung ländlicher Räume*
<https://mwvlw.rlp.de/de/themen/landwirtschaft/entwicklung-der-laendlichen-raeume/> (Zugriff: 24.07.2020)

Deine Region Oben an der Volme: Unsere Projekte – Aktiv und Begegnungsplatz Kierspe
<https://leben.oben-an-der-volme.de/projekte/> (Zugriff: 22.07.2020)

Prell, Karl- Martin (2016): *Aktuelle Handlungsfelder der Dorferneuerung und Dorfentwicklung*
Präsentation des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft Thüringen

Quandt, Sarah (2017): *Potenzialentfaltung in ländlichen Räumen*

Redlin, Claudia (2013): *Lebenswertes Zuhause – Alt werden im Dorf*
Präsentation im Rahmen des Kongresses Leben im Dorf

Schäfer, Nina (2013): *Untersuchung neuer Vorgehensweisen und Modellvorhaben zum Umgang mit dem demografischen Wandel in ländlichen Räumen in Rheinland-Pfalz*
Bachelorarbeit im Fachbereich Technik der Fachhochschule Mainz

Soboth, Andrea (2016): *Gestaltete lokale Veränderungsprozesse – Change Management als neues Instrument der Landentwicklung*
Schriftenreihe des Instituts für Geodäsie der Universität der Bundeswehr München, Heft 92/2016, ISSN 0173-1009

Soboth, Andrea (2014): *Jeder kann zuhause alt werden – neue WEGE in der Eifel*
Präsentation zum WEGE-Prozess in der Verbandsgemeinde Daun

Statistisches Bundesamt (2020): *Demografischer Wandel*

https://www.destatis.de/DE/Themen/Querschnitt/Demografischer-Wandel/_inhalt.html
(Zugriff: 08.06.2020)

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz: *Bildung: Zeitreihen Land - Allgemeinbildende Schulen in den Schuljahren 2000/01 bis 2019/20*

<https://www.statistik.rlp.de/de/gesellschaft-staat/bildung/zeitreihen-land/tabelle-1/> (Zugriff: 20.07.2020)

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz: *Demografischer Wandel in Rheinland-Pfalz - Fünfte kleinräumige Bevölkerungsvorausberechnung für verbandsfreie Gemeinden und Verbandsgemeinden (Basisjahr 2017) - Ergebnisse für den Landkreis Altenkirchen (Ww.)*

https://www.statistik.rlp.de/fileadmin/dokumente/stat_analysen/RP_2070/kreis/132-VG.pdf (Zugriff: 24.07.2020)

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz: *Demografischer Wandel in Rheinland-Pfalz - Fünfte kleinräumige Bevölkerungsvorausberechnung für verbandsfreie Gemeinden und Verbandsgemeinden (Basisjahr 2017) - Ergebnisse für den Landkreis Neuwied*

https://www.statistik.rlp.de/fileadmin/dokumente/stat_analysen/RP_2070/kreis/138-VG.pdf (Zugriff: 24.07.2020)

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz: *Demografischer Wandel in Rheinland-Pfalz - Fünfte kleinräumige Bevölkerungsvorausberechnung für verbandsfreie Gemeinden und Verbandsgemeinden (Basisjahr 2017) - Ergebnisse für den Westerwaldkreis*

https://www.statistik.rlp.de/fileadmin/dokumente/stat_analysen/RP_2070/kreis/143-VG.pdf (Zugriff: 24.07.2020)

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2020): *Einwohnerzahl stieg 2019 zum achten Mal in Folge*

https://www.statistik.rlp.de/no_cache/de/gesellschaft-staat/bevoelkerung-und-gebiet/pressemitteilungen/einzelansicht/news/detail/News/2894/ (Zugriff: 20.07.2020)

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz: *Statistische Berichte – Berufsbildung 2018*

https://www.statistik.rlp.de/fileadmin/dokumente/berichte/B/2053/B2053_201800_1j_L.pdf (Zugriff: 20.07.2020)

Wegweiser-Kommune: *Statistische Daten – Demografischer Wandel*

<https://www.wegweiser-kommune.de/statistik/altenkirchen-westerwald-1k+demographischer-wandel+relative-bevoelkerungsentwicklung-seit-2011+2018+karte> (Zugriff (15.06.2020)

Weisbarth, Laura (2016): *Dorfentwicklung unter Berücksichtigung der Integration von Migranten*

Bachelorarbeit im Fachbereich Technik der Fachhochschule Mainz

Werner, Julia (2020): Befragung der Leiterin des Referats „Förderung LEADER, Europäische Innovationspartnerschaft und sonstige Maßnahmen für den ländlichen Raum“ des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau Rheinland-Pfalz am 22.07.2020 zum LEADER-Ansatz

Westerwald Touristik-Service: *Eines der schönsten Mittelgebirge Deutschlands – Der Westerwald*

<https://www.westerwald.info/mittelgebirge.html> (Zugriff: 11.06.2020)

Anhang

Anhang A: Strategiepapier für einen Gestalteten lokalen Veränderungsprozess in der Region Westerwald

Handlungsfeld	Ziele	Aktionen
Bürger in der Region	<ul style="list-style-type: none"> • Aktivierung der Bevölkerung zur Selbstgestaltung der Region • Steigerung der Bereitschaft 	<ul style="list-style-type: none"> • Menschen für Probleme sensibilisieren • Erfolge in anderen Dörfern thematisieren • Vorschläge erarbeiten, in welcher Form sich Bürger einbringen können • Vorteile der Beteiligung hervorheben
Allgemeinbildung, Ausbildung und Weiterbildung	<ul style="list-style-type: none"> • Erhalt von Kindertagesstätten und allgemeinbildenden Schulen • Erreichbarkeit von Bildungs- und Ausbildungsstätten sichern • Schaffung von Arbeitsplätzen • Unterstützung ortsansässiger Betriebe • Fachkräfte halten und gewinnen • Rückkehr der Ausgebildeten nach Studium oder Lehre sichern 	<ul style="list-style-type: none"> • Betreuung von Kindern gewährleisten • Stärkung der Bildungsinfrastruktur • Maßnahmen zum Ausbau von öffentlichen Verkehrsmitteln • Förderung regionaler Unternehmen • Verfügbarkeit von Kompetenzen und Ressourcen in Unternehmen sicherstellen • Erarbeitung von Werbestrategien • Verbesserung der Vernetzung einzelner Unternehmen

Handlungsfeld	Ziele	Aktionen
Gewährleistung einer umfangreichen Daseinsvorsorge in einem altersgerechten Dorf	<ul style="list-style-type: none"> • Erhalt und Ausbau von Pflegeeinrichtungen • Barrierefreiheit • Gewährleistung der Mobilität von Senioren • Sicherstellung der medizinischen Versorgung • Gesicherter Zugang zu Gütern und Diensten des kurz-, mittel- und langfristigen Bedarfs 	<ul style="list-style-type: none"> • Neue Wohnformen • Wohnen im hohen Alter ermöglichen • Angebot von Fahrdiensten • Nachbarschaftshilfen (Unterstützung bei Einkäufen und im Haushalt) • Landärzte unterstützen und neue anwerben • Veranstaltungen für Senioren gegen Einsamkeit
Ortsinnenentwicklung	<ul style="list-style-type: none"> • Entgegenwirkung der Verödung • Aufwertung der Ortszentren • Attraktivitätssteigerung des Dorfes • Ortskern wieder als sozialen Mittelpunkt der Ortsgemeinschaft etablieren 	<ul style="list-style-type: none"> • Gebäudeumnutzung funktionsloser Anlagen • Renovierungsarbeiten oder Abriss und Neubau alter Gebäude • Ungenutzte Gebäude als Projektzentralen für eine Soziale Dorfentwicklung zur Verfügung stellen • Nach Möglichkeit zunächst Grundstücke im Ortskern anbieten bevor Neubaugebiete erschlossen werden
Anbindung ländlicher Dörfer	<ul style="list-style-type: none"> • Ausbau der Verkehrsinfrastruktur • Anpassung an neue Entwicklungen 	<ul style="list-style-type: none"> • Neubau von Bundes- und Landesstraßen • Anbindung an große Verkehrsachsen • Zug- und Bahnverkehr aufwerten

Handlungsfeld	Ziele	Aktionen
Kulturelle Vielfalt	<ul style="list-style-type: none"> • Ausbau und Erhalt von Freizeitzentren • Erhalt von jährlichen Veranstaltungen in der Region • Stärkung der sozialen Gemeinschaft 	<ul style="list-style-type: none"> • Unterstützung ortsansässiger Vereine • Werbung für Veranstaltungen • Informationsaustausch über gute Ansätze anderer Dörfer
Tourismus	<ul style="list-style-type: none"> • Tourismus in der Region stärken • Urlauber für die Region begeistern • Attraktivitätssteigerung durch Tourismus 	<ul style="list-style-type: none"> • Erarbeiten und herausheben der lokalen Besonderheiten • Unterstützung der Hotels und Herbergen der Region • Ausbau von Wanderpfaden und Radwegen • Werbung für die Region
Vernetzung von Bürgerinitiativen und Verwaltungen	<ul style="list-style-type: none"> • Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen • Erfahrungsaustausch 	<ul style="list-style-type: none"> • Erarbeitung gemeinsamer Strategien und Konzepte • Gemeinsame Tagungen
Aufbau von überregionalen Kooperationen	<ul style="list-style-type: none"> • Entwicklungsansätze einer Gemeinde auf eine andere übertragen 	<ul style="list-style-type: none"> • Stetiger Austausch über etablierte Projekte • Projektvorstellungen von Gemeindevertretern in anderen Dörfern
Integration von Einwanderern	<ul style="list-style-type: none"> • Eingliederung von Ausländern, Asylbewerbern und Zuwanderern in das soziale Gefüge des Dorfes 	<ul style="list-style-type: none"> • Teilnahme an Projekten innerhalb von Veränderungsprozesses • Anbieten von Sprachkursen • Aufgaben für Einwanderer innerhalb des Dorfes bereitstellen

Eidesstattliche Erklärung

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Bachelorarbeit:

„Innovative Strategien für eine Soziale Dorfentwicklung im Westerwald“

selbstständig ohne fremde Hilfe angefertigt habe. Ich habe nur die in der Arbeit ausdrücklich benannten Quellen und Hilfsmittel benutzt. Wörtlich oder sinngemäß übernommenes Gedankengut habe ich als solches kenntlich gemacht.

Ort, Datum

Unterschrift